

Janrespoericht 2015



Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

7	Adiós Flugbüro
9	Mexiko: Länderbericht und Aktivitäten
25	Nicaragua: Länderbericht und Aktivitäten
33	Solidaritätsreise nach Nicaragua
39	El Salvador: Länderbericht und Aktivitäten
53	Honduras: Länderbericht, LGBTI und Aktivitäten
62	LGBTI
75	Kolumbien: Länderbericht und Arbeitskreis
85	Mobitour G7
89	Wandbild
91	Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Danke an Gabriela für Design und Umschlagsgestaltung

Spezieller Dank an Zsuzsanna Stoean und Paula Lochte für ihren Text zu LGBTI* in Honduras!

Fotocredits

Titelbild :	Fabiola Araiza
Seite: 17	RedTDT
Seite: 20	ONU-DX México
Seite: 23	Bild von Fabiola Araiza, Foto Victor Ortega
Seite: 24	Bild von Checovaldez, Foto Victor Ortega
Seite: 27	Nicaragua Sin Heridas
Seite: 30, 32, 34, 36	Karina Lange
Seite: 39	RACDES
Seite: 40	Ulf Baumgärtner
Seite: 43	PNC El Salvador
Seite: 44	Fiscalia de El Salvador
Seite: 54, 55, 56	Bilder von Giorgio Trucchi – LINyM
Seite: 63, 67, 68	Bilder vom CSD München 2015 - Eliot Jones
Seite: 71	Bild von COPINH
Seite: 73	Ana Maria Baron Boquillion
Seite 99	Bild von Iseo Noyola, Foto Victor Ortega

V.i.S.d.P.: Eberhard Albrecht Ökumenisches Büro, Pariser Str 13, 81245 München

Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de

Editorial

Das Jahr 2015 könnte sich als das Jahr erweisen, in dem sich die Kolumbienarbeit des Ökumenischen Büros konsolidiert hat. Dies ist dem großen Engagement der Ehrenamtlichen des Arbeitskreises Kolumbien zu verdanken. Neben dieser sehr erfreulichen Entwicklung gibt es aber auch ein trauriges Ereignis zu berichten. So mussten wir zum Ende des Jahres 2015, nach über 30 Jahren, den Flugdienst des Ökumenischen Büros einstellen. Wir bedanken uns bei unseren langjährigen Kund*innen für die Treue, mit der sie die Arbeit des Büros unterstützt haben, und hoffen, dass sie in Zukunft auch ohne den Flugdienst ihr Ziel gut erreichen.

Kurzer Überblick zur Länderarbeit des Ökumenischen Büros

El Salvador:

Die Parlaments- und Kommunalwahlen haben bei leichten Gewinnen von ARENA die Mehrheitsverhältnisse kaum verändert. Sowohl ARENA als auch FMLN sind im Parlament weiterhin auf die Unterstützung der Kleinen angewiesen. Nicht nur das erschwerte der FMLN das Regieren, sondern auch eine Justiz, die sich offen auf die Seite der Mächtigen stellte. Zum entscheidenden Problem entwickelt sich die zunehmende Gewalt, die sich aus verschiedenen Quellen speist.

Honduras:

2015 war das Jahr der Demonstrationen zehntausender empörter Bürger*innen gegen Korruption. Sie forderten den Rücktritt des Präsidenten Juan Orlando Hernández und die Einsetzung einer internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit. Schwerpunktthemen des Büros blieben wie im Vorjahr die Kämpfe indigener Gemeinden für ihr Territorium. Emblematisch dafür ist die Auseinandersetzung um das Wasserkraftwerk „Agua Zarca“ auf Lenca-Gebiet unter Beteiligung des Siemens-Joint Ventures Voith Hydro. Zudem setzten wir uns weiter nachdrücklich für die Rechte der LGBTI*-Community¹ in Honduras ein, der mit der Ermordung der Trans*Aktivistin Angy Ferreira ein schwerer Schlag versetzt worden war.

¹ Kund*innen: Die in diesem Jahresbericht verwendete so genannte „Gender Gap“ ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, einschließlich jener abseits der gesellschaftlich vorherrschenden Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit.

Kolumbien:

Im vergangenen Jahr sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass 2016 ein Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Guerillaorganisation FARC unterzeichnet werden kann. Nachdem auch der Beginn von Friedensgesprächen mit der zweiten Guerillaorganisation ELN für 2016 erwartet wird, rückt in Kolumbien nach 50 Jahren das Ende des bewaffneten Konfliktes in greifbare Nähe. Ob für andere Probleme, die teilweise eng mit den bewaffneten Konflikten verknüpft sind, wie der Anbau von Koka, Drogenhandel und die damit zusammenhängende Gewalt auch Lösungen gefunden werden, muss sich noch zeigen. In der Arbeit des Kolumbien AK spielten strukturelle Probleme, wie die Ausbeutung der Rohstoffe des Landes, eine wichtige Rolle.

Mexiko:

Das gewaltsame Verschwindenlassen von 43 Studenten aus Ayotzinapa hat im zweiten Jahr die mexikanische Politik dominiert, ohne dass Polizei und Justiz das Geringste zur Aufklärung beigetragen haben. Auch auf internationaler Ebene hat eine unabhängige Expert*innengruppe und die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte das Nichtstun der Regierung öffentlich gemacht. Es scheint so, als ob der Fall Ayotzinapa, von dem manche sich eine Wende im Bereich der Menschenrechte erhofft hatten, versickern soll wie andere zuvor. Er soll zu einem Fall in der Reihe der vielen werden, die Organisationen aus dem In- und dem Ausland immer wieder anprangern: Systematische Folter und gewaltsames Verschwindenlassen sind in Mexiko die Regel.

Durch unser Wandbildprojekt in München gelang es uns wie früher schon mit ähnlichen Projekten den Bezug zu Mexiko optisch eindrucksvoll zu verdeutlichen.

Nicaragua:

Zwei Themen standen im Zentrum der Arbeit des Ökumenischen Büros: die Solidaritätsreise in das Departamento Matagalpa nach Molino Sur und die Beobachtung des Projektes des interozeanischen Kanals. Die Reiseteilnehmer*innen halfen beim Bau eines kommunalen Zentrums und eines lokalen Radiosenders. Bei ihren Kontakten mit nicaraguanischen Organisationen stand das Thema Gesundheit im

Vordergrund. In der Politik war 2015 der Kanal wiederum das wichtigste Thema. Obwohl es immer noch keine Gewissheit gibt, dass er wirklich gebaut werden soll, wird er auch im Jahr 2016 die politische Diskussion beherrschen.

Neben den Aktivitäten zu den Partnerländern war für uns im Ökumenischen Büro 2015 die „Mobilisierungstour für ein Gutes Leben und gegen G7“ sehr wichtig. Sie führte vom BUKO-Kongress in Münster über den Gegengipfel in München zu den Gegenaktivitäten rund um Elmau. Mit Aktivist*innen aus Kolumbien, Mexiko, Honduras, El Salvador, Elfenbeinküste und Tunesien wurden an 15 Stationen in verschiedenen Städten und im Wendland Themen wie Freihandel, Landraub, Militarisierung, Flucht und Migration diskutiert.

2015 brachte uns auch einen personellen Wechsel. Andrés Schmidt, der sich fast zehn Jahre lang als Referent für Nicaragua und dann auch Honduras ganz enorm engagiert und unsere Arbeit wesentlich mitgeprägt hat, wofür wir ihm herzlich danken, hat von der hauptamtlichen Arbeit erfolgreich in die ehrenamtliche gewechselt. Dafür hat Samuel Weber seinen Lebensschwerpunkt nach München verlagert, sich inzwischen sehr gut in unser Team eingegliedert und in die Arbeitsbereiche Nicaragua und El Salvador eingearbeitet.

Allen hauptamtlichen Mitarbeiter*innen danken wir ganz herzlich für ihren Einsatz. Das gilt auch für all die anderen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen sowie auch unsere treuen Spender*innen und Kund*innen des Flug- und Zugdienstes. Unser ganz besonderer Dank gilt aber den Mitarbeiter*innen des Flugdienstes für ihre hervorragende Arbeit, die bei Klaus Pinzek fast 30 Jahre gedauert hat!

Und schließlich möchten wir auch den Organisationen, die uns im Jahr 2015 finanziell unterstützt haben herzlich danken. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Aktion Selbstbesteuerung, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Engagement Global (BMZ), Katholischer Fonds, Mission Eine Welt, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Kurt-Eisner-Verein, Netzwerk München, Petra-Kelly-Stiftung, Stiftung Umverteilen.

All jenen, denen wir zu Dank verpflichtet sind und denen, die sich uns freundschaftlich verbunden fühlen, wünschen wir weiterhin ein erfolgreiches Jahr 2016.

Mehr Information?

Unsere Homepage www.oeku-buero.de bietet Infos zu unseren Inhalten und Aktivitäten.

Ein- bis zweimal im Jahr erscheint unsere Zeitschrift Infoblatt, kostenlos als Print- oder pdf-Version. Zum Abonnieren genügt eine Mail oder ein Anruf.

Jeden ersten Montag im Monat senden wir auf dem Münchner Lokalsender Radio Lora auf UKW 92,4 Mhz oder im livestream unter <http://lora924.de>

Über E-Mail-Verteiler informieren wir über unsere Aktivitäten und laden zur Teilnahme an Eilaktionen bei Menschenrechtsverletzungen ein. Zugang über: www.oeku-buero.de/kontakt.html

Einen Beitrag leisten?

Wir freuen und über Spenden in jeder Höhe, auch als Daueraufträge. Zahlung ist möglich durch Überweisung, Lastschrift oder online unter www.oeku-buero.de/spenden.html

Die Spenden sind steuerabzugsfähig.

Mitmachen?

Unterstützung ist uns jederzeit willkommen, zum Beispiel durch Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen, bei der Gestaltung unserer Veranstaltungen oder durch Teilnahme an einer Reise nach Mittelamerika. Auch für die, die weiter weg von München wohnen, gibt es Möglichkeiten. Ein Anruf genügt.

Wer Mitglied werden will, bekommt auf Anfrage eine Beitritts-erklärung.



www.oeku-buero.de

Der Flugdienst hört auf

Den Flugdienst, ein Kind der Nicaragua-Solidarität der 1980er Jahre, gibt es nicht mehr. Im Jahr 1985, als plötzlich 80 Menschen von München aus nach Nicaragua fliegen wollten, fing alles an. Das Ökumenische Büro hatte zu Solidaritätsbrigaden aufgerufen und es meldeten sich viele. Einer davon war Klaus Pinzek, er übernahm die Organisation der Flüge. 30 Jahre lang machte er es gut und gerne, und blieb dabei bis heute!



Flugdienst Team: Hilke Stadie, Ute Quitterer, Klaus Pinzek, Manuel Söhner

Ein paar Jahre lang standen die jährlich stattfindenden Brigaden nach Nicaragua im Mittelpunkt der Arbeit des Ökumenischen Büros. Klaus organisierte dazu die Flüge. Sehr bald fuhr auch Delegationen nach El Salvador und Honduras. Dann kamen auch Gäste aus diesen Ländern nach München.

Alles lief über Klaus. Irgendwann Ende der 1980er Jahre meldete sich Rainer Klee aus Berlin. Man kannte sich aus der Nicaragua-Solidarität. Rainer Klee hatte auch Erfahrung in der Organisation von Arbeitsbrigaden nach Nicaragua und hat nach einer Zwischenstation beim Kaffee „Sandino Dröhnung“ das Reisekollektiv Titanic mit gegründet. Er hatte die Idee, dass man doch etwas zusammen machen könnte. Mit unserem inzwischen erworbenen Know-how wollten wir eine Reiseagentur eröffnen, damit Gewinn machen und den in den Spendentopf des Ökumenischen Büros fließen lassen. So geschah es dann auch. Das Ökumenische Büro gründete den Flugdienst, eine Agentur,

die schon bald „billige Flüge weltweit“ anbot. Das Geld ging in Projekte des Büros. Der Flugdienst, das war Klaus, der neben seinem Beruf zu jeder Zeit erreichbar war – abends, am Wochenende, immer - und Flüge organisierte.

Mit den Jahren veränderte sich dann vieles: organisatorisch, technisch und die Zahl der Kund*innen, die beständig wuchs. Aus dem Reisekollektiv Titanic ging die AER Kooperation hervor, bei der das Büro Mitglied wurde. Der Flugdienst wechselte vom Reservierungssystem Worldspan zu Galileo und Klaus bastelte sich ein Buchungsprogramm. Und die Zahl der Kund*innen, viele von ihnen ehemalige Brigadist*innen, stieg weiter an. All das bedeutete mehr Arbeit. 1996 war es dann so weit: Klaus brauchte Unterstützung. So wurde Hilke Stadie-Hofman eingestellt und noch ein paar Jahre später, 2003, kam auch Ute Qwitterer zu uns. Auch das Buchungsprogramm und die Website des Flugdienstes brauchten fachkundige Unterstützung. Diese fanden sie bei Manuel Söhner, der sein Wissen seit 2007 dem Büro ehrenamtlich zur Verfügung stellt.

Allen diesen dankt das Ökumenische Büro ganz herzlich für das jahrelange Engagement. Selbstverständlich ist dabei unser Dank an Klaus ein ganz besonderer! Alle haben mit ihrer Arbeit das erfolgreiche Engagement des Büros in Zentralamerika und Mexiko mit ermöglicht.

Die technische Entwicklung in diesen Jahren, vom Fernschreiber über E-Mail zum Internet und zum elektronischen Ticket hat vieles vereinfacht, aber auch, wie allgemein bekannt, die Verdienstmöglichkeiten von Reisebüros geschmälert. Dies galt auch für uns. Es wurde immer schwerer, über den Flugdienst Spenden für unsere Partnerländer zu gewinnen. In den letzten Jahren gelang das sogar fast gar nicht mehr. Deshalb war das Ökumenische Büro 2015 leider gezwungen, seinen Flugdienst zum 31. Dezember 2015 einzustellen. Wir taten das mit Wehmut und großem Bedauern. Zumindest unseren Kund*innen können wir Trost anbieten. Sie können wir nämlich an das Traunsteiner Reisebüro Ticket Easy (www.ticket-easy.de) verweisen. Wir haben mit Ticket Easy die Vereinbarung getroffen, dass ein Teil der Provision, die durch Buchungen unserer ehemaligen Kund*innen entsteht, weiterhin der Arbeit des Ökumenischen Büros zugute kommt.

Zum Schluss noch einmal: Das Ökumenische Büro sagt allen, die sich beim Flugdienst engagiert haben ganz herzlichen Dank: Klaus, Hilke, Ute, Manuel und natürlich auch den treuen Kund*innen!

Länderbericht

Menschenrechte – das sind die Rechte des Individuums und die Pflichten des Staates. Mit der Ratifizierung eines Menschenrechtsvertrages verpflichtet sich ein Staat, die darin verbrieften Rechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Er muss sich also fragen lassen: Achtet der Staat selbst die Menschenrechte? Verhindert der Staat Übergriffe durch Dritte, etwa Unternehmen? Und schafft der Staat die Voraussetzungen, dass das Recht tatsächlich gelebt werden kann? In Mexiko weit gefehlt.

Der mexikanische Staat kommt seinen menschenrechtlichen Schutzpflichten nicht nach. Für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation fehlt der politische Wille. Die Regierung setzt Menschenrechtsverletzungen nichts entgegen, sondern verschließt ihre Augen und Ohren. Mehr noch, der mexikanische Staat fördert die systematischen Verletzungen der Völkerrechte regelrecht, er hat ein „Reich der Straffreiheit“ errichtet.¹

Der Kleine Prinz hatte Recht

Anfang 2015 hatten viele Menschen noch erwartet, dass sich die mexikoweite Mobilisierung gegen das gewaltsame Verschwindenlassen von 43 Studenten der ländlichen Lehramtsschule von Ayotzinapa (Guerrero) fortsetzen würde.² Diese Erwartungen waren nicht unbegründet. Versetzen wir uns zurück in die Nacht vom 26. auf den 27. September 2014. In jener Nacht wurden unbewaffnete Studenten und weitere Zivilpersonen in Iguala nachweislich von der Polizei und weiteren Uniformierten angegriffen. Sechs Personen wurden ermordet, mehr als 20 verletzt, 43 Studenten wurden festgenommen und Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens, bis heute ungesühnt. Sofort rollte eine noch nie gesehene Protestwelle über das Land. Viele – sowohl in Mexiko als auch im Ausland – hegten die Hoffnung, dass nun endlich der lang ersehnte und vorausgesagte Umbruch seinen Anfang nehmen würde. Die Feiertage rund um den Jahreswechsel brachten die Welle jedoch zum Branden.

¹ <http://www.tppmexico.org>

² Unter dem Ausdruck «Verschwindenlassen» wird die Festnahme, Haft, Entführung oder jede andere Form von Freiheitsentzug durch Bedienstete des Staates, durch eine Person oder durch Personengruppen verstanden, die mit der Erlaubnis, Unterstützung oder Duldung (billigende Inkaufnahme) des Staates handeln, gefolgt von der Weigerung, die Freiheitsberaubung zu bestätigen, oder von einer Verschleierung des Schicksals oder des Aufenthaltsortes der verschwundenen Person, wodurch sie dem Schutz des Gesetzes entzogen wird.

Als die mexikanische Regierung dies erkannte, schlug sie sofort eine Kehrtwende ein. Die anfangs propagierte, vermeintliche Öffnung für Menschenrechtsfragen wurde beendet.

Ein ehemaliger Mitarbeiter der UNO in Mexiko sagte unserem Mexikoreferenten Ende 2014: „Es ist wie in dem Buch ‚Der Kleine Prinz‘. Was wie ein Hut aussieht, ist eigentlich eine Schlange, die gerade einen Elefanten verschlingt. So ist der mexikanische Staat – er kann alles verdauen.“

Pressefreiheit mit Maulkorb und Mord

Eine Stimme in der mexikanischen Radiolandschaft war den Mächtigen ein Dorn im Auge. Die mehrfach prämierte Journalistin Carmen Aristegui und ihr Team nahmen mit der Sendung „Aristegui Noticias“ ihre journalistische Aufgabe ernst. Immer wieder hielten ihre Berichte der mexikanischen Gesellschaft den Spiegel vor. Ein investigativer und kritischer Journalismus, der dem mexikanischen Publikum oft genug vorenthalten bleibt. Doch nachdem Carmen Aristegui den dubiosen Kauf einer Villa der Präsidentengattin aufgedeckt hatte, fiel die Entscheidung, ihre Sendung zu beenden.³ Offiziell führten andere Gründe zu ihrer Entlassung. So hätte sie mit der Gründung der Plattform „Mexikoleaks“ angeblich Vertragsbruch begangen. Ihre Zuhörer*innen sind jedoch anderer Meinung.

Am 31. Juli wurde der Fotojournalist Ruben Espinoza in Mexiko-Stadt ermordet. Verfolgt wurde er wegen seiner kritischen Arbeit im Bundesstaat Veracruz. Als die Bedrohungen durch Regierungsmitglieder immer schwerwiegender wurden, hatte er in der Hauptstadt Zuflucht gesucht. Bis dahin galt Mexiko-Stadt als vergleichsweise sicherer Rückzugsort. Seine Leiche wurde neben vier weiteren Mordopfern entdeckt, darunter eine ebenfalls aus Veracruz stammende Menschenrechtlerin. Die Botschaft war deutlich:

Durch Proteste erlangte der Fall kurzzeitig internationale Aufmerksamkeit. Diese brachte die Regierung von Mexiko-Stadt in Erklärungsnot – allerdings nur so lange, wie das Thema in den Medien war. Obwohl eine Reihe von Indizien den Gouverneur von Veracruz, Javier Duarte, als möglichen Drahtziher belasten, wurde diese Spur nach der Befragung des Gouverneurs nicht weiter verfolgt. Duarte selbst empfahl

³ http://www.deutschlandfunk.de/pressezensur-in-mexiko-der-fall-aristegui.761.de.html?dram:article_id=315599

Journalist*innen nach seiner Vernehmung, „sich zu benehmen“⁴. Im ohnehin schon gefährlichen Mexiko ist Veracruz der derzeit gefährlichste Bundesstaat für Journalist*innen.

Laut dem mexikanischen Ableger der Menschenrechtsorganisation *Article 19* gab es in Mexiko allein in der ersten Jahreshälfte 227 Angriffe auf Journalist*innen.⁵ Das entspricht einer Zunahme von 45 % gegenüber dem Jahresdurchschnitt der Regierungszeit von Felipe Calderón. Die mexikanische Generalstaatsanwaltschaft spricht von 103 ermordeten Journalist*innen in den letzten 15 Jahren. 25 weitere wurden im gleichen Zeitraum Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen (Stand 24.02.15).⁶ Gemäß der Internationalen Journalisten-Föderation ist Mexiko mit 120 ermordeten Journalist*innen innerhalb der letzten 25 Jahre weltweit das drittgefährlichste Land für Medienschaffende.⁷

Risikoberuf Menschenrechte

Menschenrechtsarbeit ist in Mexiko ein Risikoberuf. Erschwert wird sie in zentraler Weise durch den Staat. Das ist die Schlussfolgerung einer Beobachtungsmission internationaler Expertinnen, die das Land im November 2014 besucht hatte.⁸ So wird die Aufklärung von Übergriffen auf Aktivist*innen nicht vorangetrieben, sondern eher gebremst. Gleichzeitig werden Gesetze dazu missbraucht, Menschenrechtsarbeit zu kriminalisieren.

Die mexikanischen Behörden brüsten sich mit der im Jahr 2012 aufgebauten Initiative zum Schutz von Menschenrechtler*innen und Journalist*innen, dem sogenannten *Mecanismo de Protección para Personas Defensoras de Derechos Humanos y Periodistas*. Diese wurde zunächst von je Nichtregierungsorganisationen (NROs) begrüßt und unterstützt. Doch während die Zivilgesellschaft nach Kräften ihren Teil der Aufgabe erfüllt, bleibt die Regierung dies schuldig. Deswegen gibt es die Überlegung, einen zivilen Mechanismus aufzubauen, um den Schutz von Menschenrechtler*innen ernsthaft voranzutreiben.

⁴ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amerika/mexiko-mord-aufklaerung-von-ruben-espinoza-unwahrscheinlich-13745409.html>

⁵ bit.ly/1Kx841I

⁶ <http://www.jornada.unam.mx/ultimas/2015/02/24/en-15-anos-103-periodistas-asesinados-y-otros-25-desaparecidos-informe-9674.html>

⁷ http://www.ifj.org/fileadmin/documents/25_Report_Final_sreads_web.pdf

⁸ <http://www.animalpolitico.com/2015/10/en-mexico-se-usa-la-ley-para-perseguir-a-defensores-de-derechos-humanos-y-no-para-apoyar-sus-causas/>

INVITACIÓN



XXI Aniversario
TLACHINOLLAN
CENTRO DE DERECHOS HUMANOS DE LA MONTAÑA
1994 - 2015

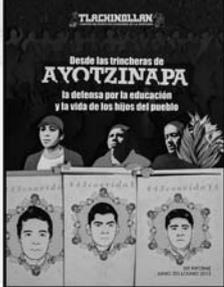
Programa

10:00 Presentación del XXI Informe de actividades.
Casa católica, Calle Amapola S/n Col. Aviación, Tlapa, Gro.

12:30 Marcha. Padres y madres de familia de Ayotzinapa junto con el Consejo de Comunidades Damnificadas de La Montaña y organizaciones sociales.

15:00 Comida
Al concluir el mitin en el zócalo compartiremos la comida con todos los invitados en el salón Marsil.
Calle Gálvez esq. con Galeana, frente a la Escuela Normal Regional de La Montaña.

Presentación del XXI Informe de Actividades de Tlachinollan
Desde las trincheras de Ayotzinapa: la defensa por la educación y la vida de los hijos del pueblo.



Sábado 29 de Agosto de 2015, Tlapa, Guerrero.

Jede Geburtstagsfeier ist ein Sieg gegen die Repression

Das mexikanische Entwicklungsmodell basiert auf Megaprojekten, mit meist verheerenden sozialen und ökologischen Folgen. Deshalb ist der Umweltschutz ein zentraler Teil der Verteidigung der Menschenrechte. Wir wollen hier keine romantisierte Vision des indigenen Lebens in Mexiko verbreiten. Die Indigenen sind diejenigen, welche am meisten unter Armut und Diskriminierung zu leiden haben. Dennoch haben sie ihre unmittelbare Umwelt am besten bewahrt. Und gerade darauf haben es die großen transnationalen Konzerne abgesehen. Deswegen werden Indigene, die ihren Wald und die Flüsse beschützen, verfolgt und erneut Opfer einer rassistischen Weltanschauung. In diesem Weltbild wird Natur auf Ressourcen reduziert, die es auszubeuten gilt. Dabei wird nicht verstanden, dass ein Fluss oder ein Stück Wald viel mehr als nur Wasser und Bäume sind. Allerdings sind, laut dem Autor und Journalisten Luis Hernandez Navarro, „die neoliberalen Reformen und die Plünderung der Naturressourcen in den indigenen Territorien auf die organisierten Aktionen der indigenen Gemeinden gestoßen“⁹.

Lizenz zum Töten

Auch wenn die neuste Folge der Filmreihe rund um den legendären britischen Agenten James Bond teilweise in Mexiko – Stadt gedreht wurde, werden wir uns an dieser Stelle nicht damit beschäftigen. Wer sich jedoch bestimmt im Dienste ihrer Majestät gefühlt haben dürfte, war ein Oberst der mexikanischen Armee. Er hatte ein Schreiben von

⁹ <http://www.jornada.unam.mx/2016/01/26/opinion/017a2pol>

seinem Vorgesetzten erhalten, wonach er im Rahmen der Operation „Drache“ den Auftrag erhielt, die „Verbrecher“ im Dunkeln umzubringen¹⁰. Dies hat das Menschenrechtszentrum *Miguel Agustín Pro Juárez* am 2. Juli während der Vorstellung einer Studie über den Fall „Tlatlaya“ verlauten lassen. Ein Jahr zuvor waren 22 Zivilist*innen im Bundesstaat Mexiko von Soldaten ermordet worden. Was zu Beginn durch das Verteidigungsministerium als eine Schießerei dargestellt worden war, entlarvten Journalist*innen und die Beobachtungsmission des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte als extralegale Hinrichtungen.

Systematische Anwendung von Folter

Hacer Berrinche bedeutet in Mexiko soviel wie einen Wutanfall zu bekommen. Normalerweise leiden Kinder darunter, etwa wenn sie keine Süßigkeiten bekommen. Doch wenn Diplomaten trotzig werden, wird es ernst. Im letzten Jahr haben die Wutanfälle der mexikanischen Außen dienstmitarbeiter deutlich zugenommen.

Wenn jemand ein Lied über „diplomatische Wutanfälle“ singen könnte, ist es gewiss Juan Méndez, der UN-Sonderberichterstatter über Folter. Méndez besuchte 2014 auf Einladung der Regierung das Land. Im Zuge seiner Recherchen kam er zu der Schlussfolgerung, dass Folter in Mexiko flächendeckend, auf allen Ebenen der Sicherheitskräfte angewandt wird.¹¹ Dazu zählen die Lokal- und Bundespolizei sowie die Armee. Der Abschlussbericht wurde am 9. März 2015 vor dem Menschenrechtsrat der UNO in Genf vorgestellt. Dieser listet eine Reihe von Situationen auf, welche die Anwendung von Folter begünstigen. Insbesondere wird dabei der sogenannte *Arraigo* kritisiert – ein juristisches Ungeheuer, das weltweit einzigartig ist.¹² Der *Arraigo* erlaubt, Personen für 40 Tage (verlängerbar auf bis zu 80 Tage) in inoffiziellen staatlichen Gefängnisse festzuhalten. Bei diesen sogenannten „Sicherheitshäusern“ handelt es sich weder um Bundes- noch um Landes- oder kommunale Haftanstalten. Ebenso wenig kann der *Arraigo* als mexikanisches Pendant der Untersuchungshaft gelten. Denn er ermöglicht, Personen auch ohne stichhaltige Beweise, allein auf Verdacht einzusperren.

Zurück zum Bericht von Juan Méndez: Anstatt sich die Empfehlungen zu Herzen zu nehmen und zu versuchen, die Straflosigkeit sowie die Anwendung von Folter zu bekämpfen, hat die mexikanische

¹⁰ <http://bit.ly/1KARXkK>

¹¹ <http://undocs.org/sp/A/HRC/28/68/Add.3>

¹² <http://www.cinu.mx/noticias/mexico/relator-especial-alerta-de-tor/>

Regierung alle Möglichkeiten genutzt, Einfluss auf die Redaktion des Berichtes zu nehmen. Als die Änderungswünsche schließlich nicht berücksichtigt wurden, begann die Regierung damit, den Berichtersteller medial zu attackieren.

Gleichgültigkeit, die Antwort des Staates auf das Verschwindenlassen

Amnesty International hat das in Mexiko grassierende gewaltsame Verschwindenlassen als eine Epidemie bezeichnet.¹³ Angesichts der mehr als 27.000 verschwundenen Personen eine treffende Bezeichnung. Statt die Vermissten zu suchen und diese Verbrechen aufzuklären, verliert sich die Regierung in abstrusen Rechtfertigungsversuchen. So beispielsweise Miguel Ruiz Cabañas, der Staatssekretär für multilaterale Angelegenheiten und Menschenrechte des mexikanischen Außenministeriums. Dieser behauptete am 16. Dezember 2015 vor Vertreter*innen von NROs in Berlin, dass ihn seine Erfahrung als Diplomat gelehrt habe, dass viele Menschen „gar nicht gefunden werden wollen“. Ja, Sie haben richtig gelesen. Das hat der Menschenrechtsbeauftragte des mexikanischen Außenministeriums gesagt. Außerdem zweifelten Ruiz Cabañas und andere ranghohe Funktionäre öffentlich an der Zahl von 27.638 Verschwundenen, dabei wird diese selbst von der mexikanischen Generalstaatsanwaltschaft anerkannt.¹⁴ Fakt ist, dass Mexiko kein Zentralregister verschwundener Personen führt. Ariel Dultzky, Präsident der UN-Arbeitsgruppe für gewaltsames Verschwindenlassen, hat dies während eines Interviews mit Carmen Aristegui im November 2014 auf den Punkt gebracht: „Mexiko weiß besser darüber Bescheid, wie viele Gallolonen Erdöl es am Tag exportiert als wie viele Personen verschwunden sind.“¹⁵



Die wenige Fortschritte bezüglich Verschwindenlassen sind dem Engagement der Angehörigen zu verdanken

¹³ <http://amnistia.org.mx/nuevo/2016/01/14/mexico-la-incompetencia-y-la-inercia-manifiestas-favorecen-la-epidemia-de-desapariciones/?o=n>

¹⁴ <http://bit.ly/1RcbmuQ>

¹⁵ <http://aristeguinoticias.com/1411/mexico/mexico-sin-un-plan-para-buscar-a-los-desaparecidos-ariel-dultzky-en-cnn/>

Am 13. Februar 2015 hat der UN-Ausschuss für gewaltsames Verschwindenlassen (*Committee on Enforced Disappearances* – CED) seine Empfehlungen an Mexiko veröffentlicht. Dabei werden drei Empfehlungen besondere Priorität eingeräumt:

Erstens soll der Staat alle notwendigen Schritte unternehmen, um das nationale Register gewaltsam Verschwundener deutlich zu verbessern und zuverlässige Daten zu besagter Problematik zu gewinnen. Auf Basis dieser Informationen soll dann eine koordinierte und nachhaltige nationale Politik mit dem Ziel entwickelt und umgesetzt werden, alle Personen vor diesem Verbrechen zu schützen. Das Register ist insbesondere in Fragen der Datenerhebung, des Datenabgleichs und durch regelmäßige Aktualisierung auszuweiten.

Eine weitere Priorität hat der Schutz von Migrantinnen und Migranten. Der CED empfiehlt die Zusammenarbeit mit Betroffenen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Herkunftsländern der Migrant*innen. Die Anstrengungen, gerade diese Personengruppe vor gewaltsamem Verschwindenlassen zu schützen sind deutlich zu erhöhen. Verschwindet eine Person gewaltsam, sind umgehend Ermittlungen einzuleiten und Zeug*innen, Gutachter*innen sowie Menschenrechtsverteidiger*innen besser zu schützen. Der UN-Ausschuss zeigte sich insgesamt besorgt über Angriffe auf Familienangehörige, Anwält*innen und Journalist*innen. Erfordert Mexiko auf, den Zeugenschutz zu stärken. Außerdem soll sich Beamte und Funktionäre mit öffentlichen Äußerungen zurückhalten, welche Betroffene, Zeug*innen oder Menschenrechtler*innen in Gefahr bringen könnten. Zudem müsse der Zugang zur Justiz sichergestellt werden.

Eine dritte Priorität gilt der Suche nach Personen, die unter gewaltsamen Umständen verschwunden sind. Diese muss, so der Ausschuss, durch die zuständigen Behörden unverzüglich nach Erhalt einer entsprechenden Nachricht eingeleitet werden. Dazu müssten die verschiedenen staatlichen Institutionen mit kompetentem Personal ausgestattet werden und koordiniert vorgehen. Die mexikanische Regierung wird aufgefordert, spätestens bis zum 13. Februar 2016 Informationen zum Stand der Umsetzung dieser Empfehlungen vorzulegen.

Die Expert*innen raten Mexiko außerdem, die Gesetzgebung sowohl auf föderaler als auch auf bundesstaatlicher Ebene an internationale Standards anzupassen. Der UN-Ausschuss fordert, dass Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen, in die das Militär verwickelt ist, nicht mehr durch die Militärjustiz bearbeitet werden. Darüber hinaus empfiehlt der CED die Einrichtung einer Sonderstaatsanwaltschaft für Fälle

gewaltsamen Verschwindenlassens. In Bezug auf das „Internationale Übereinkommen zum Schutz vor Verschwindenlassen“ fordert der Ausschuss Mexiko auf, die Artikel 31 und 32 des Übereinkommens zu unterzeichnen und damit sowohl individuelle als auch zwischenstaatliche Beschwerden über Verletzungen der Konvention zuzulassen.

Mexiko versucht mit Erfolg, sich auf internationalem Parkett als ein Land zu verkaufen, das offen für Menschenrechtsfragen ist. Die Sitzung des UN-Ausschusses hat jedoch zu einer Kehrtwende in der Diplomatie geführt. Eigentlich war geplant, dass am 13. Februar 2015 die CED-Berichtersteller für Mexiko, Rainer Huhle und Luciano Hazan, die Empfehlungen via Videokonferenz der mexikanischen Presse und Zivilgesellschaft vorstellen. Mit einer vagen Erklärung hat das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in Mexiko die Präsentation jedoch abgesagt. Es wird vermutet, dass mexikanische Diplomaten für die Absage gesorgt haben.

Bruchstücke der Wahrheit

Die Eltern der 43 verschwundenen Studenten aus Ayotzinapa wissen, dass dem mexikanischen Staat nicht zu trauen ist. Deswegen haben sie eine internationale Expert*innengruppe zur Überprüfung der Ermittlungen im Fall „Iguala“ angefordert. Die Interdisziplinäre Gruppe unabhängiger Experten (*Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes – GIEI*) ist ein Novum, sowohl in Mexiko als auch in Lateinamerika. Sie wurde durch eine Vereinbarung zwischen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und der mexikanischen Regierung möglich.

Die Gruppe hat am 6. September 2015 ihren Bericht zu den Gewaltverbrechen in der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 in Iguala, im Bundesstaat Guerrero, vorgelegt. Der über 500 Seiten lange Report der GIEI dokumentiert die Angriffe durch Polizei und andere uniformierter Kräfte auf unbewaffnete Studenten und weitere Zivilpersonen. 43 Studenten wurden nachweislich durch Polizeieinheiten festgenommen und Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens. Sechs Personen wurden extralegal hingerichtet. Mehr als 40 Personen wurden in jener Nacht zum Teil schwer verletzt. Die Expertengruppe weist nach, dass die Ermittlungen der mexikanischen Behörden unzureichend waren. Es wurden Beweise manipuliert und bewusst falsche Untersuchungsergebnisse veröffentlicht.

Die Juristen Alejandro Valencia und Ángela Buitrago (Kolumbien), Claudia Paz y Paz (Guatemala), Francisco Cox (Chile) und der basische Arzt Carlos Beristain hatten sechs Monate lang die bisherigen Ermittlungen zu den Verbrechen, die Suche nach den Verschwundenen



Auch der argentinisches gerichtsmedizinische Team hat mit seinem Bericht die Regierungsthese der Müllhalde vernichtet

und die Betreuung der betroffenen Familienangehörigen ausgewertet, zusätzliche Gespräche mit Mitarbeiter*innen staatlicher Institutionen, Betroffenen und Zeug*innen geführt sowie international renommierte Sachverständige zu Rate gezogen.

Die Auswertung der staatlichen Ermittlungen ergab Folgendes:

Die ermittelnden Behörden haben die Beweisaufnahme unter Missachtung grundlegender Standards durchgeführt.

Das Militär verweigert bis heute den Zugang zu Beweismaterial und verhindert die Aufnahme von Zeugenaussagen, obwohl Soldaten an den Tatorten präsent waren.

-Ermittlungen und Beweismaterial wurden manipuliert und unterschlagen.

-Dem Verdacht auf extralegale Hinrichtungen wurde bei den Ermittlungen nicht nachgegangen.

-Mutmaßliche Täter wurden in der Haft misshandelt; diese Misshandlungen sind teilweise dokumentiert.

-Die Bewertung der strafrechtlichen Verfahren ergab:

-Die Haftbefehle und Anklageerhebungen basieren auf unzureichenden, widersprüchlichen und möglicherweise unter Folter erzwungenen Daten hinsichtlich der Taten und Tatorte.

-Die von der Generalbundesanwaltschaft (PGR) vertretene These, die Studenten seien auf der Müllhalde von Cocula verbrannt worden, ist nicht haltbar.

-Bislang wird ausschließlich wegen Entführung ermittelt – nicht aber wegen des Verdachts auf gewaltsames Verschwindenlassen.

-Bisher werden die Verbrechen in 14 strafrechtlichen Verfahren, vor acht Gerichten in unterschiedlichen Städten des Landes bearbeitet.

-Eine Aufklärung der Gewaltexzesse war der GIEI auf Grundlage ihrer Untersuchungen nicht möglich. Die Angriffe und Festnahmen wurden durch lokale uniformierte Polizeieinheiten und weitere uniformierte Täter*innen durchgeführt; zahlreiche Polizeifahrzeuge waren im Einsatz. Die Expert*innengruppe fand jedoch mehrere Indizien, die darauf hindeuten, dass es übergeordnete Kommandostrukturen für die Planung, Durchführung und anschließende Verschleierung der Verbrechen gegeben haben muss.



Die GIEI empfiehlt unter anderem dringend, die Ermittlungen und die Suche nach den verhaftet-verschwundenen Studenten vollständig neu aufzunehmen. Ferner spricht sie die Empfehlung aus, ab sofort die Betroffenen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt der staatlichen Aktivitäten zu stellen. Obwohl die Regierung den Bericht und die Empfehlungen der Expert*innen akzeptiert hat, begann in den Medien eine Diskreditierungskampagne gegen die Arbeit der Gruppe und deren Mitglieder. Dies macht deutlich, dass die mexikanische Regierung die Anwesenheit der GIEI lediglich aufgrund der großen Protestwelle akzeptierte. Ein wirkliches Interesse an Aufklärung besteht jedoch nicht. Trotzdem arbeitet die Gruppe weiter. Der Abschlussbericht wird für April 2016 erwartet.

Mexiko und seine Verbündeten in Brüssel und Berlin

Für das Öku-Büro war immer wichtig, hier in der BRD und in Europa über die Situation der Menschenrechte in Mexiko zu informieren. Zusammen mit verschiedenen Organisationen haben wir uns hierzulande und in Brüssel dafür eingesetzt, dass die Expert*innen der GIEI ihren Bericht vor dem Unterausschuss für Menschenrechte im EU-Parlament sowie vor der Bundesregierung vorstellen können. Beide haben die GIEI eingeladen und als die mexikanische Regierung dies erfuhr, startete sie im Hintergrund eine Kampagne, um die Einladungen wieder rückgängig zu machen. Naiverweise hofften wir weiter auf die Anhörung der Expert*innen. Wir haben uns geirrt. Sowohl in Brüssel als auch in Berlin wurde die Einladung trotz der Proteste verschiedener Organisationen „verschoben“. Unserer Meinung nach haben

die Funktionäre in Brüssel und Berlin der Zivilgesellschaft die kalte Schulter gezeigt und damit die autoritäre Haltung der mexikanischen Regierung unterstützt. Es scheint, als hätten Menschenrechte nur dann eine Bedeutung, wenn andere – etwa wirtschaftliche – Interessen nicht angetastet werden.

Ein aufgezwungener Besuch

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission listet im vierten Kapitel ihres jährlichen Berichtes die Länder auf, in denen gravierende Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Mexiko ist zweifelsohne ein klarer Kandidat für diese Liste. Um dort nicht erwähnt zu werden, können die Länder einen Besuch der Kommission fordern. Durch den Besuch vor Ort macht sich eine Delegation der Kommission ein Bild über die Situation im Land.

Der Besuch in Mexiko fand zwischen dem 28. September und dem 2. Oktober statt. Die Delegation diagnostizierte in Mexiko eine gravierende Menschenrechtskrise. Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Besucher*innen den Fällen von gewaltsamem Verschwindenlassen, den extralegalen Hinrichtungen, der Folter, dem hohen Maß an Straflosigkeit sowie der mangelnden Begleitung der Opfer. Die Reaktion der Regierung auf den vorläufigen Bericht war erneut ein *Berrinche Diplomático*, ein diplomatischer Wutanfall. Roberto Campa, zuständig für Menschenrechte im Innenministerium erklärte, dass sich der Bericht lediglich auf konkrete Fälle beziehe und nicht die allgemeine Situation im Lande widerspiegele. Die Organisationen, die sich mit den Mitgliedern der Kommission getroffen haben, hätten „nur in der Vergangenheit liegende Fälle vorgestellt“. Damit versuchte der Funktionär die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen zu diskreditieren, als sei das Aufzeigen der Probleme und der Kampf gegen die Straflosigkeit ein verräterischer Akt.

Don't kill the messenger!

Unmittelbar nach der Delegation der Interamerikanischen Kommission besuchte Zeid Ra'ad Al Hussein, Hochkommissar für Menschenrechte der UNO, Mexiko. Außer Funktionäre und Politiker*innen traf dieser Organisationen der Zivilgesellschaft und Opfer von Menschenrechtsverletzungen sowie deren Angehörige. Seine abschließende Pressekonferenz wurde aufmerksam verfolgt. Aufgrund des ständigen Drucks durch das

mexikanische Außenministerium auf Vertreter*innen der UNO bestand die Gefahr, dass Al Hussein keine deutliche Position bezüglich der Menschenrechtslage in Mexiko beziehen würde. Seine Empfehlungen an die mexikanische Regierung wurden noch nicht veröffentlicht.

Für eine positive Überraschung sorgten jedoch zwei Sätze seiner Rede. So kritisierte er die Regierung aufgrund ihrer Verslossenheit gegenüber externen Empfehlungen. Dabei bat er die Regierung, diese Anmerkungen nicht als Angriff zu sehen, sondern als Möglichkeit, die Situation zu überwinden. Sie solle nicht den Fehler begehen, den Boten der schlechten Nachricht zu töten: „Instead of shooting the messenger, let us focus on the message.“ Daraufhin machte er deutlich, dass es weder an ihm, noch an der Regierung oder an anderen internationalen Expert*innen oder Menschenrechtsorganisationen sei, eine Verbesserung der Menschenrechtslage festzustellen. Denn dazu seien nur die Opfer selbst in der Lage. Wie die Expert*innen der GIEI, stellte auch Al Hussein die Betroffenen selbst in den Mittelpunkt. Sehnsüchtig wartet die Zivilgesellschaft auf die Veröffentlichung der Empfehlungen. Wir hoffen, dass diese Verspätung nicht wieder auf einen *Berrinche Diplomático* zurückzuführen ist und zu einem „Selbstmord des Boten“ geführt hat.



Die Opfer und seine Angehörige sind die einzige die eine Verbesserung der Menschenrechtssituation bestätigen können

Aktivitäten zu Mexiko

20 Jahre Freihandel in Mexiko

Im Jahre 1994 war das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen Mexiko, USA und Kanada in Kraft getreten mit dem Versprechen auf „Wohlstand und Fortschritt“. Doch stattdessen hat sich seither die wirtschaftliche und soziale Situation in Mexiko deutlich verschlechtert.

2011 hatte in Mexiko das Ständige Tribunal der Völker seine Arbeit aufgenommen. Diese Initiative der Zivilgesellschaft zielt darauf ab, die verheerenden Folgen von Freihandelspolitik, Drogenkrieg, Gewalt und Verletzung der Völkerrechte durch Staat und Unternehmen zu dokumentieren und zu verurteilen. Mehr als 500 Gruppen und Organisationen haben an dem Tribunal teilgenommen. Im November 2014 sprachen die 11 internationalen Richter*innen das Urteil.

In der Veranstaltung am 25. Juni berichteten die Referent*innen über die Ergebnisse des Tribunals und die daraus entstandenen politischen Initiativen. Ihr Schwerpunkt lag dabei auf den Folgen des Freihandels für die Gesellschaft und die Menschenrechte. In der anschließenden Diskussion wurde der Bezug von den Erfahrungen Mexikos mit dem Freihandelsabkommen zu den derzeit verhandelten Verträgen CETA und TTIP hergestellt.

Alicia Ponce, Publizistin und Menschenrechtsexpertin aus Mexiko und Daniel Tapia, Mexiko und Menschenrechtsreferent des Ökumenischen Büros haben am 25. Juni im Stadtpark Olga zu dem Thema referiert.

Protetste gegen Rüstungsexporte

Bei der Premiere des dokumentarischen Spielfilms „Meister des Todes“ am 30. Juni im Gasteig, München, beteiligte sich das Ökumenische Büro an den Protesten gegen Waffenexporte nach Mexiko.

Wie Deutschland vom Krieg in Mexiko profitiert

Carlos A. Pérez Ricart, Experte zum Thema Rüstungsexporte und Militarisierung, erläuterte am 3. Juli im EineWeltHaus die Hintergründe über den Zusammenhang zwischen dem Waffenhandel, dem derzeit verhandelten Sicherheitsabkommen sowie dem Szenario der Gewalt in Mexiko. Dabei wurde deutlich, dass ein Sicherheitsabkommen weniger

dazu dienen wird, den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität in Mexiko zu bekämpfen. Stattdessen sei ein solches Abkommen eher als Türöffner für den weiteren Transfer von Rüstungs- und anderer Hochtechnologie zu sehen. Durch den Verkauf von Waffen werde darüber hinaus eine Spirale der gegenseitigen Aufrüstung in Gang gesetzt: denn durch die enge Zusammenarbeit der mexikanischen Sicherheitskräfte mit dem organisierten Verbrechen werden diese Waffen „beiden Seiten“, also auch den Drogenkartellen, zu Gute kommen.

Bei der anschließenden Diskussion wurden einige Verständnisfragen gestellt. Insgesamt stand das Publikum dem Thema „Waffenexporte nach Mexiko“ relativ skeptisch gegenüber.

Die vorgestellte „Europäische Kampagne gegen den Export von Kriegswaffen nach Mexiko“ wurde mit Interesse aufgenommen.

Um das Thema über die Veranstaltung hinaus bekannt zu machen, haben wir mit Carlos Perez ein Interview aufgenommen, das am 6. Juli von Radio Lora ausgestrahlt wurde.

Ayotzinapa: ein Jahr Straflosigkeit, ein Jahr Widerstand.

Was soll man von einem Staat halten, der selbst das schwerste Verbrechen seiner jüngsten Geschichte begeht? Denn in Ayotzinapa war der Staat der Täter! Das Massaker von Iguala ereignete sich in der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 in Iguala im Bundesstaat Guerrero. Ein am 6. September 2015 veröffentlichter Bericht der GIEI (interdisziplinäre, unabhängige Expertengruppe) dokumentiert die Angriffe von Polizei und weiteren Uniformierten auf unbewaffnete Studenten und Zivilpersonen in Iguala. Beteiligt waren auch Angehörige des Militärs.

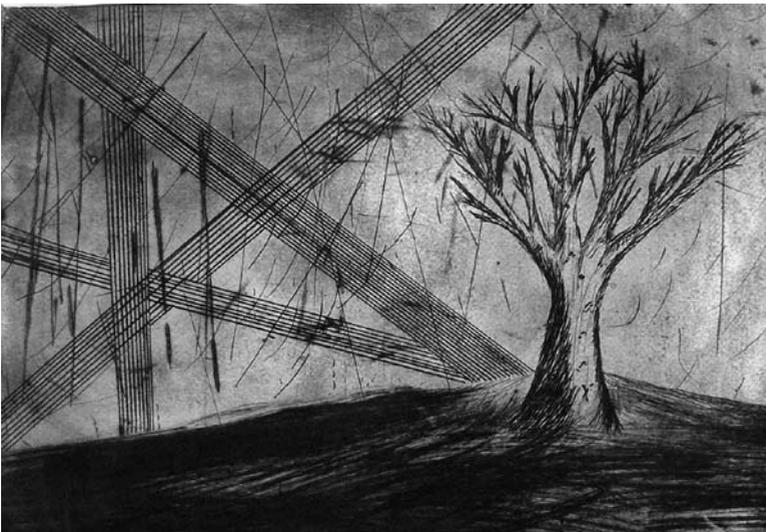
43 Studenten der Lehramtsschule Isidro Burgos von Ayotzinapa wurden nachweislich durch Polizeieinheiten festgenommen und Opfer eines gewaltsamen Verschwindenlassens. Sechs Personen wurden illegal hingerichtet. Mehr als 40 Personen wurden in jener Nacht – zum Teil schwer – verletzt.

Die Expertengruppe weist nach, dass die Ermittlungen der mexikanischen Regierung zu dem gewaltsamen Verschwindenlassens von 43 Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa unzureichend waren, dass Beweise manipuliert und bewusst falsche Untersuchungsergebnisse veröffentlicht wurden. Der gesamte Sicherheitsapparat (lokale Polizei, Landes- und Bundespolizei sowie das Militär) waren in Echtzeit über die ersten Angriffe, den Beschuss und die Festnahme unbewaffneter Studenten

sowie weiterer Zivilisten in Iguala informiert. Neben der lokalen Polizei waren weitere Uniformierte an den Übergriffen beteiligt. Ermittlungsbehörden und die Generalbundesanwaltschaft (*PGR – Procuraduría General de la República*) haben ihre Beweisaufnahme unter Missachtung grundlegender Standards durchgeführt. Das Militär ist trotz Präsenz vor Ort nicht bereit, Dokumente offenzulegen oder Soldaten als Zeugen befragen zu lassen. Die GIEI durfte weder Interviews mit Mitgliedern des 27. Bataillons führen, noch die Kaserne besichtigen.

Die von der PGR vertretene These, die Studenten seien Mitgliedern der organisierten Kriminalität übergeben und auf der Müllhalde von Cocula verbrannt worden, ist nicht haltbar.

Die Folgen: Die Studenten der Hochschule von Ayotzinapa, insbesondere jene, welche die Verbrechen in Iguala direkt als Betroffene miterlebten, sind traumatisiert und haben erhebliche Schwierigkeiten, sich auf ihr Studium zu konzentrieren. Erschwerend kommt hinzu, dass sie wiederholt Opfer von Verbrechen werden, beispielsweise durch Drohanrufe. Angehörige der festgenommen und verschwundenen Studenten haben körperliche und psychische Erkrankungen. Die meist prekäre wirtschaftliche Situation der betroffenen Familien hat sich durch erhöhte Ausgaben für die Suche sowie durch Einkommensverluste deutlich verschlechtert. Auch die Familien der verletzten Studenten sind direkt betroffen.



Jede Linie erinnert an einen verschwundenen Studenten

Gegen das Vergessen und die Straflosigkeit

Am 26. September beteiligten wir uns in München an einer Demonstration zum Jahrestag des Verbrechens von Ayotzinapa. Organisiert wurde diese von Pacta Servanda e.V. und #yosoy132Münich.

Auf dieser Kundgebung gegen das Vergessen sowie bei der Feier des Mexikanisch-Deutschen Kreises in Bayern haben wir Informationsmaterialien verteilt.

Film „Ayotzinapa: Chronik eines Staatsverbrechens“

Diesen Film zeigte das Öku-Büro. Der Filmemacher Xavier Robles hat zusammen mit einer Gruppe von weiteren 15 Filmemacher*innen ehrenamtlich den Film „Ayotzinapa: Chronik eines Staatsverbrechens“ realisiert. Im Anschluss stellte der Journalist und Publizist Luis Hernandez Navarro via Videokonferenz den kurz zuvor veröffentlichten Bericht der GIEI vor.

Die international renommierten Mitglieder der GIEI haben sechs Monate lang die bisherigen Ermittlungen zu den Verbrechen, die Suche nach den Verschwundenen und die Betreuung der betroffenen Familienangehörigen ausgewertet. Die Arbeit der GIEI war eine Forderung der Eltern. Möglich wurde diese durch eine Vereinbarung zwischen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und der mexikanischen Regierung.



Konferenz: Gewaltames Verschwindenlassen

23.- 25. Oktober Evangelische Akademie Bad Boll

Die Konferenz¹⁶ der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko behandelte 2015 schwerpunktmäßig das Thema „gewaltames Verschwindenlassen“. Eingeladen waren Experten und Aktivisten aus Deutschland und Mexiko. Das Ökumenische Büro beteiligte sich an der Organisation und Durchführung dieser Konferenz.

¹⁶ www.mexiko-verschwindenlassen.de

Länderbericht

Neben dem alles dominierenden interozeanischen Kanal waren zwei weitere Themen 2015 von Bedeutung: Zum einen ging es um die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Entwicklung auf Nicaragua mit den Konsequenzen im Goldbergbau und um die Auswirkungen der wirtschaftlichen Turbulenzen in Venezuela, zum anderen waren es die Vorbereitungen auf die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2016.



Kathedrale im Zentrum Managuas

Der interozeanische Kanal

Im dritten Jahr in Folge war der geplante interozeanische Kanal das dominierende Thema im Land. Befürworter*innen des Projektes folgen der Argumentation der Regierung und sehen in dem Kanal eine einmalige Chance, durch plötzliches schnelles Wirtschaftswachstum der Armut zu entinnen. Die Gegner*innen hingegen sehen vor allem die enormen Risiken für Mensch und Umwelt. Beide Seiten haben im vergangenen Jahr Fortschritte erzielt.

Zwar konnte mit dem eigentlichen Bau nicht wie angekündigt begonnen werden. Allerdings habe laut Befürworter*innen die Projektentwicklung beträchtliche Fortschritte gemacht. So übergab am 31. Mai das britische Consulting Unternehmen *Environmental Resources Management* (ERM) der Projektentwicklungsgesellschaft HKND¹ die in Auftrag gegebene Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie (EIAS). Nach Veröffentlichung der fast 11.000 Seiten im Internet² steht die Studie im Mittelpunkt der Diskussion.

¹ HKND (Hong Kong Nicaragua Canal Development) Group <http://hknd-group.com/>

² Die ersten vier Bände (3.365 Seiten) umfassen das Gutachten, die restlichen neun Bände enthalten Anlagen: Estudio de Impacto Ambiental y Social (EIAS)

HKND selbst betreibt die Projektentwicklung weiter und hat zwei neue Planungsaufträge an die australische Beratungsfirma für Geologie und Bodenschätze *CSA Global* sowie an das britische Unternehmen BMT vergeben. Derzeit lässt HKND im gesamten Gelände archäologische Geländeuntersuchungen durchführen. Den Baubeginn plant HKND jetzt für 2016. Mit dem eigentlichen Kanalaushub und den Schleusen soll dann „Ende 2016“ begonnen werden.

Auch die nicaraguanische Regierung hat weltweit Werbung für das Projekt betrieben. Bei den Auslandsbesuchen von Außenminister Samuel Santos war besonders in den reichen Ländern der Kanal stets ein Programmpunkt. Noch aktiver war der Präsidentenberater Paul Oquist. Seine Aufgabe scheint es zu sein, das Projekt in Wirtschaftsforen einzubringen. Sicherlich geht es dabei darum, Investoren zu finden, welche die geschätzten 50 Mrd. US-Dollar Baukosten aufbringen können. Auch, als im April eine deutsche Wirtschaftsdelegation unter Beteiligung von Siemens und VW Nicaragua besuchte, präsentierte Oquist das Kanalprojekt³. Ob die nicaraguanische Regierung mit diesen Anstrengungen Erfolg hatte, kann nicht beurteilt werden. Nach wie vor heißt es, dass die potentiellen Investoren anonym bleiben wollten.

Widerstand gegen den Kanal

Der Widerstand gegen den Kanal besteht hauptsächlich aus dem von Vertreibung bedrohten Teil der Bevölkerung sowie aus kritischen NGOs, die sich schwerpunktmäßig mit Umweltproblemen befassen. Zusammen blicken diese auf inzwischen 50 Demonstrationen zurück. 2015 ragten dabei die beiden Kundgebungen am 13. Juni in Juigalpa sowie am 27. Oktober in Managua mit zehntausenden von Teilnehmern heraus. Diese große Zahl kam zustande, obwohl die Regierung versuchte, mit Straßensperren und Gegendemonstrationen die Proteste zu verhindern.

Ein weiterer großer Erfolg gelang den Kanalgegner*innen auf internationaler Ebene. So wurde auf deren Betreiben am 16. März 2015 bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) der OAS in Washington eine Anhörung zur Auswirkung des Kanalbaus auf die Menschenrechte in Nicaragua durchgeführt⁴. Nach der Anhörung

³ Lateinamerika Verein, Branchenübergreifende Unternehmerreise nach Nicaragua vom 11. bis 17. April 2015, <http://bit.ly/1SBcIIS>

⁴ Construcción del canal transoceánico y su impacto sobre los derechos humanos en Nicaragua <http://www.oas.org/es/cidh/multimedia/sesiones/154/default.asp>



Demonstration gegen den Nicaragua-Kanal

Ausdruck. Von der Regierung wurden weitere Informationen angefordert.

brachte die CIDH ihre Besorgnis über die unangemessenen Polizeiaktionen gegen die Kanalopposition, die mangelhafte Einbeziehung der auch indigenen Bevölkerung, sowie über die Unsicherheit bei der zukünftigen Wasserversorgung zum

Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie (EIAS)

Selbst die von der Regierung in Auftrag gegebene EIAS-Studie kritisiert den bisherigen Projektablauf an zahlreichen Punkten. Ausdrücklich erwähnt werden dabei unter anderem die mangelhafte Einbeziehung der Bevölkerung, die unvermeidlichen Folgen des Projektes für Mensch und Natur, die Zerstörung von Regenwäldern, die physische Teilung Nicaraguas in ungenügend verbundene Bereiche nördlich und südlich des Kanals, die Zerschneidung des mittelamerikanischen biologischen Korridors (*Corredor Biológico Mesoamericano*) sowie die Umsiedlung von 30.000 Menschen. Auch könnte der Aushub der Fahrrinne sowie mögliche Schiffsunfälle dem Nicaraguasee großen Schaden zufügen.

Obwohl die Autor*innen der Studie zugeben, dass sie die positiven Folgen nur schwer beurteilen können, sehen sie in dem Projekt eine Möglichkeit, die Wirtschaft Nicaraguas wesentlich zu verbessern. Allerdings werden eine Reihe von Maßnahmen genannt, welche auch im Falle einer Entscheidung für den Kanalbau unbedingt beachtet werden müssten. Vor allem müsse der vorgelegte Bericht durch weitere Detailstudien ergänzt werden.

Auf einem Workshop der Zentralamerikanischen Universität UCA in Managua am 19. November, setzten sich 15 internationale und nationale Experten kritisch mit der EIAS Studie auseinander. Dabei wurde bezweifelt, dass die zu erwartenden positiven Auswirkungen die unbestritten negativen Folgen des Projektes überwiegen werden.

So wurde auf die enormen Risiken verwiesen, welche auch in der Studie sehr deutlich zum Ausdruck kommen. Es bestehe die Gefahr,

dass Nicaragua nach dem Bau des Kanals schlechter dastehen könnte, „als wenn das Land gar nichts unternommen hätte⁵.“

Resümee zum Kanal

Abschließend ist zu sagen, dass trotz der Veröffentlichung der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie die Zweifel an dem Projekt nicht ausgeräumt werden konnten. Folglich wird auch der Widerstand gegen die Pläne der Regierung nicht kleiner werden. Solange jedoch nicht bekannt ist, woher die benötigten 50 Mrd. US-Dollar für das Projekt kommen sollen, ist immer noch nicht klar, ob der Kanal jemals verwirklicht werden wird.

Innenpolitik

Innenpolitisch sind Daniel Ortega und die FSLN so stark wie noch nie. Während des ganzen Jahres lag die Zustimmung bei Meinungsumfragen zur Regierungspolitik der FSLN stets über 50 Prozent, zeitweise sogar bei über 60 Prozent. Dabei lagen die Werte des Präsidentenehepaars Daniel Ortega und Rosario Murillo sogar bei über 70 Prozent.

Dem gegenüber kam die in mehrere Parteien zersplitterte Opposition – zusammen – nicht über 10 Prozent hinaus. Auch wenn man den autoritären Regierungsstil Ortegas als Problem für die Opposition anerkennt, muss man sagen, dass diese völlig versagt hat. So konnte man sich in den Vorbereitungen auf die im November 2016 anstehenden Präsidentschaftswahlen bislang nicht auf eine*n gemeinsame*n Kandidat*in einigen. Für die FSLN wird wahrscheinlich wieder Daniel Ortega antreten.

Armutsbekämpfung

Während sich die Opposition um aussichtslose Kandidatenposten für die Wahlen stritt, legte die Regierung den neuesten Armutsbericht vor. Demnach sei laut der Statistikbehörde INIDE 2014 die Armut in Nicaragua stark zurück gegangen⁶. Bei den befragten Haushalten ist

⁵ 14. CONCLUSIONES Y RECOMENDACIONES DEL EIAS, Seite 14.1-12 <http://hknd-group.com/upload/pdf/20150924/es/Volumen%205%20Capitulos%2011-16.pdf>

⁶ Resultados de la „Encuesta Nacional de Hogares Sobre Medición de Nivel de Vida 2014“ <http://bit.ly/20Imy4R>

die Armut von 42,5 Prozent im Jahr 2009 auf 29,6 Prozent im Jahr 2014 gesunken, während die extreme Armut von 14,6 Prozent auf 8,3 Prozent sank. Unbestritten ist, dass die sozialen Programme der Regierung Ortega Früchte tragen. Allerdings bezweifeln einige Experten die Stichhaltigkeit der vorgelegten Zahlen⁷. Darüber hinaus ist unklar, ob die Regierung auch in Zukunft ihre Sozialprogramme in dieser Intensität fortführen kann.

Welche Auswirkungen werden die politischen Veränderungen in Venezuela auf Nicaraguas Wirtschaft haben?

So wurden diese bisher größtenteils über die günstigen Kredite im Zuge des Erdölabkommens PETROCARIBE finanziert, die Venezuela Nicaragua beim Erdölimport gewährt. Die zur Verfügung stehenden Beträge sind damit direkt an den Weltmarktpreis des Erdöls gebunden, welcher seit Sommer 2014 auf ein Drittel gesunken ist. Ähnlich sind die Finanzmittel aus PETROCARIBE gesunken⁸.

Gleichzeitig ist der Export von Fleisch, Zucker und Kaffee aus Nicaragua auf zwei Drittel zurückgegangen. Dies allein bringt Nicaragua noch nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten, zeigt aber, dass die Zeiten unruhiger werden.

Widerstand im Goldbergbau

Der Goldbergbau war bisher in Nicaragua lange nicht so umstritten wie in den Nachbarländern. Zum Beispiel hat das kanadische Bergbauunternehmen *B2Gold* bisher problemlos in den beiden Minen La Libertad und El Limón Gold gefördert. Die Geschäfte liefen hervorragend, der Goldpreis war hoch. Also erwarb B2Gold 2007 eine weitere Konzession in Rancho Grande im Departamento Matagalpa. Im Gegensatz zu den beiden anderen Orten, die eine lange Bergbautradition haben, ist Rancho Grande von Landwirtschaft geprägt. Die Bevölkerung, die vom Anbau von Kakao und Früchten lebt, stand dem geplanten Goldtagebau von Anfang an ablehnend gegenüber. Mit starker Unterstützung der katholischen Kirche entwickelte sich ein breiter Widerstand, der in den letzten beiden Jahren ständig gewachsen ist. Unterschriftensammlungen und friedliche Demonstrationen fanden großen Zuspruch,

⁷ z. B. Néstor Avadaño, <https://nestoravendano.wordpress.com/2015/10/11/el-salario-multimodal-en-nicaragua-no-reduce-la-pobreza/>

⁸ Informe de Cooperación Oficial Externa http://www.bcn.gob.ni/publicaciones/periodicidad/semestral/cooperacion/ICOE_1.pdf



Versammlung in Rancho Grande: Nein zum Bergbau

obwohl regionale und nationale Behörden den geplanten Goldabbau unterstützen. Am 3. Oktober 2015 beteiligten sich 15.000 Menschen an einer Demonstration, die durch den Bischof von Matagalpa angeführt wurde.

Der Widerstand der Bevölkerung hat dazu geführt, dass die Regierung nur ein paar Tage später verkündete, dass aufgrund der zu erwartenden Beeinträchtigung des Wassers das Projekt nicht durchführbar sei. Allerdings wartet die Bevölkerung bis heute auf eine schriftliche Bestätigung für das Einstellen der Bergbauaktivitäten.

Ganz anders entwickelte sich fast zur gleichen Zeit ein Konflikt in der Mine El Limón. Dort schwelt seit Längerem ein Arbeitsstreit zwischen Belegschaft und B2Gold. Nachdem in den letzten drei Jahren der Goldpreis stetig gefallen war⁹, hatte das Unternehmen mit drastischen Sparmaßnahmen reagiert. Die Stammebelegschaft sollte von 600 auf 235 reduziert werden. Der Rest wurde dann in ein Subunternehmen ausgelagert und zum halben Lohn wieder eingestellt. Die Situation eskalierte schnell. Es gab Streiks. Das Unternehmen entließ mit Genehmigung des Arbeitsministeriums die Gewerkschaftsführung. Daraufhin boykottierte die Bevölkerung die Produktion in der Mine. Eine Woche später, am 6. Oktober, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, wobei die zu wenigen und unerfahrenen Polizisten von der Bevölkerung überwältigt und entwaffnet wurden. 23 Polizisten und 8 Bewohner*innen wurden verletzt, ein 18-jähriger Polizist starb. Die Bevölkerung behauptet, es war ein Herzinfarkt. Die Regierung schickte Bereitschaftspolizei und der Ort wurde richtiggehend erobert. Die Anführer*innen wurden gefangen genommen und nach Managua ins Gefängnis gebracht. Ihnen wurde unter anderem organisierte Kriminalität und Mord vorgeworfen. Die meisten Männer flohen in die Berge, die Frauen setzten den Widerstand fort. Erst nach Wochen und nur mit großem Polizeiaufgebot gelang es wieder, in der Mine zu produzieren. Am 19. Dezember dann

⁹ Goldpreisentwicklung – Historisch bis 2016 <http://www.gold.de/goldpreisentwicklung.html>

teilte die Regierungszeitung *El19*¹⁰ überraschend mit, dass die sechs in Managua Inhaftierten aus dem Hausarrest entlassen würden. Deren Verfahren wurden daraufhin eingestellt.

Resümee

Diese bisher nicht dagewesene Repression ist Anlass zu großer Sorge und nicht nur die Opposition befürchtet einen Zusammenhang zu dem in den letzten Monaten verabschiedeten Staatssicherheitsgesetz¹¹. Der Staat will sich damit angeblich gegen neue äußere Gefahren, wie Drogenhandel und organisierte Kriminalität wappnen. Aber bei der Definition der Gefahren gibt es auch einen nebulösen Rest in den sich alles hineininterpretieren lässt¹². Es wird ein nationales System der Staatssicherheit geschaffen, dem der Präsident vorsteht und an dem die Streitkräfte, die Polizei und das Innenministerium beteiligt sind. Diese neue Institution hat ein „Exekutivsekretariat“, das vom militärischen Geheimdienst (DID) geführt wird. Da kann es einem schon gruselig werden und man versteht die Besorgnis der Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation CENIDH, Vilma Núñez, wenn sie sagt: „Das Staatssicherheitsgesetz ist im Augenblick die schwerste Bedrohung der Gültigkeit der Menschenrechte in Nicaragua“.

Auch wenn es fast sicher ist, dass die FSLN mit Daniel Ortega die nächsten Wahlen haushoch gewinnen wird, scheint Vilma Núñez sich Sorgen um die Zukunft zu machen. Wahrscheinlich fürchtet sie, die Unterstützung aus dem Ausland zu verlieren. Wenn der Ölpreis weiter so fällt, wird die Wirtschaftskrise in Venezuela sich verstärken und auch die Hoffnungen, die Nicaragua mit dem Kanal verbindet, sind mehr als ungewiss.

¹⁰ <http://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:36997-otorgan-arresto-domiciliario-a-detenedos-por-sucesos-en-chichigalpa-y-mina-el-limon>

¹¹ Ley No 919 Ley de Seguridad Soberana <http://www.uaf.gob.ni/index.php/marco-juridico/leyes?download=351:ley-n-919-ley-de-seguridad-soberana-de-nicaragua>

¹² Ley No 919 Artículo 8 Bedrohungen der Staatssicherheit 13) Jede andere rechtswidrige Handlung oder Tätigkeit, oder Naturereignis, die gegen die volle Entwicklung der Personen, der Familie und der Gemeinschaft verstoßen.

Solidaritätsreise nach Nicaragua

Vom 16. August bis 18. September fand unsere Solidaritätsreise nach Nicaragua statt. Vorbereitung und Durchführung erfolgten in Kooperation mit dem Informationsbüro Nicaragua aus Wuppertal. Gemeinsam mit unserem Projektpartner, dem Movimiento Comunal Nicaragüense (MCN), ging es dieses Jahr darum, in der Gemeinde Molino Sur eine kommunale Radiostation zu errichten.



Gemeinsame Arbeit auf der Baustelle des kommunitären Radios

Vorbereitung

Die Teilnehmer*innen wurden in drei Seminaren auf die Reise vorbereitet. Inhaltlich zielte die Vorbereitung darauf ab, ein Grundwissen über Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur des Landes zu vermitteln. Dabei wurden auch Wechselwirkungen und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Nord und Süd thematisiert. Des Weiteren war es auch wichtig, in verschiedenen Übungen Stereotype hinsichtlich Menschen aus anderen Kulturkreisen und eigene Vorurteilsstrukturen kritisch zu hinterfragen, um die Teilnehmer*innen der Solidaritätsreise zu sensibilisieren.

Bauprojekt

Wie gewöhnlich sollte im Zuge der Solidaritätsreise ein Bauvorhaben realisiert werden, das dazu geeignet ist, demokratische Organisationsprozesse zu unterstützen. Für dieses Jahr hatte unser Projektpartner

das Movimiento Comunal Nigaragüense (MCN), den Bau einer kommunalen Radiostation in der Gemeinde Molino Sur (Landkreis Sébaco) vorgeschlagen. Diese Installation soll in Zukunft dazu dienen, die Kommunikation zwischen den zum Teil schwer zugänglichen Gemeinden zu verbessern. Zum anderen soll dieses Radio auch ein Gegengewicht zu den in Nicaragua in zunehmendem Maße staatlich kontrollierten offiziellen Medien bilden.

Die Bauarbeiten erfolgten unter der Aufsicht und mit Anweisungen eines Handwerkers aus der Gemeinde selbst. Dies war zum einen notwendig, da niemand der Solireisenden selbst besonders viel Ahnung vom Bauhandwerk hatte. Zum anderen sollte dadurch mit dem Stereotyp gebrochen werden, dass es immer die Europäer sein müssen, welche den Menschen aus dem Süden etwas beibringen.

Für unsere Reisegruppe bedeutete dies zunächst Sand und Kies in Säcke zu schaufeln und zur Baustelle zu tragen, Zement zu mischen und Steine zu tragen.

Mühselig erschien das Ausheben und Nivellieren des Fundamentes für den Vorplatz. So erfolgten sämtliche Arbeiten mit Muskelkraft und ohne den Einsatz von Maschinen. Mit der tatkräftigen Unterstützung der Dorfbewohner*innen gelang es jedoch in den zweieinhalb Wochen unseres Aufenthaltes das Haus fertigzustellen, in welchem die Technik des Radios untergebracht werden soll.

Molino Sur

In Molino Sur leben rund 1200 Menschen. Lebensgrundlage ist die Landwirtschaft. Angebaut werden Mais und Bohnen, überwiegend für den Eigenbedarf. Durch ein Bewässerungssystem ist es möglich, Staudensellerie, Minze und Koriander für den Verkauf anzubauen. Den Kleinbauern und Kleinbäuerinnen gelingt es damit, relativ zuverlässig Einnahmen zu erwirtschaften. Gleichzeitig werden durch diese Form des Anbaus Arbeitsplätze als Erntehelfer, beim Transport oder für Zwischenhändler geschaffen.

Die Bedeutung der künstlichen Bewässerung wurde uns bei dem Besuch der höher gelegenen Nachbargemeinde Almirante drastisch vor Augen geführt. Denn dort hatten die Bewohner aufgrund der Trockenheit mit massiven Ernteausfällen zu kämpfen. Den Betroffenen bleibt in diesem Fall nur die Migration in die Stadt oder ins benachbarte Costa Rica.



Auf dem Land ist das Radio nach wie vor ein wichtiges Kommunikationsmedium

Molino Sur selbst hatte in den letzten Jahren einen starken Zuzug von Personen erfahren, was dazu geführt hat, dass die Preise für Land in die Höhe stiegen. Zum Teil wird aufgrund der großen Familien das Land für die kommende Generation immer mehr parzelliert. Der Mangel an Land und Arbeitsmöglichkeiten führt auch zu sozialen Verwerfungen. Das Problem des Alkoholismus tritt offen zu Tage. Gleichzeitig war es interessant zu sehen, wie die Kirchen im Ort (Katholische Kirche und Evangelikale Kirchen) versuchen, diese Problematik aufzugreifen und dem Alltag der Menschen eine Struktur zu geben.

Das Movimiento Comunal selbst versteht sich als politisch und konfessionell unabhängig. In den Gemeinden realisiert die Organisation unter anderem Bildungsarbeit im Bereich von Politik und Umwelt, Gesundheitsprojekte, Katastrophenschutz, koordiniert sich mit verschiedenen NGOs und führt kulturelle Veranstaltungen durch.

Leben und Aktivitäten in der Gemeinde

Während des Aufenthalts in der Gemeinde waren die Teilnehmer*innen jeweils einzeln bei einer Familie des MCN untergebracht. Dadurch sollte ein möglichst intensiver Austausch und gegenseitiges Kennenlernen ermöglicht werden. Dies bedeutete auch, ein Leben in sehr einfachen Verhältnissen ohne den gewohnten europäischen Komfort.

Neben den Arbeiten auf der Baustelle konnten wir Ausflüge in verschiedene Nachbargemeinden unternehmen, um unterschiedliche Realitäten kennenzulernen. Wir führten zwei Workshops für die Gemeinde durch. Auch besuchten wir die lokale Krankenstation und sprachen mit dem dort eingesetzten Personal. Wichtig war aber auch, mit den Verantwortlichen des MCN die allgemeine politische Lage in Nicaragua genauer zu erfassen.

Rundreise durch Nicaragua

Nach Beendigung des Bauprojektes begann der zweite Teil der Solireise. Dabei wurden Vertreter*innen verschiedener NGOs und Institutionen interviewt, um den Teilnehmer*innen, neben den Erfahrungen in der Gemeinde, ein komplexeres Verständnis von der Situation in Nicaragua zu vermitteln. Das dieses Jahr gewählte, aber nicht ausschließlich behandelte Schwerpunktthema war „Gesundheit“.

Im Zuge dessen trafen wir uns mit Vertreter*innen von Frauenorganisationen, besuchten die Nähkooperative „*Nueva Vida*“, sprachen mit Kritikern des geplanten interozeanischen Kanals, mit Umwelt- und Menschenrechtsgruppen sowie mit Gegner*innen und Befürworter*innen des Minenprojektes in Rancho Grande.

Schwerpunktthema Gesundheit

Bezogen auf unser Schwerpunktthema interessierten uns verschiedenen Faktoren, welche dem Wohlergehen zu- oder abträglich sein können. Dabei verfestigte sich der Eindruck, dass Nicaragua sehr wohl und ernsthaft daran arbeitet, das öffentliche und kostenlose Gesundheitssystem Schritt für Schritt zu verbessern. Die befragten Frauenorganisationen lobten die vorbildliche Betreuung von Schwangeren und Neugeborenen. Gleichzeitig wurde jedoch das absolute Abtreibungsverbot kritisiert, welches selbst im Falle von Gefahr für Leib und Leben der Frau keine legale Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs vorsieht.

Jedoch können auch andere Faktoren, wie der nicht immer vorhandene Zugang zu sauberem Wasser, schlechte Arbeitsbedingungen in den Fabriken oder Umweltverschmutzung zum Beispiel durch den Bergbau, ebenfalls das Wohlergehen negativ beeinflussen beziehungsweise krank machen.

Menschenrechte, Kanal, Rancho Grande

Eingebettet ist das Thema Gesundheit in einem politisch schwierigen Umfeld. So beklagt das Menschenrechtszentrum CENIDH im Gespräch mit unserer Brigade den zunehmend autoritären Charakter der Regierung. Partizipationsmöglichkeiten würden immer mehr an die Unterstützung und Mitgliedschaft in der FSLN gekoppelt. Gleichzeitig müssten Staatsangestellte, welche sich kritisch über die Regierung äußern, mit ihrer Entlassung rechnen. Auch komme es bei regierungskri-



Janett Castillo, Ciriaco Ortíz (beide MCN) und Samuel Weber (Öku-Büro) vor dem kommunitären Radio in Molino Súr

tischen Demonstrationen - unter den Augen der Polizei - immer wieder zu Übergriffen durch Schlägertrupps. Frauenorganisationen beklagen, dass gerade sie es sind, die am meisten unter der Repression zu leiden hätten.

Entsprechend dieser Problemlage zeigt sich Mónica López Baltodano der Organisation POPOL-NA besorgt über das Projekt des Interozeanischen Kanals. So sei das mit der Konzession in Zusammenhang stehende Gesetz 840 ohne Rücksprache mit der Bevölkerung regelrecht durchgedrückt worden. Während durch dieses Gesetz die HKND-Group das Recht zugesprochen bekommt, in einem 10 km breiten Streifen um die geplante Kanalroute sämtliche Projekte nach Gutdünken durchführen zu können, seien rund 119.000 Menschen von Vertreibung bedroht. Gleichzeitig berge dieses Projekt unabsehbare Risiken für die Umwelt. Allerdings beginnen sich die Menschen mehr und mehr gegen den interozeanischen Kanal aufzulehnen (siehe auch: Länderartikel zu Nicaragua).

Die Teilnehmer*innen der Solireise konnten jedoch erfahren, dass der Nicaragua-Kanal nicht das einzige Beispiel ist, bei welchem Unternehmerinteressen über die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung gestellt werden. So verursache laut einer Vertreterin des Centro Humboldt gerade der zunehmenden metallische Bergbau in Nicaragua massive Umweltverschmutzungen. Dabei werden Felder zerstört und Flüsse

vergiftet. In Rancho Grande jedoch hat sich gegen den Goldbergbau der Firma B2-Gold eine massive Protestbewegung herausgebildet. Im Gespräch berichten Dorfbewohner, wie die Firma versucht hat, durch falsche Versprechungen, Bestechung und Betrug, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Aufgrund des Zusammenhalts der Bevölkerung und auch durch Unterstützung der Kirchen sah sich die Regierung inzwischen gezwungen, das Projekt einzustellen.

Ausblick

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Solidaritätsreise 2015 erfolgreich war. So wurde zum einen das Bauprojekt mit unserer Partnerorganisation, dem MCM, erfolgreich durchgeführt. Zum Zweiten wurde den Mitreisenden eine einzigartige authentische Erfahrung „auf Augenhöhe“ durch das Zusammenleben mit den Familien in Molino Sur ermöglicht. Zum Dritten ist es gelungen, durch die Erfahrungen und Gespräche in der Gemeinde sowie auf der Interviewreise ein komplexes Bild über die Realitäten Nicaraguas zu erlangen.

Gezeigt wurde dabei, dass die Situation in Nicaragua nicht losgelöst von globalen Problemen gesehen werden kann. Beispielhaft stehen hierfür der Klimawandel, der Goldbergbau aufgrund des „Rohstoffhungers“ der Industrienationen (Nordamerika, Deutschland und Europa) sowie die Arbeitsbedingungen in freien Exportzonen.

Die Teilnehmer*innen haben sich auf drei Nachbereitungsprojekte geeinigt. Zum einen wurde eine Power-Point-Präsentation erarbeitet, um bei verschiedenen Gelegenheiten über Nicaragua und die Reise berichten zu können. Bereits im November wurde bei der Nicaraguakonferenz in Wuppertal (21./22.11.) auf dieser Basis ein Workshop gestaltet. Zum Zweiten wurde eine Fotoausstellung erstellt. Anfang 2016 soll über die Themen der Solireise auch eine Radiosendung produziert werden.

Finanziert wurde das Bauprojekt durch Spenden des Ökumenischen Büros, des Informationsbüros Nicaragua sowie durch Gelder der Stiftung Umverteilen. Wir bedanken uns beim Centrum Mission Eine Welt der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern für die finanzielle Unterstützung der Vor- und Nachbereitung der Reise. Des Weiteren wurde die Reise gefördert durch Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienst durch Brot für die Welt – evangelischer Entwicklungsdienst.

Weitere Aktivitäten zu Nicaragua

Der Nicaragua-Kanal - 26.11.2015

Das Ökumenische Büro hatte Saul Obregon von der Naturschutzorganisation Fundación del Río eingeladen. Er lebt in El Castillo am



Saúl Obregón spricht über den Nicaragua-Kanal

Rio San Juan, also in dem südlichen Teil Nicaraguas, der befürchten muss, durch den Nicaragua-Kanal vom übrigen Land abgeschnitten zu werden. Als Mitglied einer Naturschutzorganisation stand die Besorgnis über die Folgen des Kanalbaus für Mensch und Umwelt im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Der Río San Juan wird zwar nicht direkt betroffen sein, aber der Verlauf des Kanals durch den Nicaragua-see hat sicherlich Folgen für den Fluss, der den See mit der Karibik verbindet. Die an den Fluss grenzenden Naturschutzgebiete wie die Reserva Biológica Indio Maiz, sind sehr sensibel und haben neben ihrem Artenreichtum auch noch

ihr wirtschaftliches Potential für den Ökotourismus zu verlieren. Darüber hinaus wurde darauf verwiesen, dass laut den Kritikern des Projektes bis zu 119.000 Menschen damit rechnen müssen, umgesiedelt zu werden. Auch das könnte dazu führen, den Druck auf die letzten Reste des Regenwaldes in Nicaragua zu erhöhen. Ein Video-Interview mit dem Referenten Saúl Obregón kann auf der Seite des Ökumenischen Büros beziehungsweise auf YouTube¹ angesehen werden.

Nicaraguakonferenz am 21. November in Wuppertal

Gemeinsam mit den Mitfahrenden der Solireise gestaltete das Ökumenische Büro den Workshop: „Gesundheit ist Wohlergehen - Der Zugang zu Wasser ein Menschenrecht“. Nach einem Impulsvortrag wurden gemeinsam mit den Besucher*innen verschiedene Konzepte des Themas Gesundheit diskutiert.



¹ <https://www.youtube.com/watch?v=gXATeELhPhI>

Länderbericht

Das Jahr 2015 in El Salvador war gekennzeichnet durch politische Polarisierung, einen erneuten Anstieg der Gewalt sowie den engen politischen Spielraum der Regierung. Staatsanwaltschaft und Oberster Gerichtshof machten eher Schlagzeilen durch interessengeleitete Entscheidungen, als dass sie als unabhängige Instanzen im Sinne demokratischer Gewaltenteilung agiert hätten. Zudem machte Druck aus den USA und Europa es der Regierung der FMLN schwierig, ihre Reformvorhaben umzusetzen.



„NEIN zur Straffreiheit, um zu Verhindern, dass Paco Flores mit seinen Verbrechen davon kommt“

Parlamentswahlen im März

Nach den Präsidentschaftswahlen 2014 waren im März 2015 die Bürger*innen El Salvadors zu Kommunal- und Parlamentswahlen aufgerufen. Außerdem wurden die Abgeordneten für das Zentralamerikanische Parlament PARLACEN neu gewählt. Zum ersten Mal waren unabhängige Kandidat*innen zugelassen. Zudem wurde mit offenen Wahllisten abgestimmt. Das bedeutete, dass die Wähler*innen nun jeweils Kandidat*innen verschiedener Parteien ihre Stimmen geben konnten. Dieses neue Wahlsystem führte zu einigen Unklarheiten über die korrekte Art und Weise der Auszählung der Stimmen, so dass das endgültige Wahlergebnis erst 27 Tage später bekannt gegeben werden konnte.¹

¹ https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_legislativas_y_municipales_de_El_Salvador_de_2015



Wahlwerbung von ARENA

Bei den Parlamentswahlen erreichte die linksgerichtete FMLN rund 37 Prozent, was 31 Sitzen entspricht. Damit konnte sie das Ergebnis der vorigen Wahlen bestätigen. Dennoch wurde die FMLN von der rechten Partei ARENA als stärkste Kraft abgelöst. Dieser gelang es, um rund sechs Prozent zuzulegen und damit 35 der 84 zu vergebenen Sitze für sich zu beanspruchen. Dennoch hat keine der beiden großen Parteien für sich die absolute Mehrheit im Parlament. Für das Verabschieden von Gesetzen sind beide auf die Zusammenarbeit mit den übrigen kleineren Fraktionen angewiesen.

Auf kommunaler Ebene konnte ARENA 132 Landkreise für sich gewinnen, während auf die FMLN lediglich 85 entfielen. Die FMLN verlor zwar zehn Bürgermeister*innenposten, konnte jedoch in vier der fünf wichtigsten Städte (San Salvador, Soyapango, Mejicanos und San Miguel) die Wahl für sich entscheiden.²

Soziale Fortschritte werden anerkannt

In dieser politisch engen Situation haben zahlreiche Gesprächspartner*innen dem Öku-Büro gegenüber die bisherigen Erfolge der FMLN gewürdigt.³

Positiv wurden immer wieder die nun kostenlose Schulbildung und -uniform genannt, das Glas Milch für die Schulkinder, der kostenlose Zugang zur medizinischen Grundversorgung sowie Investitionen in die Infrastruktur. Auch arbeite die Regierung daran, die Unterstützung für Kleinbauern und -bäuerinnen und Kleinstunternehmen zu verbessern. Nicht zu unterschätzen ist zudem ein Moratorium, das die Erkundung

² Aus: nacla (05.07.2015), The Most Complex Elections' Since the Signing of the Peace Accords, <http://bit.ly/1LwOOR0>

³ Vom 5. - 16. August 2015 war der El Salvador-Referent des Ökumenischen Büros auf Dienstreise in El Salvador. Der folgende Beitrag stützt sich auf verschiedene schriftliche Quellen sowie auf vor Ort durchgeführte Interviews und Gespräche. Da einige Gesprächspartner*innen nicht namentlich genannt werden wollten, haben wir diese Quellen anonymisiert.

und den Abbau metallischer Bodenschätze derzeit aussetzt. Deshalb droht dem Land immer noch eine Verurteilung zu einer Strafzahlung von mehreren hundert Millionen Dollar durch ein privates Schiedsgericht.⁴

Erneute Zunahme der Gewalt

Die nach wie vor größte Herausforderung für Regierung und Gesellschaft bleibt das Thema Sicherheit. Zwar waren die Mordraten in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.⁵ Laut neuesten Zahlen für das Jahr 2015 wurde allerdings wieder ein Wert von 103 Morden pro 100.000 Einwohner*innen ermittelt. El Salvador gilt damit als gewalttätigstes Land der Welt.⁶ Neben den Morden leidet die Bevölkerung auch unter Verbrechen wie Entführung oder Erpressung von Schutzgeld.

In den Medien wird die Mehrzahl der Morde kriminellen Banden, Maras oder *pandillas* genannt, zugeschrieben. Laut offiziellen Zahlen der Nationalen Polizei waren 2013 jedoch „nur“ 18,4 Prozent der Morde dieser kriminellen Subkultur zuzuschreiben.⁷

Expert*innen geben aber zu bedenken, dass zahlreiche Verbrechen auch auf die in Mittelamerika operierenden Drogenkartelle zurückzuführen seien oder auch aus politischen oder wirtschaftlichen Interessen begangen werden. In den Medien würden diese Probleme jedoch fast nicht thematisiert.

Daneben äußerten unsere Gesprächspartner*innen immer wieder den Verdacht, dass die Rechte gezielt mit einem Teil der *pandillas* zusammenarbeitet, um die Gewalt auf einem hohen Niveau zu halten. Dies solle dazu dienen, die Regierung der linksgerichteten FMLN als unfähig darzustellen. Quellen vor Ort bestätigen zumindest, dass

⁴ Orellana, Marcos A, Baños, Saul und Berger Thierry (2015): Llevar las perspectivas de la comunidad al arbitraje entre inversionistas y Estados: el Caso Pac Rim, <http://pubs.iied.org/pdfs/12579SIIED.pdf>

⁵ Instituto Universitario de Opinión Pública (Iudop): La situación de la seguridad y la justicia 2009-2014: entre expectativas de cambio, mano dura militar y treguas pandilleras / Aguilar, Jeannette (Coord.) [et al.], <http://bit.ly/1LLo0y8>

⁶ El Faro (16.01.2016): Sánchez Cerén habló de la paz entre cifras de guerra, <http://bit.ly/1OW12tS>

⁷ Instituto Universitario de Opinión Pública (Iudop): La situación de la seguridad y la justicia 2009-2014: entre expectativas de cambio, mano dura militar y treguas pandilleras / Aguilar, Jeannette (Coord.) [et al.], http://www.uca.edu.sv/iudop/wp-content/uploads/libro_la_situaci%C3%B3n_de_la_seguridad.pdf, S.19

mehrere Bürgermeister*innen der ARENA Mitglieder der Maras als Mitarbeiter*innen beschäftigen.

In der Vergangenheit wurde versucht, durch eine Politik der „harten“ und „superharten“ Hand den Einfluss der Jugendbanden einzudämmen. Neben der massiven Zunahme von Menschenrechtsverletzungen hat diese Politik auch dazu geführt, dass sich die *bandillas* besser organisiert haben und noch gewalttätiger wurden. Heute versucht die FMLN mit dem Plan *El Salvador Seguro* einen Mix aus Prävention und Repression.⁸ Allerdings hat die Regierung derzeit nicht genug finanzielle Mittel, um diesen Plan in Gänze in die Tat umzusetzen, weshalb nach wie vor der Repression ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

Sorgen macht in diesem Zusammenhang auch die zunehmende Rolle des Militärs und der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung. Es gibt Berichte über gewaltsam verschwinden gelassene Personen sowie außergerichtliche Hinrichtungen durch die Sicherheitskräfte. Menschenrechtsaktivist*innen sprechen darüber hinaus von der Existenz so genannter „*grupos de exterminio*“, einer Art paramilitärischer Gruppen, die auf eigene Faust vermeintliche Delinquent*innen exekutieren. Gleichzeitig kam es aus dem Spektrum des kriminellen Milieus in den letzten Monaten vermehrt zu Attentaten auf Soldat*innen und Polizist*innen.

Justiz im Dienste der Mächtigen

Die soziale Situation großer Teile der Bevölkerung blieb 2015 weiterhin prekär. Während sich der Mindestlohn im Bereich Industrie und Handel je nach Sektor zwischen 210 beziehungsweise 251 Dollar bewegt, liegt das Existenzminimum in der Stadt bei 400 Dollar. In der Landwirtschaft fällt der Mindestlohn mit rund 118 Dollar deutlich geringer aus.⁹ Darüber hinaus hat das Klimaphänomen El Niño zu einer großen Trockenheit und Ernteausfällen geführt, was besonders die Situation

⁸ Consejo Nacional de Seguridad Ciudadana y Convivencia: Plan El Salvador Seguro, Resumen Ejecutivo, <http://www.presidencia.gob.sv/wp-content/uploads/2015/01/El-Salvador-Seguro.pdf>

⁹ Propuesta de FESPAD para el aumento del salario mínimo en el sector privado, para su entrada en vigencia a partir de julio de 2016 (01.01.2015) <http://www.fespad.org.sv/wp-content/uploads/2016/01/Propuesta-de-aumento-al-salario-m%C3%ADnimo-2016-FESPAD.pdf>



Polizei im Einsatz gegen *Pandillas* der Kleinbauern und -bäuerinnen auf dem Land 2016 deutlich verschlechtern wird.

Dass die Regierung nicht ausreichend Geld hat, um ihre Vorhaben umzusetzen, hängt mit den seit 1989 durchgeführten neoliberalen Reformen zusammen. So wurden die Ein- und Ausfuhrzölle sowie die Steuern auf Unternehmensgewinne gesenkt. Stattdessen wird der Hauptteil der Staatseinnahmen über die Mehrwertsteuer erhoben. Als Folge davon werden die ärmeren Bevölkerungsgruppen übermäßig belastet. Gleichzeitig kommt der Staat auf eine Steuerquote von lediglich circa 16 Prozent. Zum Vergleich: So genannte entwickelte Staaten kommen auf weit über 30 Prozent. Um diesem Problem entgegenzuwirken hatte die Regierung der FMLN versucht, Änderungen an den Steuergesetzen durchzuführen. Diese wurden allerdings durch den Obersten Gerichtshof für verfassungswidrig erklärt.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie das Oberste Gericht den Handlungsspielraum der Regierung einschränkt, ereignete sich im Januar 2015. Damals wurden die *pandillas* durch das Verfassungsgericht als terroristische Vereinigung eingestuft und der von der Regierung wiederholt angestrebte Dialog für rechtswidrig erklärt. Ein im Jahr 2012 geschlossener Waffenstillstand zwischen verfeindeten Banden hatte mutmaßlich

mit dazu beigetragen, die Zahl der registrierten Tötungsdelikte vorübergehend zu reduzieren.¹⁰

Zahlreiche Beobachter*innen gehen davon aus, dass sich die Richter*innen bei ihren Urteilsprüchen weniger an den Gesetzen des mittelamerikanischen Landes als an den Interessen der Oligarchie und des Unternehmertums orientieren. Aufgrund der dadurch befürchteten



Douglas Arquímides Meléndez wird neuer Generalstaatsanwalt

Handlungsunfähigkeit der Regierung sprechen einige sogar von einem drohenden „Justizputsch“.

Debatte um neuen Generalstaatsanwalt

Wie schwierig sich das Ringen um eine unabhängige Gerichtsbarkeit gestaltet, zeigt auch die Posse rund um die Neubenennung des Generalstaatsanwaltes. So hätte die Nachfolge des scheidenden Luis Martínez eigentlich bis Anfang Dezember geregelt sein sollen. Allerdings gelang es der regierenden FMLN sowie der oppositionellen ARENA über Monate hinweg nicht, sich auf einen geeigneten Kandidaten zu einigen.

Martínez selbst behauptet, in seiner Amtszeit bedeutende Fortschritte in der Verbrechensbekämpfung sowie gegen die Straffreiheit errungen zu haben. Kritiker*innen werfen ihm jedoch vor, den Prozess gegen den

¹⁰ El Faro (25.08.2015): Sala de lo Constitucional declara ilegal negociación con pandillas y las nombra grupos terrorista, <http://bit.ly/1ETBsLh>

ehemaligen Präsidenten Flores wegen Korruption verschleppt zu haben. In anderen Fällen war seine Behörde dafür verantwortlich, die Ermittlungen gegen José Adán Salazar Umaña alias El Chepe Diablo sowie gegen Juan Umaña Samayoa behindert und schließlich beendet zu haben.¹¹ Die beiden gelten als führende Köpfe des Taxis-Drogenkartells. Selbst das Weiße Haus bezeichnet sie öffentlich als Drogenhändler.¹²

Neben diesem seltsamen Unwillen zur Strafverfolgung soll Martínez auch immer wieder Geschenke und Vergünstigungen befreundeter Unternehmer*innen entgegen genommen haben, was seine Integrität zusätzlich in Frage stellte.

Umso verwunderlicher erscheint, dass Martínez zumindest bis Mitte September sowohl in den Reihen der FMLN wie auch der ARENA als ein möglicher Kandidat für eine neue Amtszeit gehandelt wurde. Als Grund dafür wird seine enge Beziehung zu politisch einflussreichen Unternehmer*innen vermutet. Zu nennen wären dabei Tomás Regalado mit Nähe zur Rechten sowie Enrique Raíz mit seinen engen Beziehungen zur FMLN und dem linken Parteifunktionär und höchsten Repräsentanten der FMLN bei ALBA Petróleos, José Luis Merino.

Zugleich gab es in beiden Parteien auch heftigen Widerstand gegen den umstrittenen Generalstaatsanwalt. Letztendlich einigten sich die Abgeordneten dann Anfang Januar 2016 auf Douglas Arquímedes Meléndez als neuen Amtsträger.¹³

Spannungen zwischen FMLN und Basisbewegung

Das Verhältnis der Basisbewegungen zur linken Regierung der FMLN gestaltete sich 2015 ambivalent. Gegenüber dem Öku-Büro wurden zwar immer wieder die Erfolge der Regierung hervorgehoben, unsere Gesprächspartner*innen kritisierten aber auch, dass die zur Partei konvertierten ehemaligen Guerillaorganisation soziale Bewegungen oft an den Rand drängten und diese nicht ernst nahmen. Dabei würden Vertreter*innen von NGOs lukrative Posten zugespielt, um sie an die Linie der Partei zu binden. Unmut erregt auch, dass Kritiker*innen der Re-

¹¹ El Faro (27.12.2015): ¿Quiénes mantienen viva la esperanza del exfiscal Martínez en un segundo mandato?, <http://bit.ly/1PsmjHC>

¹² Insight Crime (24.12.2015): De cómo la Fiscalía de Martínez en El Salvador libró de culpa a 'Chepe Diablo', <http://es.insightcrime.org/analisis/de-como-la-fiscalia-de-martinez-libro-de-culpa-a-chepe-diablo>

¹³ El Faro (05.01.2016): FMLN y Arena concilian a un exfiscal de carrera para sustituir a Luis Martínez, <http://bit.ly/212HR6z>

gierung oftmals pauschal in die rechte Ecke gestellt würden. Immer noch komme es vor, dass Großprojekte auf dem Rücken der Bevölkerung initiiert würden. Auch die nach wie vor problematische Lage der Frauen des Landes, vor allem das absolute Abtreibungsverbot, stoßen im Land und international auf großes Unverständnis (siehe dazu den Beitrag zu Rundreise und Bundestreffen).

Dennoch sind sich auch die Basisbewegungen der komplexen Lage ihres Landes bewusst und verteidigen die FMLN gegen die ständigen Angriffe aus dem rechten Lager. Zulma Larin von der Umweltorganisation RACDES formuliert dies folgendermaßen: „Die FMLN ist mehr als 30 Jahre akkumulierte Geschichte. Die werden wir nicht so schnell aufgeben!“

Politische Einmischung aus Deutschland und den USA

Auch außenpolitisch sieht sich El Salvador in einer komplexen und schwierigen Situation. So hat sich die Hoffnung der Regierung auf Unterstützungsgelder aus Venezuela aufgrund der dortigen Krise nicht erfüllen können. Hilfgelder der USA hingegen werden immer wieder an Bedingungen geknüpft, wie zum Beispiel das Aussetzen eines erneuten Dialogs mit den *pandillas* oder den Ankauf von genmanipuliertem Saatgut von Monsanto. Gleichzeitig versuchen die USA auch, über ihre Botschafterin Mari Carmen Aponte direkt einzugreifen, wenn Gesetzesvorhaben nicht den Interessen des nordamerikanischen Landes entsprechen. Unterstützt wird diese Linie immer wieder auch durch den deutschen Botschafter. Ihm wurden mehrfach Nähe zum rechten Lager in El Salvador und Versuche der politischen Einmischung vorgeworfen.¹⁴

Die klare Positionierung der USA und anderer europäischer Staaten macht jedoch deutlich, dass die Regierung der FMLN sehr genau darauf achten muss, welche Schritte hinsichtlich einer Politik der Umverteilung beziehungsweise einer Annäherung an das Lager der ALBA-Staaten vorgenommen werden kann. Den Gesprächspartner*innen des Öku-Büros ist der Putsch im Nachbarland Honduras im Jahre 2009 nach wie vor sehr präsent. Angesichts der prekären Sicherheitslage, des eingeschränkten Handlungsspielraums der Regierung, einer aggressiv auftretenden ultrarechten Opposition sowie einer nur zum Teil als loyal

¹⁴ El Faro (05.01.2016): FMLN y Arena concilian a un exfiscal de carrera para sustituir a Luis Martínez, <http://bit.ly/212HR6z>

einzustufenden Armee wird mittelfristig auch für El Salvador ein ähnliches Szenario nicht ausgeschlossen.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu El Salvador

Seligspredung von Monseñor Romero

Zur Seligsprechung Oscar Romeros führten wir ein Interview mit Jaime García von der Organisation *Convergencia Monseñor Oscar Romero*, einem Weggefährten des ermordeten Erzbischofs von San Salvador.¹⁵

Romero wurde am 24. März 1980 während einer Messe von einem Scharfschützen ermordet. Weder der Täter noch seine Hintermänner wurden jemals für ihre Tat belangt. Weggefährten wie Jaime García freuten sich im Zuge der Seligsprechung zwar über die Anerkennung für den ehemaligen Erzbischof, kritisieren jedoch auch, dass die Haltung der Kirchenoberen und der Regierung El Salvadors Romero zu einem „Heiligen ohne Gerechtigkeit“ zu machen droht.

In einer Pressemitteilung wiesen wir darauf hin, dass der Staat El Salvador 2009 unter der damaligen Mitte-Links-Regierung von Mauricio Funes seine zuvor stets geleugnete Verantwortung anerkannt hatte, dass aber das Amnestiegesetz weiterbesteht (siehe Jahresbericht 2014) und trotz eines gegenteiligen Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofes kein Staatsanwalt und kein Richter sich an Fälle wie dem von Moñsenor Romero gewagt hatte.

El Salvadors Ombudsmann für Menschenrechte David Morales kündigte im März 2015 an, er werde um eine neuerliche Intervention des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Fall Romeros und anderer wichtiger Präzedenzfälle bitten. „Vergeben und Vergessen sind nicht akzeptabel“, betonte Morales.¹⁶

Dienstreise El Salvador

Vom 5. bis zum 15. August besuchte unser Referent für El Salvador das mittelamerikanische Land. Ziel war es, sich über die aktuelle Lage zu informieren, langjährige Kontakte des Büros zu pflegen und sowie mögliche interessante Gäste für die 2016 stattfindende Rundrei-

¹⁵ <https://amerika21.de/analyse/122718/romero-seligspredung>

¹⁶ <http://www.oeku-buero.de/nachrichtenleser/sie-werden-romero-zu-einem-heiligen-light-machen.html>



Azucena Ortiz (links), Morena Herrera (rechts) mit Heike Hänsel (MdB)

se sowie für das Wochendseminar der Solidaritätsgruppen ausfindig zu machen. Auf dem Programm standen Treffen und Gespräche mit Vertreter*innenn von Basisgruppen, Studierende, Menschenrechtsaktivist*innen sowie Expert*innen zum Thema Sicherheit und Wirtschaft.

Seminar und Rundreise: Kampf um Frauenrechte

Thema des vom Ökumenischen Büro alljährlich organisierten zweitägigen Seminars und der zugehörigen Rundreise waren 2015 die Situation der Frauen und der feministischen Bewegung in Honduras.

Vom 2. bis zum 4. Oktober trafen sich über 40 Mitglieder kirchlicher und nicht-kirchlicher El-Salvador-Gruppen sowie interessierte Einzelpersonen in Frankfurt/Main. Ko-Veranstalter*innen waren die Infostelle El Salvador, das Inkota-Netzwerk, die Kaffeekampagne El Salvador und das Zentralamerika-Sekretariat Zürich.

Das Öku-Büro hat bereits in der ersten Jahreshälfte die Kampagne *Libertad para las 17* (Freiheit für die 17) zur Begnadigung von Frauen unterstützt, die in El Salvador nach Fehlgeburten zu jahrzehntelangen Haftstrafen wegen Mordes verurteilt wurden. So war es uns besonders wichtig, eine Referentin zu gewinnen, die sich speziell mit dem Thema der sexuellen und reproduktiven Rechte und dem absoluten Abtreibungsverbot in El Salvador auseinandersetzt:

Morena Herrera, feministische Aktivistin seit Jahrzehnten, engagiert sich heute im Feministischen Kollektiv für lokale Entwicklung (*Colectiva Feminista para el Desarrollo Local*). Darüber hinaus ist sie eine der Sprecher*innen der Bürger*innenvereinigung (*Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto Terapéutico, Ético y Eugenesico*), die sich für die Straffreiheit der Abtreibung aus medizinischer oder ethischer Indikation einsetzt und die Kampagne für die 17 ins Leben rief.

Darüber hinaus wollten wir aber auch in einem größeren Kontext fragen: Wie steht es mit der Emanzipation der Frau in der salvadorianischen Gesellschaft nach zwölf Jahren Bürgerkrieg, zwanzig Jahren ultra-rechter ARENA-Regierungen und sechs Jahren Regierung der linken Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN)? Welche politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen finden feministische Kämpfe heute vor? Darüber gaben uns neben Morena Herrera zwei weitere Referentinnen Auskunft:

Azucena Ortiz, Geschäftsführerin des Frauenverbandes *Mélida Anaya Montes*. Die nach der Gründerin der ersten salvadorianischen Guerillaorganisation, *Mélida Anaya Montes*, benannten *Mélicas* formierten sich nach dem Friedensschluss 1992. Seither setzten sie sich u.a. für Hausangestellte, Arbeiterinnen in Billiglohn-Weltmarktfabriken (*Maquilas*) und Landfrauen ein. Azucena Ortiz hat als diplomierte Marketingspezialistin für die *Mélicas* Frauenkooperativen und Kleinstunternehmer*innen beraten. Zuvor war die ausgebildete Krankenpflegerin jahrelang für ländliche und städtische Gesundheitszentren tätig.

Edith Guardado aus der Rücksiedlungsgemeinde Guarjila in der Provinz Chalatenango, hat als Sozialarbeiterin im Frauengefängnis von Ilopango, dem größten des Landes, gearbeitet. Sie lenkte beim Wochenendseminar in Frankfurt die Aufmerksamkeit auf die am meisten verfeimten und verfolgten Frauen El Salvadors: jene im Gefängnis, die Sexarbeiterinnen und *Pandilleras* (Bandenmitglieder).

Kampf gegen das absolute Abtreibungsverbot...

El Salvador zählt zu den sieben Ländern weltweit, davon fünf auf dem amerikanischen Kontinent, die ein absolutes Abtreibungsverbot implementiert haben. Frauen, die sich gegen eine Schwangerschaft entscheiden, aber auch solche, die eine Fehlgeburt erleiden, werden kriminalisiert und müssen gegebenenfalls bis zu 50 Jahre wegen „Mordes“ ins Gefängnis. Das bedeutet, dass eine Abtreibung selbst dann verboten ist, wenn das Leben der Schwangeren in Gefahr, die Schwangerschaft Fol-

ge einer Vergewaltigung oder der Embryo stark geschädigt ist. Ähnlich strenge Regelungen herrschen auch in Chile, Honduras und Nicaragua. Allerdings wird in Nicaragua Frauen beispielsweise bei Eileiterschwangerschaften in Krankenhäusern unter der Hand dennoch geholfen. In Chile werden Abtreibungen zwar strafrechtlich verfolgt, die Freiheitsstrafe in der Regel jedoch nicht angewandt. El Salvador ist das einzige lateinamerikanische Land, in dem Frauen, denen eine Abtreibung vorgeworfen wird, tatsächlich inhaftiert werden.

Morena Herrera: „Die Frauen suchen staatliche Krankenhäuser auf, weil sie beispielsweise nach einer Fehlgeburt zuhause starke Blutungen haben. Wenn diese Frauen in die Notaufnahme der Krankenhäuser kommen, werden sie sofort der Abtreibung bezichtigt und ins Gefängnis gebracht. Noch im Krankenhaus legt man ihnen Handschellen an. „Besonders schwer trifft es Frauen, die in fortgeschrittenem Stadium ihrer Schwangerschaft eine Fehlgeburt erleiden. Sie haben gerade ihr ungeborenes Kind verloren und werden nicht nur wegen Abtreibung angeklagt, sondern auch wegen Mordes. Entgegen der Unschuldsvermutung wird ihnen unterstellt, ihr Kind vorsätzlich getötet zu haben. Das Strafmaß steigt so von acht auf 30 bis 50 Jahre Gefängnis an. Mindestens 21 Frauen befanden sich unter diesen Vorzeichen 2015 in Haft. Morena Herrera: „Sie alle kommen aus armen Bevölkerungsschichten. Es handelt sich um Frauen, die in extremer Armut leben, mit niedrigem Bildungsniveau, die oft etwa unter Blutarmut leiden und die in ihrer Schwangerschaft kaum ärztlich betreut werden. Wir finden keine Frauen aus der Mittel- oder Oberschicht unter den Inhaftierten.“

Den Grundstein für die strafrechtliche Verfolgung der Abtreibung in El Salvador legte 1999 eine Verfassungsänderung. Mit absoluter Mehrheit beschloss das Parlament eine Erweiterung des Artikels 1 der Verfassung. Darin ist seitdem verankert, dass der salvadorianische Staat die menschliche Person ab dem Augenblick der Empfängnis anerkennt. „Eher eine religiöse Konstruktion, als eine, die juristisch und politisch Bestand hätte“, meint Morena Herrera. Sie und ihre Mitstreiter*innen kämpfen deshalb für eine Änderung des Strafrechts, ohne dass dafür eine Verfassungsänderung nötig würde. Sie wollen die Auslegung des Verfassungsartikels ändern: „Es ist ja nicht zwingend, dass die Verfassung ausschließlich die Rechte des Ungeborenen schützt und dafür den schon Geborenen, den Frauen, ihre Rechte aberkennt.“¹⁷

¹⁷ Auszug aus <http://polgarzine.blogspot.eu/2015/11/15/in-handschellen-aus-der-notaufnahme/>

Durch das Wochenendseminar ergaben sich mehrere Initiativen, um das Thema weiterzuverfolgen und auf verschiedenen Ebenen Druck auf die regierende FMLN und weitere Kongressabgeordnete auszuüben, damit diese sich 2016 für eine Gesetzesänderung, die auch von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen würde, einsetzen.

... und für politische Partizipation und Arbeitsrechte

Azucena Ortíz bedauerte, dass große Teile der fortschrittlichen Gesetzgebung El Salvadors wie das Gleichstellungsgesetz oder das „Gesetz für ein Leben von Frauen frei von Gewalt“ – mit einigen rühmlichen Ausnahmen wie die „Ciudad Mujer“ genannten integralen Beratungs- und Behandlungszentren – nur sehr schleppend in die Praxis umgesetzt werden. Die *Mélicas* strebten vor allem auch eine Gleichstellung von Frauen in politischen Entscheidungspositionen an. Die weibliche Bevölkerung sei hier auf allen Ebenen unterrepräsentiert. So sind von 84 Abgeordneten der Nationalversammlung nur 27 Frauen, nur drei der Ministerien weiblich geleitet und im obersten Gericht sind nur fünf von 15 Richter*innen Frauen.

Auch die generell schwierige wirtschaftliche Situation trifft Frauen besonders hart. Sie werden noch immer in informelle Arbeit gedrängt oder arbeiten unter ungleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen im tertiären Sektor, zum Beispiel in der Hotellerie oder als Reinigungskräfte. Mit am stärksten leiden fast ausschließlich weibliche Hausangestellte im Großraum San Salvador unter dem Nichtvorhandensein von Arbeitsverträgen, Diskriminierung, Gewalt, Verbot von Urlaub und oftmals sklavereiähnlichen Lebensverhältnissen. Hier setzen sich die *Mélicas* für eine Reform des Arbeitsrechts ein, sie unterstützen die sehr schwierige Gründung einer Gewerkschaft für Hausangestellte und fordern, dass das Parlament die Konvention 189 der Internationalen Arbeitsorganisation zu den Rechten von Hausangestellten ratifiziert.

Vortragsrundreise mit Referentinnen aus El Salvador

Morena Herrera und Azucena Ortíz absolvierten eine vom Öku-Büro organisierte und begleitete zweiwöchige Rundreise mit Schul- und Abendveranstaltungen in München, Augsburg, Marburg, Bonn, Köln, Düsseldorf, Kiel und Berlin. Dort nahm Morena Herrera an einem Forum der Heinrich-Böll-Stiftung unter dem Motto „Mein Körper - Meine Rechte! Abtreibungsverbote in Lateinamerika und die Rolle der internationalen

Politik“ teil, bei dem sich ein reger Austausch mit der Vertreterin der *Corporación Humanas* aus Chile, Carolina Herrera, ergab. Azucena Ortiz hielt einen Vortrag im FDCL, der eine lebhaften und spannenden Auseinandersetzung sehr unterschiedlicher Perspektiven aus den Nachbarländern El Salvador und Honduras anstieß, waren doch zahlreiche Mitglieder einer Delegation honduranischer Menschenrechtsverteidiger*innen zugegen, die wir im Rahmen ihrer Tour zum Universal Periodic Review-Verfahren vor dem UN-Menschenrechtsrat mitbetreuten.

Unsere beiden Gäste aus El Salvador gaben mehrere Interviews für Zeitschriften und Hörfunk; sie führten außerdem Gespräche im Auswärtigen Amt, im *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR) und bei Pro Familia sowie mit den Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel und Harald Petzold.

El Salvador-Arbeitskreis

Der El Salvador-Arbeitskreis des Ökumenischen Büros ist ein ständiges Forum zum Austausch zwischen den ehrenamtlichen El Salvador-Interessierten. Bei den regelmäßigen Treffen, zu denen meist sechs bis acht Personen anwesend sind, werden die aktuelle politische Konjunktur diskutiert, Resolutionen besprochen und Veranstaltungen vor- und nachbereitet. Besonders wichtig sind dabei die Detailkenntnisse und Sichtweisen der salvadorianischen AK-Mitglieder.

Am 26. Juni traf sich der Arbeitskreis mit Zulma Larín von der Umweltorganisation RACDES (Red de Ambientalistas Comunitarias de El Salvador) zu einem Gespräch über die aktuelle Lage in El Salvador. Thematisiert wurden neben der derzeitigen politischen Lage das Verhältniss El Salvadors zur Europäischen Union und zur Bundesrepublik, der regionale Kontext in Mittelamerika, Fragen zu Sicherheit, Militarisierung und Menschenrechten sowie die Arbeit von Basisorganisationen.



Treffen des Arbeitskreises mit Zulma Larin (zweite von rechts)

Länderbericht

Das Jahr 2015 begann und endete in Honduras mit Repression, Depression, Zersplitterung und Frust der sozialen Bewegungen. Dazwischen lagen Monate des Aufbruchs, zehntausende empörte Bürger*innen, auch solche aus dem Mittelstand, die nie zuvor an Protesten teilgenommen hatten, strömten auf die Straßen und machten ihrem Unmut über einen enormen Korruptionsskandal Luft: Mehrere Millionen Euro waren aus dem staatlichen Gesundheitssystem in dunkle Kanäle, unter anderem die Wahlkampfkasse des amtierenden Präsidenten Juan Orlando Hernández, geflossen. Die strukturellen Probleme des Landes und die zentralen sozialen Kämpfe blieben 2015 die gleichen wie die Jahre zuvor: Kleinbauern und -bäuerinnen und indigene Gemeinden versuchen unter wachsendem Druck ihre Territorien zu verteidigen, Medienschaffende kämpfen um das Recht auf Information und freie Meinungsäußerung, die LGBTI*-Community ums Überleben.

Repression gegen Schüler*innen und Studierende

Ein zeitliches Zusammentreffen illustriert, in welchem Spannungsfeld zwischen Außendarstellung und innerer Realität sich das Land auch schon im ersten Quartal 2015 bewegte: Während in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa eine Konferenz für zentralamerikanische Sicherheit stattfand, bei der US-General John Kelly betonte, Honduras sei nicht mehr „das gefährlichste Land der Welt“, sondern ein „exzellenter Ort für Investitionen“,¹ trafen Proteste von Schüler*innen und Studierenden, die Anfang März begonnen hatten, auf immer stärkere staatliche Repression. Am Nachmittag des 25. März kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizeieinheiten und Schüler*innen und Student*innen vor und in der nationalen autonomen Universität UNAH, die zu mehreren Verletzten und Verhafteten führten. In der Nacht vom 23. auf den 24. März waren zwei Schüler ermordet worden, die aktiv an den Protesten in der Hauptstadt teilgenommen hatten. Eine weitere Schülerin, die bei der Attacke schwer verletzt worden war, verstarb später im Krankenhaus. Einen Tag später wurde die Leiche der dreizehnjährigen Soad Nicole Ham Bustillo aufgefunden. Der Körper wies Folterspuren auf. Die Schülerin war wenige Tage zuvor im Fernsehen zu den Protesten interviewt worden. In einer Erklärung bezeichnete Bildungsminister Marlon Escoto die ermordete Schülerin Suad Ham als „Problemkind“ und wies einen Zusammenhang der Morde mit der

¹ <https://ofraneh.wordpress.com/2015/03/27/desangran-a-honduras-asesinan-a-jovenes-por-participar-en-manifestaciones-estudiantiles/>

Beteiligung an den Protesten zurück. Neben der Kritik an den von der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und dem Internationalen Währungsfonds unterstützten Privatisierungs- und Dezentralisierungsplänen und der Forderung nach besseren Lehrplänen und besserer Ausstattung war ein wichtiges Anliegen der protestierenden Schüler*innen zu verhindern, dass ihre Schulstunden früher beginnen und später enden sollten. Der Grund: die gefährlichen Schulwege.²

In Honduras kommen nach Angaben der Hilfsorganisation *Casa Alianza* jeden Monat mindestens 81 Kinder und Jugendliche unter 23 Jahren gewaltsam zu Tode. Viele Fälle weisen ein Profil „sozialer Säuberung“ auf. Auch das Verschwindenlassen von Jugendlichen und Kindern nimmt zu, so dass inzwischen in Honduras immer öfter der Begriff *juenicidio* (Genozid an Jugendlichen) zu hören ist, der vor einigen Jahren in der mexikanischen Ciudad Juarez geprägt wurde.³

Empörte Bürger*innen gegen Korruption



Ende der Angst: Zehntausende formierten sich 2015 jeden Freitagabend zu Fackelzügen gegen die Korruption.

Ein enormer Korruptionsskandal war bereits 2014 ans Licht gekommen. Aus dem honduranischen Sozialversicherungssystem IHSS sollen rund 300 Millionen US-Dollar veruntreut und in anderen Kanäle geleitet worden sein. Doch so richtig entwickelte sich öffentliche Empörung darüber jedoch erst im Mai 2015. Der oppositionelle

Sender Globo TV berichtete nämlich über die Verwicklung hoher Regierungsfunktionäre und zeigte Schecks, welche die regierende Nationale Partei (PNH) von Scheinunternehmen erhalten hatte, die unter anderem durch falsche Rechnungen Gelder aus dem IHSS zogen. Die Partei soll diese Gelder unter anderem für den Wahlkampf zu den Prä-

² <http://www.hondurasdelegation.blogspot.de/2015/03/massive-schuler-und-studentenproteste.html>

³ http://casa-alianza.org.hn/images/documentos/CAH.2016/03.Comun.CAH/03.%20casa%20alianza_comunicado%202%20aos%20de%20gobierno%20joh.pdf

sidentschaftswahlen 2013 verwendet haben, aus denen Juan Orlando Hernandez als umstrittener Sieger hervorging. Mitte Mai bestätigte die Staatsanwaltschaft die Existenz der Schecks und die Aufnahme von Ermittlungen. Kopien der Schecks lagen der Staatsanwaltschaft allerdings schon seit längerem vor, weshalb diese beschuldigt wurde, Ermittlungen verschleppt zu haben.⁴

Das honduranische öffentliche Gesundheitssystem war inzwischen weitgehend zusammengebrochen. Schnell wurde errechnet, dass der Geldentzug bis zu 3.000 Menschen das Leben gekostet hatte. Tausende empörter Bürger*innen strömten nun im ganzen Land in Fackelzügen auf die Straßen und forderten den Rücktritt des Präsidenten und die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission gegen Korruption und Straflosigkeit nach dem Vorbild der guatemaltekischen UN-geführten internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit CI-CIG.

Als klar wurde, dass die Verantwortlichen sich ungerührt wegduckten, begannen zwei Studierende einen Hungerstreik vor dem Sitz des Präsidenten. Bald schlossen sich weitere Aktivist*innen der indignados und anderer sozialer Bewegungen an, wie zum Beispiel



Militär und Polizeisperre vor dem Regierungssitz.

Vertreter*innen der von straflos agierenden Mörderbanden heimgesuchten indigenen Gemeinschaft der Tolupanes, die sich gegen ein Bergbauprojekt auf ihrem Territorium zur Wehr setzen. Der Hungerstreik war von vielfältigen Drohungen und Übergriffen der Polizei begleitet und endete am 27. Juni ohne Ergebnis.

Am 1. Juli erließ die Staatsanwaltschaft Haftbefehle gegen die Vizepräsidentin des Parlaments und 15 weitere Personen wegen Betrugs, Delikten gegen die öffentliche Gesundheit und Dokumentenfälschung. Die Regierung übte sich in Schadensbegrenzung und begann angesichts anhaltender Proteste einen so genannten nationalen Dialog, der allerdings damals von großen Teilen der Zivilgesellschaft, die sich für die Wiederherstellung der seit dem Putsch 2009 ausgehöhlten demokratischen

⁴ <https://amerika21.de/2015/06/123329/korruption-ihss>

Institutionalität und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, abgelehnt wurde. Im August kam ein weiterer Korruptionsfall im nationalen Institut für Statistik (INE) ans Licht. Auch hier sollen wieder Gelder für die Präsidentschaftskampagne von Hernández abgezweigt worden sein.



Hungerstreik für eine Internationale Kommission gegen Straflosigkeit:

Die vielköpfige Protestbewegung engagierte sich unter großen persönlichen Risiken für die Einsetzung einer UN-Kommission mit weitreichenden Ermittlungsvollmachten und Eingriffsrechten in die Arbeit der Staatsanwaltschaft, während die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) der Regierung Hernández beisprang und sich für eine MACCIH (*Misión de Apoyo Contra la Corrupción y la Impunidad en Honduras*) mit eingeschränkten Befugnissen stark machte, die schließlich Anfang 2016 auch tatsächlich installiert wurde.

Indigene Menschenrechtsverteidiger*innen besetzen OAS-Büro

Mehrere Aktivist*innen der indigenen Tolupan- und Lenca-Organisationen besetzten das Büro der OAS in Tegucigalpa und forderten ein Gespräch mit dem uruguayischen Generalsekretär, Luis Almagro. In einem Brief machten sie auf die Verletzung ihrer Rechte und die Nichteinhaltung der von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission CIDH geforderten besonderen Schutzmaßnahmen aufmerksam. Zudem forderten sie, dass die OAS nicht in einem Dialog vermitteln solle, der die Hoffnung des honduranischen Volkes auf Gerechtigkeit negiert oder hinauszögert. Vielmehr sollten die Bedingungen geschaffen werden, um den kriminellen Eliten des Landes den Prozess zu machen. Die Vertreter*innen der Lenca und Tolupanes mussten die Nacht in einem Putzraum des OAS-Gebäude verbringen und wurden erst am nächsten Tag in die Büros vorgelassen und schließlich von Almagro empfangen.⁵

⁵ <http://hondurasdelegation.blogspot.de/2015/07/druck-auf-regierung-in-honduras-wachst.html>; <https://blog.misereor.de/2015/10/23/honduranische-kaempferin-fuer-menschenrechte-von-killern-bedroht/>

Ob die Ende des Jahres viel diskutierte MACCIH mehr als ein mit internationaler Finanzierung (auch vom deutschen BMZ) ausgestattetes Feigenblatt der Regierung Hernández sein wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird sie in ihrer Arbeit wohl auf institutionalisierte Hindernisse wie das 2015 verabschiedete Geheimhaltungsgesetz (*Ley de Secretos Oficiales y Desclasificación de la Información Pública*) treffen. Dieses Gesetz erlaubt es dem Präsidenten und Minister*innen in großem Umfang, Informationen in verschiedenen Geheimhaltungskategorien unzugänglich zu machen. Die Präsidentin des Instituts für den Zugang zu öffentlicher Information (IAIP) hatte Bedenken geäußert, dass dieses Gesetz internationale Anti-Korruptionsabkommen aushebeln würde, weshalb ihr zu Beginn des Jahres 2016 eingereichter Rücktritt absehbar schien.

Internationaler Kongress „Verantwortlicher Bergbau, höheres Wirtschaftswachstum“

Im Juli 2015 tagte in Tegucigalpa ein internationaler Kongress unter dem Motto „Verantwortlicher Bergbau, höheres Wirtschaftswachstum“. Eingeladen waren Expert*innen und Delegationen aus 15 Ländern.

Von Bergbau betroffene Gemeinden mobilisierten zum Protest. Sie empfanden das Motto als zynisch, seien doch mehr als 30 Prozent des dafür geeigneten honduranischen Territoriums bereits für Minen konzessioniert und weitere 870 Anträge für Konzessionen in Arbeit.⁶ Vizeumweltminister Pineda sprach hingegen von bestehenden Konzessionen für weniger als zwei Prozent des Staatsgebietes und von 333 Anträgen.⁷ Die amtierende Regierung hatte dem Bergbaugesetz ihrer Vorgängerin Ende 2014 eine Expressrichtlinie beigegeben, die sehr an kolumbianische Vorbilder erinnert: Lizenzen können nun allesamt im Schnellverfahren binnen 24 Stunden erteilt werden, ohne die dafür vorgesehenen Konsultationen mit der betroffenen Bevölkerung.

Eine der umstrittensten Bergbau-Lizenzen betrifft mehrere ohnehin schon von Landraub und dem Vordringen der Ölpalmen-Monokulturen schwer gebeutelten Garifuna-Gemeinden an der Nordküste Honduras. Die Genehmigungen für Punta Piedra I und II waren im Dezember 2014 an die *Corporación Minera Punta Caxina* vergeben worden, die dort Eisen-

⁶ <https://ofraneh.wordpress.com/2015/07/08/corrupcion-generalizada-y-el-congreso-internacional-mineria-honduras/>

⁷ <http://www.laprensa.hn/honduras/870089-410/diversificación-potencia-exportaciones-mineras-en-honduras>

erz und nichtmetallische Mineralien abbauen will, wodurch auch eine Verschmutzung des für die Gemeinden lebenswichtigen Rio Bambuco und seiner Zuflüsse zu befürchten ist. Geplant ist auch ein so genannter „Bergbau-Park“ im Rahmen der weltweit ersten Spezialzone für Arbeit und Entwicklung (ZEDE) im Departement Choluteca.

„Modellstädte“ alias „Charter Cities“ alias ZEDE

„Was wir in Honduras beobachten, hat tatsächlich eine herausragende Bedeutung. Allerdings werden wir nicht Zeugen einer Revolution, sondern einer systemimmanenten Fortentwicklung jahrzehntelanger Trends: Zurückdrängung des Staates, Privatisierungen und globaler Konkurrenzkampf um Investoren. In diesem Wettbewerb gestehen Staaten den Unternehmen immer weitergehende Vergünstigungen und Freiräume zu. Mit der ZEDE erreicht diese Dynamik eine neue Dimension“, schreiben Nicole Ruchlak und Carsten Lenz in *Blätter für deutsche und internationale Politik*.⁸

2015 blieb es nicht mehr bei der ultraneoliberalen Utopie. Die erste einer Vielzahl geplanter ZEDE in Honduras nimmt inzwischen Gestalt an. Ihr oberstes Lenkungsorgan ist das sogenannte Komitee für die Übernahme der besten Praktiken (CAMP, Comité para la Adopción de Mejores Prácticas), das von der honduranischen Regierung ernannt wurde und seither für seine Arbeit keinerlei demokratische Kontrolle befürchten muss. Mitglieder des 21-köpfigen CAMP sind unter anderem vier ehemalige Mitarbeiter*innen der Regierung Reagan, die ehemalige Innsbrucker FPÖ-Gemeinderätin und heutige Präsidentin des Wiener Hayek-Instituts, Dr. Barbara Kolm, die ehemalige Botschafterin Georgiens in Deutschland, Gabriela von Habsburg sowie drei Angehörige des ultraliberalen US-Thinktanks Cato-Institute. Gemäß Lenz/Ruchlak lasse sich die politische Ausrichtung dieses Gremiums durch die markigen Worte des US-Lobbyisten und CAMP-Mitglieds Grover Norquist charakterisieren, den sie mit folgenden Worten zitieren: „Ich will die Regierung nicht abschaffen. Ich möchte sie bloß so klein machen, dass ich sie ins Badezimmer schleifen und in der Badewanne ertränken kann.“ Für die praktische Verwaltung der ZEDE, die auch eine eigene, private Polizei bekommen sollen, wird CAMP dem honduranischen Parlament eine Liste der gewünschten Kandidat*innen übergeben.

⁸ Carsten Lenz/Nicole Ruchlak: Charter Cities - Honduras als Experimentierfeld neoliberaler Utopien. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/2015

Widerstand im Süden von Honduras formiert sich

Die erste ZEDE entsteht seit 2015 im Süden von Honduras, im Departement Choluteca. Sie soll an der Pazifikküste am Golf von Fonseca einen Tiefseehafen und ein Logistikzentrum umfassen, die mit einer großen Autobahn nach dem Modell „trockener Kanal“ mit dem Norden verbunden werden sollen. Die Machbarkeitsstudie, die im Mai 2015 fertig gestellt sein sollte, kam offenbar zunächst nicht so recht voran, weil der koreanische Vertragspartner POSCO Daewoo ebenfalls in einen Korruptionsskandal verstrickt war.⁹ Im Juli verkündete Präsident Hernández jedoch nach einer Reise nach Südkorea, er habe die Studie und die Unterstützung der staatlichen Entwicklungsagentur KOIKA erhalten. Aufgrund der Schwäche der lokalen Basisorganisationen an der Küste und den verlockenden Versprechungen neuer Arbeitsplätze und sicherer Infrastruktur für die verarmte und vernachlässigte Region Amapala ließ eine vernehmliche Opposition vor Ort zunächst auf sich warten. Ende 2015 erreichten uns jedoch Nachrichten, dass sich mittlerweile 60 Gemeinden zum Bündnis *Movimiento Ambientalista Social del Sur por la Vida* (Mass-Vida) auch gegen die ZEDE zusammengeschlossen haben. Mass-Vida kritisiert unter anderem, dass Lizenzvergaben für Bergbau und für die geplante größte Solaranlage Lateinamerikas zu Abholzungen großer Flächen führten und den betroffenen Gemeinden keinerlei Vorteile einbrächten.¹⁰

Im Norden des Landes setzt sich die *Organización Fraternal Negra Hondureña* (OFRANEH) seit Jahren für die Landrechte der lokalen Garifuna-Gemeinden ein. OFRANEH berichtete 2015 von einem Spekulationsboom im Grundstücks- und Immobiliensektor sowie Vertreibungen am nächsten geplanten ZEDE-Standort Puerto Castillo an der Bucht von Trujillo. Mehr als 3.000 Einwohner*innen sollen nach dem offiziellen Plan ZEDE Trujillo-Santa-Fe für den Ausbau des Hafens, des Karibik-Tourismus und Infrastrukturprojekte umgesiedelt werden. Wohin ist unklar und die nach der ILO-Konvention 169 vorgeschriebenen Konsultationen der indigenen Garifuna-Gemeinden blieben bisher aus.¹¹

⁹ www.koreaobserver.com/posco-shares-plunge-amid-probe-into-alleged-corruption-27615/

¹⁰ www.latribuna.hn/2015/11/13/protestan-contra-plantas-solares-y-la-mineria/

¹¹ <https://ofraneh.wordpress.com/2015/09/18/zede-ciudad-modelo-y-el-desalojo-de-la-comunidad-garifuna-de-puerto-castilla/>; National Lawyers Guild (NLG) Video „Neocolonialism and land grabbing in Honduras“ https://www.youtube.com/watch?v=_kRRnBibgz0; Fernando Garcia Rodrigue: Las Ciudades Burbu-

Münchener Flughafengesellschaft gewinnt Ausschreibung für Palmerola Airport

Dies ist das Investitionsklima, in dem die Münchener Flughafengesellschaft FGM im Bündnis mit der honduranischen Inversiones EMCO S.A zum Jahresende 2015 die Ausschreibung für den Bau und Betrieb des neuen honduranischen internationalen Großflughafens Palmerola gewann, der im übrigen auch auf der Karte potentieller ZEDE in Honduras verzeichnet ist.¹² Gesellschafter der FGM sind der Freistaat Bayern mit einem Anteil von 51 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland mit 26 Prozent und die Landeshauptstadt München mit 23 Prozent.¹³

Die Konzession läuft über 30 Jahre. Laut Presseberichten soll der Flughafen zwischen 140 und 160 Millionen US-Dollar kosten. Er wird den jetzigen, wegen seiner kurzen Landebahnen sehr gefährlichen Tocantín Airport in Tegucigalpa ersetzen. Knapp 73 Millionen US-Dollar sollen vom honduranische Staat kommen (etwa 50 Millionen aus der Umschuldung eines Kredites des spanischen Staates und über 20 Millionen aus öffentlichen Haushaltsmitteln), etwas über 87 Millionen US-Dollar von der FGM/EMCO. In den ersten 28 Jahren des Betriebs soll kein Cent an den honduranischen Staat zurückfließen - es sei denn, die Zahl der Fluggäste würde die 600.000 überschreiten. Prognosen gehen bisher von ca. 300.000 Fluggästen im Jahr der vorgesehenen Inbetriebnahme 2018 und einer jährlichen Steigerungsrate von drei Prozent aus.¹⁴

Palmerola ist derzeit Sitz der Soto Cano Air Base, auf der neben honduranischem Militär auch mehr als 600 US-amerikanische Soldaten dauerhaft stationiert sind. Die Basis ist einer der wichtigsten Militärstützpunkte der USA in Zentralamerika. Von ihr starteten in den achtziger Jahren viele Counterinsurgency-Einsätze des US-Militärs gegen die Guerrilla und die Zivilbevölkerung in den Nachbarländern El Salvador und Guatemala sowie die Unterstützung für die antisandinistische Contra in Nicaragua.

Bereits Präsident Zelaya, der beim Putsch 2009 von Palmerola aus nach Nicaragua verschleppt wurde, wollte den Flughafen in einen internationalen zivilen Flughafen umwandeln, was angeblich mit zu seinem

jas. Zonas de Empleo y Desarrollo Económico (ZEDE) en Honduras Análisis Político-Jurídico de la Legislación de las ZEDE. Tegucigalpa (FES) 2014

¹² zede.gob.hn

¹³ www.munich-airport.de/de/company/facts/allg/index.jsp

¹⁴ www.laprensa.hn/honduras/926979-410/palmerola-no-pagará-ni-un-centavo-al-estado-en-28-años

Sturz beigetragen haben soll. Nun allerdings sollen sich Militär und zivile Luftfahrt das Terrain teilen, so zumindest die rechtsnationalistische Tageszeitung *El Herald*.¹⁵

Garifuna-Gemeinden erzielen Erfolg beim interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte

Zwölf Jahre nach dem Einreichen ihrer Klage urteilte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte im Dezember 2015, dass der honduranische Staat die kollektiven Landrechte der Garifuna-Gemeinden Triunfo de la Cruz und Punta Piedra sowie ihre Rechte auf Konsultation, kulturelle Identität, rechtlichen Schutz und Zugang zur Justiz verletzt habe.

Das Urteil verpflichtet den honduranischen Staat unter anderem zu einem öffentlichen Eingeständnis seiner Verantwortung, der Ausstellung von kollektiven Landtiteln über das angestammte Territorium der Gemeinden, den Rückkauf von Dritten illegal erworbener oder besetzter Teile zugunsten der Gemeinden oder die Übergabe von gleichwertigen Ländereien und den Aufbau eines Entwicklungsfonds für die Dörfer und ihre Bewohner*innen.¹⁶ Letzteres sieht die Organisation OFRANEH, die die Klagen eingereicht hatte, unter den gegebenen Umständen eher kritisch: Die Gelder könnten benutzt werden, um die Gemeinden noch stärker zu spalten und bisher Erreichtes in Frage zu stellen. Auch verhinderten sie nicht weitere drohende Vertreibungen und Enteignungen durch die ZEDE und könnten auch die Auflösung kollektiver Landtitel durch das von der Weltbank oktroyierte Eigentumsgesetz nicht stoppen. Dennoch bleiben Klagen und Petitionen vor der interamerikanischen Gerichtsbarkeit eines der wenigen Mittel der indigenen Gemeinden, sich gegen den systematischen Landraub auf ihren Territorien zu wehren, deshalb hat OFRANEH drei weitere Verfahren angestrengt.¹⁷

¹⁵ www.elheraldo.hn/pais/913455-466/firma-hondure%C3%B1o-alemana-inicia-en-seis-meses-obras-en-palmerola

¹⁶ www.hondurasdelegation.blogspot.de/2015/12/honduras-wegen-verletzung-indigener.html

¹⁷ <https://ofraneh.wordpress.com/2015/12/21/corte-idh-condena-al-estado-de-honduras-por-violar-derechos-colectivos-del-pueblo-garifuna/>; <https://ofraneh.wordpress.com/2016/02/10/las-sentencia-de-la-corte-idh-el-derecho-a-la-consulta-y-la-represa-en-la-comunidad-garifuna-de-sambo-creek/>

LGBTI* in Honduras

“Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden” schrieb Rosa Luxemburg. Und der Andersliebenden und -begehrenden, wäre hinzuzufügen. In Honduras wird der Ausbruch aus den herrschenden Sexual- und Geschlechternormen diskriminiert, verfolgt und ausgelöscht. Doch an der Reibungsfläche der Unterdrückung entzündet sich auch Widerstand.

Über 210 Mitglieder der LGBTI*-Community (zu den Begriffen siehe Auflistung am Ende des Artikels) wurden in Honduras zwischen 2009 und 2015 ermordet, berichten Menschenrechtsorganisationen.¹ Nur die wenigsten Morde werden strafrechtlich verfolgt und aufgeklärt. Homosexualität ist in Honduras zwar nicht strafbar, doch LGBTI* werden in ihrem Kampf um Gleichberechtigung, Sichtbarkeit und gesellschaftliche Anerkennung massiv bedroht. Gewalt schlägt ihnen aus Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen entgegen.

Aufsässig in ihrem Begehren und Aufbegehren

Die Lage der LGBTI* hat sich insbesondere seit dem Staatsstreich im Juni 2009 immer weiter verschlechtert. In den Wochen nach dem Putsch verdreifachte sich die Zahl der Gewaltverbrechen. Die LGBTI*-Bewegung hatte Präsident Zelaya und seine Pläne einer Verfassungsreform unterstützt und ging nach dem Putsch als Teil des Widerstandes auf die Straße: Die heterogene Bewegung aus Bauern und Bäuerinnen, indigenen Gruppen, Feminist*innen und LGBTI*-Aktivist*innen stellt sich seither Verfolgung, Militarisierung und dem Ausverkauf des Landes entgegen. LGBTI* wurden so zur doppelten Zielscheibe: Aufsässig in ihrem Begehren und Aufbegehren.

Zwei Beispiele von vielen:

In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni 2015 wurde aus einer Gruppe von vier Unbekannten auf Angy Ferreira geschossen. Eine Polizeipatrouille, die am Tatort erschien, kam der noch Lebenden nicht zu Hilfe. Eine der Augenzeuginnen des Mordes wurde einige Tage später ebenfalls von Unbekannten zusammengeschlagen. Sie musste zusammen mit einer weiteren Augenzeugin Honduras verlassen. Angy Fer-

¹ <https://www.dropbox.com/s/2y4xiudr452f39f/INFORME%202015%20CRIMENES%20DE%20ODIO%20APUVIMEH.pdf?dl=0>



Christopher-Street-Day München 2015: Solidarität mit der LGBTIQ-Community in Honduras.

reira war Koordinatorin der Trans*Frauen-Gruppe bei der Asociación Arcoíris (Regenbogen), eine von etwa einem Dutzend Organisationen in Honduras, die sich für LGBTIQ*-Rechte einsetzen.

Am 15. August 2015 wurde in unmittelbarer Nähe des Arcoíris-Büros auf die Trans*-Aktivistin Paola Barraza (ebenfalls Vorstandsmitglied der Organisation) geschossen. Sie überlebte schwer verletzt, eine Kugel ist in ihrem Schädelknochen steckengeblieben. Ende Januar 2016 wurde sie vor ihrer Haustür erschossen.

Überlebensalter: 40 Jahre

Angy und Paola waren Mitte zwanzig als sie wegen ihres Engagements für LGBTIQ*-Rechte ermordet wurden. LGBTIQ*-Personen werden in Honduras durchschnittlich nur 40 Jahre alt, während ihre heterosexuellen Mitbürger*innen durchschnittlich ein Alter von 76 Jahren erreichen. 98 Prozent der Gewaltverbrechen an LGBTIQ* bleiben in Honduras ungeahndet. Besonders wenig Aufklärung erfahren Hate Crimes – aus Hass motivierte Diskriminierungen, Belästigungen, Angriffe bis hin zum Mord. Deutlich zeigen dies auch die Statistiken zu Feminiziden: den Morden an Frauen mit dem Motiv Frauenhass. Alle 16 Stunden wird in Honduras eine Frau ermordet, über 90 Prozent der Fälle bleiben straflos.

Maroder Rechtsstaat

Die honduranische Polizei sorgt nicht für die Sicherheit der queeren Bevölkerung. Die meisten Übergriffe gegen LGBTI* werden gar nicht erst zur Anzeige gebracht, aus Angst vor Polizei und Militär, die oft genug selbst Täter*innen sind. Arcoiris hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Verbrechen zu dokumentieren und Anzeige zu erstatten. Der Aktivist Donny Reyes, der die LGBTI*-Organisation Arcoiris 2003 gründete, war mehrfach persönlich betroffen von der Gewalt und Ignoranz der Polizei. 2007 wurde er verhaftet und in Untersuchungshaft unter der Aufsicht der Polizisten mehrfach von Gefangenen misshandelt und vergewaltigt.

Am 1. August 2015 wurde Donny zusammen mit seinem Lebensgefährten von einer Polizeipatrouille gestoppt und an einem Ort, an dem üblicherweise Menschen exekutiert oder Leichen abgelegt werden, beschimpft und hatten Todesangst. Am 20. August 2015 wurde Marco Aurelio Lopéz, LGBTI*-Aktivist aus La Ceiba nach einem Arbeitstreffen im Arcoiris-Büro von einer Patrouille der Militärpolizei verschleppt und außerhalb der Stadt geschlagen und mehrfach vergewaltigt. Er überlebte und ist inzwischen außer Landes. Arcoiris geht davon aus, dass er mit Donny Reyes verwechselt wurde. Die Ko-Direktorin von Arcoiris und Leiterin der Lesbengruppe LITOS, Esdra Sosa musste ebenso wie Marco Aurelio, auf Grund von Drohungen zeitweise das Land verlassen. Am 5. Oktober war LITOS-Aktivistin Josselin Janeth Aceituno Suazo (23) verschleppt, gefoltert und ermordet worden. Eine Liste von weiteren Überfällen, Schüssen und Bedrohungen allein gegenüber Arcoiris-Aktivist_innen von Oktober bis Jahresende 2015 füllt acht DIN A4 Seiten.

Weggeschlossen auf „La Isla“

So untätig die Polizei bei Gewalt gegen LGBTI* bleibt, so akribisch inhaftiert sie insbesondere Trans*frauen, die als Sexarbeiter*innen tätig sind, willkürlich oder bei kleinsten Delikten. Falls sie nicht in der Lage oder willens sind, die Polizisten zu bestechen, werden sie in speziellen Gefängnistrakten, wie z.B. der „Insel“ in Tegucigalpa, mit psychisch Schwerkranken und Menschen mit HIV oder Tuberkulose im Endstadium weggeschlossen und fortlaufend erniedrigt.

Die weit verbreitete Homo- und Transphobie in Honduras zieht sich durch alle maroden Institutionen, angefangen bei der Polizei bis hin zum Gesetzgeber. Der Staat schafft ein Klima der Rechtlosigkeit und

Verachtung. Die 2015 begonnene Reform des Strafrechts, die Mitte 2016 abgeschlossen werden soll und von der Europäischen Union finanziert sowie mit Berater*innen unterstützt wird, droht dies noch zu verschlimmern. LGBTI*-Organisationen hatten nach dreijähriger Kampagne 2013 erreicht, dass Hassverbrechen ins Strafgesetzbuch aufgenommen wurden. Noch ehe es zu einem ersten Präzedenzfall kommen könnte – falls ein Staatsanwalt oder Gericht sich dazu entschliesse – droht der entsprechende Paragraph nun wieder gestrichen zu werden.

Die Strafrechtsreform soll überdies die „Annahme einer falschen Identität“ verbieten. Intention der Gesetzesänderung ist zwar die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, doch sie könnte – mit höherer Wahrscheinlichkeit – auch gegen die LGBTI*-Community, insbesondere Trans*-Personen, gewendet werden.

Sand im Getriebe der Macht

LGBTI* sind Sand im Getriebe der Machtverhältnisse. Sie stellen die soziale Ordnung bereits durch ihre bloße Existenz infrage. Mehr noch, Lebens- und Beziehungsformen der LGBTI*-Community erproben alternative Gesellschaftsentwürfe. In Honduras werden schwule, lesbische und transgeschlechtliche Jugendliche häufig von ihren Familien vor die Tür gesetzt. Von ihren Familien verachtet und verstoßen, bildet die LGBTI*-Community Schutzräume und Freiräume jenseits von Blutsverwandtschaft und staatlicher Akzeptanz.

Die verheerende Situation der LGBTI* in Honduras ist eng verwoben mit Herrschaftsverhältnissen und überkommenen Denkmustern. So knüpfen sich die emanzipatorischen Prozesse dieser „geschlechtlichen Abweichler“ und „sexuellen Außenseiter“ an vielfältige Kämpfe um Selbstbestimmung und umgekehrt. Hier kann internationale Solidarität ansetzen, Allianzen bilden, Druck machen. Denn: Emanzipation ist unteilbar.

Sexuelle Vielfalt

L-Lesbian-Lesbe: Sich als weiblich identifizierende Person, die Frauen begehrt.

G-Gay-Schwuler: Sich als männlich identifizierende Person, die Männer begehrt.

B-Bisexual-Bisexuell: Person, die sich sowohl zu Männern als auch zu Frauen hingezogen fühlt.

Heterosexuell: Person, die Menschen anderen Geschlechts begehrt.

Geschlechtliche Vielfalt

T-Trans*: Sammelbezeichnung für: „Transvestiten“, „Transsexuelle“, „Transgender“ und „*“; Überschreiten des zugewiesenen Geschlechts. Ihre sexuelle Orientierung kann variieren.

Transvestit: Person, welche die Kleidung des anderen Geschlechts (Gender) bevorzugt, jedoch keine anderen körperlichen Veränderungen anstrebt. Die „Travestie“ ist der Kleidertausch auf der Bühne.

Transsexuell: Menschen, deren empfundenes Geschlecht (Geschlechtsidentität) nicht mit dem zugewiesenen biologischen Geschlecht (Sex) im Einklang ist. Damit verbunden ist der Drang, den Körper auch durch medizinische Eingriffe an die Geschlechtsidentität anzugleichen.

Transgender: Menschen, deren empfundenes Geschlecht (Geschlechtsidentität) nicht mit dem zugewiesenen biologischen Geschlecht (Sex) im Einklang ist. Ob eine geschlechtsangleichende Operation angestrebt wird, ist unwichtig.

Cis: Das zugewiesene Geschlecht wird angenommen und stimmt mit dem empfundenen Geschlecht (Geschlechtsidentität) überein.

I-Intersexuell: Person, mit Geschlechtsmerkmalen beider Geschlechter (Sex). Keine eindeutige Zuordnung zum binären Geschlechtssystem (männlich-weiblich) möglich. Intersexuelle kämpfen gegen frühkindliche Zwangsoperationen zur „Normalisierung“ – auch in Deutschland.

Geschlecht

Sex: Das biologische Geschlecht, in das Menschen aufgrund sozial vereinbarter körperlicher Merkmale eingeordnet werden. Durch die kulturelle Deutung genetischer, anatomischer und hormoneller Merkmale entsteht ein binäres Geschlechtssystem (männlich-weiblich). Was nicht in die nur zwei Kategorien passt, gilt als Abweichung oder Krankheit.

Gender: All die Eigenschaften, Verhaltensweisen und Werte, welche gesellschaftlich konstruiert und den biologischen (scheinbar eindeutigen) Geschlechtern „Mann-maskulin“ und „Frau-feminin“ zugeschrieben werden.

Geschlechtsidentität: Das subjektive Gefühl eines Menschen, sich als Mann, Frau, dazwischen oder jenseits dieser Einteilung zu empfinden.

Jenseits aller Grenzen

Q-Queer: Personen, welche sich nicht auf eindeutige geschlechtliche und sexuelle Identitäten festlegen wollen. Das Wort „queer“ wird zudem gelegentlich als Sammelbegriff für die LGBTIQ*-Community gebraucht.

In Honduras ist Q noch nicht im Gebrauch, weswegen wir das Q bei der Beschreibung der dortigen Realität oft weglassen.

***-,„das Sternchen“:** Der digitalen Kommunikation entlehnt, wo es stellvertretend für beliebig viele Zeichen steht. Mit dem „*“ wird die Beschränkung auf die Kategorien „weiblich“ oder „männlich“ durchbrochen. Dabei fungiert der Stern als ein Platzhalter für alle.

Aktivitäten LGBTI*-Honduras-München

„Ich denke, dass dieser neuerliche Mord das Ziel hat, uns einzuschüchtern und die Community zu demobilisieren, aber wir werden nicht zulassen, dass die Angst uns überwältigt,“ sagte uns Donny Reyes von der Asociación Arcoíris nach dem Mord an Angy Ferreira.



Christopher-Street-Day München 2015:
Homophobie tötet.

In München hat sich 2015 eine kleine Gruppe aus LGBTI*- und Ökübüro-Aktivist*innen zusammengefunden, die sich regelmäßig im Ökübüro trifft und Arcoíris, fallweise auch andere LGBTI*-Menschenrechtsverteidiger*innen, im alltäglichen Überlebenskampf sowie bei Kampagnen unterstützt und

hierzulande über die Situation der Community informiert.

Im Mai vermittelten und dolmetschten wir einen Vortrag der Trans*-Aktivistin Kendry Hilton bei der Trans*Tagung in München. Im Juni folgte eine Spendenaktion zugunsten der Mobilisierungen zur Pride Parade des Internationalen Tags gegen Homo-, Trans- und Biphobie (IDAHOT) in Tegucigalpa.

Nach der Ermordung von Angy Ferreira im Juni starteten wir eine Urgent Action, in der wir die Aufklärung und Bestrafung der Tat, mit der Community abgestimmte Schutzmaßnahmen und Prävention gegen hate crimes forderten. Zusätzlich zur mail-Aktion sammelten wir (nicht elektronisch-anonym, sondern persönlich) über 500 Unterschriften, die der honduranischen Botschaft in Berlin übergeben wurden.

Zum Konzert der argentinischen Band Kumbia Queers in der Münchner Muffathalle hatten wir einen Infostand und eine kurze aber heftige Bühnenintervention, beim Christopher Street Day waren wir

mit Fotos, Schildern und Flyern im Block der Trans*Tagung bei der Pride Parade dabei.

Die Münchner Stadträtin Lydia Dietrich hob die Situation der LGBTI* in Honduras auf die große CSD-Bühne und wir konnten uns der Solidarität der Bundestagsabgeordneten Volker Beck und Kai Gehring versichern, die sich in der Folge u.a. in einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung zur Lage der LGBTI* in Honduras ausdrückte. Wir beteiligten uns sodann an der Solidaritätsaktion auf dem Weißenburger Platz in Haidhausen für Marcel, der nach dem CSD angepöbelt, attackiert und erheblich verletzt worden war – und bekamen Zuspruch der Münchner Maikönigin für unsere Honduras-Arbeit.

Am 17. Oktober besuchte uns Donny Reyes. Er informierte im Rahmen einer Veranstaltung im ligsalz8 über die aktuelle Situation und sensibilisierte uns für zwei Themen, die wir, neben anderen, auch 2016 weiterverfolgen werden: Die Situation der inhaftierten Mitglieder der Community und die Strafrechtsreform, die kontraproduktiv zu enden droht (siehe Artikel).



Christopher-Street-Day München 2015: Homophobie tötet.

Aktivitäten zu Honduras

Wasserkraftwerk „Agua Zarca“ – Protest zur Siemens-Hauptversammlung

Anlässlich der Jahreshauptversammlung von Siemens machten wir Ende Januar erneut vor und in der Münchner Olympiahalle auf Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Wasserkraftwerk „Agua Zarca“ in Honduras aufmerksam. Durch unseren Mexiko-Referenten sowie Aktivist*innen von Pro Regenwald, GegenStrömung und dem Dachverband Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre wurde Siemens aber auch mit der Problematik der Staudammprojekte im brasilianischen Amazonasgebiet und der Windparks auf dem Isthmus von Tehuantepec in Mexiko konfrontiert. Zu „Agua Zarca“ und „Belo Monte“ waren der Konzernleitung ausführliche Dossiers vorgelegt worden, in denen unter anderem die fehlenden freien, vorherigen und informierten Konsultationen der betroffenen indigenen Gemeinschaften dokumentiert sind. Außerdem wurden illegale Landaneignungen und weitere kriminelle Machenschaften der Staudambetreiber geschildert.¹

Vorstandsvorsitzender Joe Kaeser zog sich in seiner Replik auf den Standpunkt zurück, Siemens sei an den Staudämmen nicht direkt beteiligt, sondern „nur“ mit einer Minderheitsbeteiligung am Joint Venture VOITH HYDRO. Für Siemens „haben Compliance und Ethik höchste Priorität.“ Der Respekt vor den Menschenrechten habe Vorrang vor kommerziellen Interessen. Man halte sich an internationale Abkommen und Normen und habe die UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte (Global Compact 2003) unterschrieben. Daniel Tapia kommentierte die Kluft zwischen lokaler Realität und wohlfeilen Worte in seinem anschließenden Statement für die mexikanische Presse so: „Die Haltung eines Konzerns wie Siemens zeigt einmal mehr wie notwendig ein international verbindlicher Mechanismus für die menschenrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen ist. Die existierenden Abkommen sind nicht einklagbar. Wenn sie nicht eingehalten werden, passiert nichts. Auf diese Weise dienen sie den globalen Wölfen als bequemer Schafspelz.“²

¹ www.oeku-buero.de/files/docs/Laender/DTagua_Zarca_Siemens_HR_Dossier_fin.pdf und [www.oeku-buero.de/files/docs/Laender/DT_Annex_1 - Agua Zarca_Siemens_HR_Dossier_fin.pdf](http://www.oeku-buero.de/files/docs/Laender/DT_Annex_1_Agua_Zarca_Siemens_HR_Dossier_fin.pdf)

² <http://www.oeku-buero.de/nachrichtenleser/siemens-geht-nachfragen-zu-menschenrechten-aus-dem-weg.html>

Veranstaltungen in München und Nürnberg

Unter dem Titel „Staudämme, Konzerne, Menschenrechte und Widerstand“ referierte Christian Russau zur 38. Lateinamerikawoche Ende Januar in Nürnberg über das Staudamm-Projekt „Belo Monte“ in Brasilien, unsere Honduras-Referentin über „Agua Zarca“. Beide freuten sich über die zahlreichen Zuhörer*innen und gaben überdies ein ausführliches gemeinsames Interview für Radio Z.

Ende April luden wir in ähnlicher Konstellation zu einer gemeinsamen Veranstaltung „Grüne Energie - auf wessen Kosten?“ in die Münchner Seidlvilla ein. Mit von der Partie war diesmal zusätzlich Verena Glass von der Organisation Xingu Vivo aus Brasilien. Besonders gut kamen beim Publikum erste Ausschnitte aus dem Film „La Voz del Gualcarque“ an, der im Januar 2016 Festivalpremiere feierte.³

Am 6. März veranstalteten wir im EineWeltHaus München eine Podiumsdiskussion mit zwei Gästen aus Honduras. Tomás Gomez Membreno vom Rat indigener und zivilgesellschaftlicher Organisationen in Honduras (COPINH) und Juan Mejía von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Breite Bewegung für Würde und Gerechtigkeit (MADJ) referierten zum Thema „Honduras – Weil unser Land nicht zu verkaufen ist. Wie Basisorganisationen sich gegen Großprojekte wehren“.

Information und Advocacy

Am 6. März 2015 begleiteten wir die beiden honduranischen Referenten zu einem ausführlichen Gespräch mit Siemens-Investor Relations. Unser Menschenrechtsdossier und die überzeugende Darstellung der Problematik der beiden Menschenrechtsverteidiger schien zumindest einen Vertreter von Siemens soweit zu überzeugen, dass er bekundete, die zur Durchsetzung des Projektes „Agua Zarca“ angewandten Methoden seien „inakzeptabel“ und „mit Siemens-Standards nicht vereinbar“. Was von derlei Äußerungen hinter verschlossenen Konzerntüren zu halten ist, zeigte sich zu Beginn 2016, als Siemenschef Joe Kaeser vor mehreren tausend Aktionär*innen darlegte, dergleichen sei nie gesagt worden.

Im Mai 2015 begann in Honduras ein von der Sonderstaatsanwaltschaft für Ethnien geführter Prozess gegen den ehemaligen Vizeumweltminister Marco Jonathan Lainez und weitere Funktionäre wegen des Vorwurfs der Verletzung der Rechte der indigenen Lenca-Bevölkerung durch das Staudamm-Projekt „Agua Zarca“: Es geht um die fehlende Konsul-

³ <http://hondurasdelegation.blogspot.de/2016/01/la-voz-del-gualcarque-dokumentarfilm.html>

tation bzw. die gefälschte Zustimmung der betroffenen Gemeinden und Manipulationen des Umweltgutachtens. Nichtsdestotrotz rückten im Juli vor Ort erneut Baumaschinen an, diesmal auf der linken Flussseite. Gelder für das Projekt kommen offenbar weiterhin von der holländischen Entwicklungsbank FMO und dem zu 93 Prozent staatlichen Finnfund.

Im Oktober 2015 wurden Staudammgegner*innen, die auf der rechten Flussseite ein Protestcamp eingerichtet hatten, mit schweren Felsbrocken attackiert, nachts fielen immer wieder Schüsse. COPINH wurde eine Todesliste mit über zwanzig Staudammgegner*innen zugespielt.

Im Dezember 2015 erreichten die Staudammgegner*innen einen vorläufigen Teilsieg im Prozess gegen einen Unteroffizier, der 2013 den indigenen Menschenrechtsverteidiger und ehrenamtlichen Bürgermeister Thomas Garcia erschossen hatte. Er wurde wegen Mordes verurteilt, die



Polizei und Militär auf der neuen Baustelle.

Schüsse auf seinen 16-jährigen Sohn wertete das Gericht hingegen nur als „Fahrlässigkeit.“ Bis zum Redaktionsschluss (Februar 2016) war das Urteil allerdings noch nicht rechtskräftig. Der

Prozess war von zahlreichen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen, gegen Zeug*innen der Anklage, COPINH-Aktivist*innen und Staatsanwält*innen begleitetet. Im gleichen Monat wurde ein internationaler Menschenrechtsbeobachter aus Spanien zunächst vom Sicherheitschef der Kraftwerksbetreibergesellschaft DESA fotografiert und wenige Stunden später von zwei bewaffneten Unbekannten mit dem Tod bedroht, falls er das Land nicht verlasse.

Wir berichteten u.a. beim Runden Tisch Zentralamerika im Auswärtigen Amt über den Fall „Agua Zarca“ und informierten Außenministerium und Botschaft über die Bedrohungen gegen den Menschenrechtsaktivisten.

Eilbriefe in Solidarität mit der Gemeinschaft der Tolupanes

Im Juli unterstützten wir eine Eilaktion des internationalen Menschenrechtsbegleitprojektes in Honduras PROAH. Die sieben Mit-

glieder der indigenen Gemeinschaft der Tolupanes „Tribu de San Francisco de Locomapa“, die am Hungerstreik in Tegucigalpa (siehe Honduras-Länderteil) teilnahmen befanden sich in akuter Lebensgefahr. Deshalb mobilisierten wir zu Protestbriefen, in denen auch auf die Situation der Straflosigkeit und schweren Menschenrechtsverletzungen in den Gemeinden der Tolupanes in der Region Locomapa, Departement Yoro, hingewiesen wurde. Dort waren nach Augenzeugenberichten bis dato fünf Führungspersonen des „Tribu San Francisco de Locomapa“ von Männern ermordet worden, die einer Gruppe von Minenbetreibern und mächtigen Unternehmer*innen der Region angehören. Gegen zwei von ihnen war bereits nach dem Mord an drei Gemeindegliedern im August 2013 Haftbefehl erlassen worden, ohne dass das irgendeine Konsequenzen nach sich gezogen hatte.⁴

Pressemitteilung zum Staatsbesuch des honduranischen Präsidenten

Unter dem Titel „Korruption, illegale Machenschaften und schwere Menschenrechtsverletzungen“ verfassten wir gemeinsam mit Kolleg*innen der Honduras-Delegation in Hamburg und Berlin ein Statement zum Deutschlandbesuch des honduranischen Präsidenten am 26. und 27. Oktober. Hernández führte ein längeres Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel und präsierte das Business Forum „Germany and Honduras: Trade and Investment Opportunities“. Wir wiesen auf die aktuellen Korruptionsskandale hin und darauf, dass zahlreiche nationale und internationale Investitionsprojekte in Honduras mit Gewalt und erheblichen Menschenrechtsverletzungen durchgesetzt werden. Besonders betroffen sind u. a. Gebiete mit indigener Bevölkerung, in denen der „free, prior and informed consent“ der Gemeinden eingeholt werden muss. (...) Honduras hat die entsprechende ILO-Konvention 169 unterzeichnet und ratifiziert, hält sie aber nicht ein.“ Im diesjährigen Universal-Periodic-Review-Verfahren vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf bekam Honduras 152 Empfehlungen von anderen Staaten, um die Menschenrechtslage im Land zu verbessern. In dem zentralamerikanischen Land kann also keine Rede sein von Rechtsstaatlichkeit und Respektierung der Menschenrechte.“⁵

⁴ <http://www.oeku-buero.de/nachrichtenleser/urgent-action.html>

⁵ <http://www.oeku-buero.de/nachrichtenleser/pressemitteilung-zum-staatsbesuch-des-honduranischen-praesidenten.html>

Länderbericht

Es folgt eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Fragen, die 2015 Schlagzeilen in Kolumbien gemacht haben. Obwohl das Land einige Fortschritte vorzuweisen hat, beispielsweise bei der Umsetzung der Menschenrechte und des Umweltschutzes, destabilisieren Konflikte um die natürlichen Ressourcen und illegalen Plantagen sowie der Kampf um politische Kontrolle das Land weiter. Die Ungleichheit nimmt zu und die Verlierer sind, wie so oft, die Bauern und Bäuerinnen afri-



In der Nähe vom archäologischen Park „San Agustín“ im Bundesland Huila.

Friedensverhandlungen

Trotz noch bestehender Unstimmigkeiten und Zweifel wird in Kolumbien wohl bald das Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC - Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) unterzeichnet. Dieses kann für das wichtigste Ereignis des Jahres 2015 gehalten werden. Die FARC sind die größte Guerilla-Gruppe in Kolumbien und wurden mit dem Ziel gegründet, die kapitalistische Regierung umzustößeln und Kolumbien in einen marxistisch-sozialistischen Staat zu verwandeln.¹ Diese Gruppierung war seither einer der Hauptfaktoren des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien, der nun schon mehr als 50 Jahre andauert. Das jährliche Einkommen der FARC wird auf etwa 600 Millionen US-Dollar geschätzt und wird heute hauptsächlich aus dem Drogen-

¹ www.farc-eppeace.org/index.php/general-information-farc-ep.html

handel und dem illegalen Bergbau gewonnen.² Aus diesen und anderen Gründen wird die FARC als terroristische Gruppe eingestuft. Äußerst wichtig für die Verhandlungen ist es, einen juristischen Rahmen zur Aufarbeitung des Konfliktes zu errichten. Darüber hinaus muss ein eigenes Justizwesen geschaffen werden. Für die Beteiligung an schwerwiegenden Verbrechen ist eine Freiheitsstrafe von maximal acht Jahren vorgesehen. Aufgrund der negativen Propaganda der rechtsextremistischen Parteien ist ein Großteil der Bevölkerung gegen die Friedensverhandlungen.

Gleichzeitig erlebt das Land gerade wieder einen Anstieg krimineller Gruppierungen, sowie eine Verschärfung der maßlosen Unterdrückung der Bevölkerung durch die kolumbianischen Streitkräfte.³ Nach dem Friedensprozess mit den rechtsgerichteten paramilitärischen Selbstverteidigungsgruppen (*Autodefensas Unidas de Colombia* - AUC) im Jahr 2006 sind mittlerweile über 40 kriminelle Banden (*Bandas Criminales Emergentes* - BACRIM) neu entstanden. Man weiß nicht, wie viele von diesen mit einer ähnlichen Vorgehensweise, vergleichbar der paramilitärischen Einheiten, agieren.⁴ Diese bewaffneten Gruppen setzen die Bevölkerung immer noch permanent unter Druck. Sowohl in ländlichen als auch in urbanen Gebieten werden nach wie vor viele Leute erschossen oder bedroht. Besonders betroffen sind die Bauern und Bäuerinnen, die auf Grund des Gesetzes zur Entschädigung der Gewaltopfer und Landrückgabe in die Gebiete zurückkehren, aus denen sie einst vertrieben wurden.⁵ In diesem Zusammenhang geschehen zahlreiche Verbrechen: Berater und Rechtsanwälte der Bäuer*innen, Aktivisten*innen und Journalisten*innen werden ermordet, bedroht oder ohne Beweise festgenommen.⁶ Es ist bekannt, dass sowohl die Guerillas, für die Si-

² www.forbes.com/sites/forbesinternational/2014/12/12/the-worlds-10-richest-terrorist-organizations/4/#2fcffc975a2c

³ www.telesurtv.net/news/-Nueva-agresion-policial-contra-indigenas-de-Colombia-20150305-0012.html

⁴ <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-2312813>

⁵ www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54621/kolumbien

⁶ Somos Defensores, 2015. Los Nadies, Informe Semestral Enero - Junio 2015. Programa No Gubernamental de Protección a Defensores de derechos humanos, Somos Defensores. Verfügbar unter: <http://somosdefensores.org/attachments/article/134/los-nadie-informe-semestral-siaddhh2015.pdf>

cherheit von Erdölpipelines⁷, wie auch die paramilitärischen Einheiten bei Chiquita, Coca Cola oder El Cerrejon^{8,9}, die Unternehmen unterstützen.

Konflikte um Rohstoffe

Kolumbien nimmt aufgrund seiner natürlichen Ressourcen und des fruchtbaren Ackerlandes weltweit eine wichtige geostrategische und politische Rolle ein. Die meisten Fälle, die mit der Problematik der Landzuteilung zusammenhängen, sind in Gebieten oder Regionen, in denen neue Bergbaugenehmigungen erteilt werden oder in denen große Bergbaufirmen bereits jetzt agieren. Das betrifft vor allem Kohleminen. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass die FARC sich vor allem in Gebieten mit einer hohen Dichte an Kokaplantagen aufhält. Es ist noch nicht klar, wer die Kontrolle über diese Plantagen im Falle des Friedensabkommens bekommen würde, oder ob die Regierung sich dafür entscheidet, sie zu legalisieren. In sozialen Netzwerken werden ständig Drohungen terroristischer Gruppen verbreitet. Dabei werden die Guerilleros aufgefordert sich diesen Gruppen anzuschließen. Andernfalls müssten diese damit rechnen, ermordet zu werden.¹⁰

Privatisierung im Energiesektor

Seitens ausländischer Regierungen und Firmen besteht großes Interesse an den Flüssen Kolumbiens, um die abgebauten Rohstoffe schneller abtransportieren zu können. Dazu kommt der Verkauf von ISAGEN, einem wichtigen Stromerzeuger in Kolumbien, an einen kanadischen Investor.¹¹ Aufgrund von Unstimmigkeiten und Korrupti-

⁷ www.elcolombiano.com/colombia/sicim-otra-vez-sospechosa-de-pagar-a-las-guerrillas-MI1183608

⁸ Pax Christi International, 2014. El Lado Oscuro del Carbón. La Violencia Paramilitar en la Zona Minera del Cesar, Colombia. Verfügbar unter www.red-justiciaambientalcolombia.files.wordpress.com/2014/07/informe-carbon-espanol-2014.pdf

⁹ www.youtube.com/watch?v=yclsJpI_UoQ

¹⁰ www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54621/kolumbien

¹¹ www.nasdaq.com/article/colombia-sells-isagen-stake-to-canadian-investment-fund-20160113-00815

onsvorwürfen läuft derzeit noch eine juristische Überprüfung.¹² Diese Privatisierung, die Größte in der Geschichte Kolumbiens, wurde in den ersten Tagen des neuen Jahres abgeschlossen. Sie findet unter folgenden schwierigen Bedingungen statt: Einerseits durchlebt das Land derzeit das Klimaphänomen *El Niño*, wodurch die verfügbare Menge an Wasser, sowohl für Trinkwasser als auch für die Energiegewinnung, sehr gering ist. Andererseits war 2015 aufgrund der geschwächten Landeswährung und einem starken Rückgang des Exportes ein schwieriges Jahr für Kolumbien. Besonders betroffen waren dabei die Branchen Treibstoff und Fossile Ressourcen.^{13 14}

Diese Umstände dienten als Vorwand für den Verkauf von ISAGEN. Zum einen konnte dadurch der geplante Staatshaushalt eingehalten werden. Zum anderen benötigte die Regierung finanzielle Ressourcen, um verschiedene Projekte im Bereich der Infrastruktur umsetzen zu können. Gerade diese Projekte sind aufgrund technischer und finanzieller Probleme sowie erhobener Korruptionsvorwürfe sehr umstritten.

Verbrechen mit staatlicher Beteiligung

Weitere wichtige Themen waren die Wechsel in lokalen und regionalen Verwaltungen. Dabei hatten sowohl Kandidaten mit Verbindungen zu kriminellen bzw. paramilitärischen Gruppen oder Gruppen, die Drogenterrorismus betreiben, ihre Finger im Spiel.¹⁵ Außerdem wird der Anstieg von Gewalt und Missbrauch durch Polizisten aufgrund von Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken immer sichtbarer. Tatsächlich wurden letztes Jahr die ersten Berichte über die Rolle von ehemaligen Militärkommandanten im Zuge der sogenannten *falsos positivos* (außergerichtliche Hinrichtungen) veröffentlicht.¹⁶

¹² www.elespectador.com/noticias/judicial/tribunal-de-cundinamarca-admite-su-estudio-demanda-cont-articulo-612639

¹³ www.pulsobursatil.com/2015/12/latam-cual-es-el-escenario-politico-para-2016/#sthash.hm2gQ20j.dpuf

¹⁴ www.dataifx.com/noticias/macroeconomia/articulo-24690-exportaciones-colombianas-disminuyeron-un-349-en-2015-frente-a-2014

¹⁵ Melamed, Janiel David, 2015. Montes de María: bastión estratégico de la ilegalidad. En Elecciones regionales y locales, crimen y política en el Caribe colombiano. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/kolumbien/11656.pdf>

¹⁶ Human Rights Watch, 2015. On Their Watch - Evidence of Senior Army Officers' Responsibility for False Positive Killings in Colombia. Verfügbar unter:

Über 800 Soldaten, darunter auch Leutnants, sind in den letzten Jahren festgenommen worden.¹⁷ Man weiß nun, dass diese „Mordgeschäfte“ für ein Kopfgeld von umgerechnet 80 Euro, zusätzlichen Urlaub und anderen Entschädigungen ausgeführt wurden.¹⁸ Es wird vermutet, dass das Geld aus dem Budget des *Plan Colombia* entnommen wurde. Dabei steht dieser Plan auch Anfang 2016 in der Kritik, weil es bis heute nicht gelang, die darin formulierten Ziele zu erreichen.¹⁹

Neokoloniales Wirtschaftsmodell

Im Januar 2016 wurde zwar der Mindestlohn um 7 Prozent erhöht, aber 2015 betrug die Inflation für die Sektoren mit geringem Einkommen ca. 7,26 Prozent.^{20 21} Das heißt, die Bürger, die von einem Mindestlohn (über)leben, haben an Kaufkraft verloren. Dies widerspricht dem Ziel der Regierung, Armut und Ungleichheit zu reduzieren.

Auf internationaler Ebene lassen sich folgende Punkte hervorheben: die Abschaffung des Visums für die Einreise in EU-Staaten, die Mitgliedschaft Kolumbiens in der Pazifik-Allianz sowie die weiterhin geschlossene Grenze zu Venezuela. Weiterhin versucht Kolumbien, die Hoheit über die Gewässer an der Meeressgrenze zurückzugewinnen.

Aus dieser Perspektive betrachtet, überwindet das Land das koloniale Modell nicht. Charakterisiert ist dies durch Repression, Gewalt und Korruption – beispielsweise um an Projektaufträge zu kommen oder Gesetze zu eigenen Gunsten zu ändern. Billige Arbeitskräfte, geringe Steuern und Förderabgaben zur Stimulierung von Rohstoffexporten sind in diesem Sektor vorherrschend, welcher kapital- und nicht arbeitsintensiv ist. Abnehmer sind dabei die Energiemärkte in Europa, Asien und den USA. Das Land ist jedoch im Begriff, diese extraktivistische Praxis zugunsten einer inklusiveren Politik zu ändern. Ausgehend von

https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/colombia0615_4up.pdf

¹⁷ www.semana.com/nacion/articulo/escandalo-fiscalia-captura-22-militares-por-falsos-positivos/440967-3

¹⁸ www.fr-online.de/politik/kolumbien-mit-dem-mut-der-verzweiflung,1472596,5045888.html

¹⁹ www.gao.gov/products/GAO-09-71

²⁰ www.semana.com/economia/articulo/inflacion-versus-salario-minimo-2016/456149-3

²¹ www.salariominimo2016.com/

arbeitsintensiven Sektoren soll Wohlstand im Land selbst generiert werden und nicht nur exorbitante Reichtümer in anderen Ländern. Es ist an der Zeit, die Frage der Nachhaltigkeit in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt, die Wirtschaft und die Umwelt neu zu überdenken.

Ausblick auf 2016

Für das Jahr 2016 wird der Beginn der Friedensgespräche mit dem *Ejército de Liberación Nacional* (Nationales Befreiungsheer, ELN) erwartet. Weiterhin sollen Maßnahmen zur Kontrolle und Sicherung der Urwälder und Naturschutzgebiete eingeführt werden. Dies ist auch in Gebieten geplant, die bislang von der FARC-Guerilla beherrscht wurden. Ebenfalls soll es neue Strukturen zur Bekämpfung der paramilitärischen Gruppen und des Machtmissbrauchs durch die staatlichen Ordnungskräfte, besonders begangen durch die nationale Polizei, geben. Die Organisationen der Zivilgesellschaft werden bei der Etablierung von sozialer Stabilität, Umweltschutz und Demokratie eine wichtige Rolle spielen.

Das Wahlsystem, die Verwaltungsstrukturen und das Wirtschaftsmodell müssen verändert werden. Besonders die Reform des Bildungssystems könnte dazu führen, die große Faszination für Gewalt, welche sich in Kolumbien bereits institutionell festgesetzt hat, zu reduzieren.²² Dies wäre auch ein weiterer Ansatz für die Lösung der Probleme, die aus der Gier nach schnellem Geld und dem grenzenlosen Konsum resultieren. Beide sind ein Erbe der Drogenkartelle und der Internationalisierung des Landes. Mit Bewusstseinsbildung in den Gemeinden, die sich auf Werte und Respekt für die Natur stützen, mit der Aufklärung über die eigenen Rechte, mit der Unterstützung von Protesten, beim Erheben von Forderungen und Einklagen von Kontrolle, können einige der Probleme bewältigt werden, welche seit dem 16. Jahrhundert für die Leiden der kolumbianischen Bevölkerung verantwortlich sind. Und genau diese Arbeit der Bewusstseinsbildung in den Gemeinden und bei Kolumbianer*innen im Ausland wird die wichtigste Arbeit für den AK für Menschenrechte in Kolumbien während des Jahres 2016 sein.

²² Koessler, Manfredo, 2015. *Violencia y Habitus, Paramilitarismo en Colombia*. Editorial Siglo del Hombre, Colección Filosofía Política Y Del Derecho.

Aktivitäten des Arbeitskreises Kolumbien

In 2015 ist es dem Münchner Arbeitskreis für Menschenrechte in Kolumbien gelungen, sich als Arbeitsgruppe zu festigen. Darüber hinaus hat sich dieser in diversen Menschenrechtsnetzwerken von NGOs und Aktivist*innengruppierungen in München und Deutschland integriert. Somit konnten wir gemeinsam mit dem Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit und weiteren wichtigen Organisationen Aktivitäten koordinieren.



Aktion in der Münchener Innenstadt

Die Arbeit 2015 begann am 8. März mit dem „Treffen für das Leben und den Frieden in Kolumbien und in der Welt“.

Dabei folgten wir einem Aufruf der Bewegung „Marsch für den Frieden“ in Kolumbien. Um eine Parteinähe auszuschließen, führten wir in München die Veranstaltungen unter einem geänderten Logo und einem anderen Namen durch.

Am 23. Mai beteiligten wir uns an den jährlichen Feierlichkeiten der sogenannten „Revolution des Konsums“.

Aktivist*innen in München organisierten einen Marsch gegen den Konsumismus und machten auf die damit zusammenhängenden Probleme der industriellen Produktion aufmerksam. Unsere Gruppe legte dabei den Fokus auf die Tätigkeit europäischer Firmen in Kolumbien. Unser kultureller Beitrag sollte zu Sensibilisierung und Selbstkritik anregen. Die Rückkehr zu lokaler handwerklicher

Produktion mit ökologischen und nachhaltigen Materialien wurde als Alternative vorgeschlagen.

Die schwerwiegendsten Probleme, von denen die Länder Lateinamerikas betroffen sind, hängen mit dem industriellen Abbau von Rohstoffen für die deutsche und europäische Industrie zusammen. Leider bekommt ein Großteil der Bevölkerung diese Problematik nicht mit und ist sich dessen nicht bewusst, wenn sie ihre Konsumentenscheidungen trifft. Ebenso zeigen viele Lateinamerikaner*innen in München kein nennenswertes Interesse für diese Problematik.

Als Kern unserer Arbeit setzen wir auf die Vermittlung der Weltanschauung indigener Völker und deren sozialer Selbstorganisation, wie auch den Respekt für unsere Natur.

Diesbezüglich luden wir Carolina López Coello, Anführerin des Ticunavolkes in der amazonischen Grenzregion zwischen Brasilien, Peru und Kolumbien, vom 2. bis 4. Juli nach München ein. Mit ihr organisierten wir Workshops zu amazonischer Küche, zeremoniellen Tänzen und Gesprächsrunden, bei denen Geschichten über Amazonien und deren Kulturen behandelt wurden.

Carolina berichtete darüber, wie die jüngsten Mitglieder der diversen, indigenen Stämme ihre Kultur, Mythologien, Philosophie und Liebe für den Regenwald und die Natur vergessen, verloren oder nicht mehr angenommen haben. Dadurch ist das Überleben dieser Gemeinden und der Erhalt ihrer Gebiete gefährdet.

Um unsere Herkunft und Kultur hervorzuheben, feierten wir am kolumbianischen Unabhängigkeitstag im Juli das zweite Mal den „Tag der Kolumbianer*innen in München“. Es war eine kulturelle Veranstaltung für Familien und den gegenseitigen Austausch. Dabei setzten wir uns kritisch mit der Frage auseinander, inwiefern unser Land heute wirklich unabhängig ist. Leider gaben viele Teilnehmer*innen an, dass sie unzufrieden mit der aktuellen Lage in Kolumbien seien. Als Gründe dafür wurde die Umweltzerstörung, die Menschenrechtslage sowie Korruption und die Gewaltanwendung durch staatliche Institutionen genannt.

Das Problem der institutionellen Gewalt als Grund für das Entstehen diverser (illegaler) bewaffneter Untergruppen wurde dann am 22. September auf der Veranstaltung mit Dr. Kössel vertieft. Thematisiert wurde dies im Rahmen der Buchvorstellung „Gewalt und Habitus, Paramilitarismus in Kolumbien“.

Zwei Mitglieder unserer Arbeitsgruppe forschten über die Konfliktursachen in Kolumbien. Besonders im Fokus standen dabei die Verhandlungen und Ausarbeitung des Friedensabkommens zwischen



„Land der Träume“

der Regierung und der FARC-Guerilla. Am 25. Oktober präsentierten Marcela Martínez und Alejandro Pacheco in Marburg Auszüge ihrer Forschungsergebnisse. Thematisiert wurden dabei wirtschaftliche Aspekte sowie die spezifische politische Situation in Kolumbien. Abschließend kann festgehalten werden, dass der industrielle Abbau von Rohstoffen seit der sogenannten Entdeckung Amerikas einen der Hauptgründe des internen kolumbianischen Konfliktes darstellt. Heute kann man von einem neo-kolonialistischen Modell sprechen, welches durch den Abbau von Rohstoffen für die energetische Verwertung und industrielle Produktion hauptsächlich in Europa, USA und China gekennzeichnet ist.

Ausgehend von dieser Analyse unterstützten wir im November und Dezember die Bürgerinitiative zur Schließung des Münchener Kohlekraftwerks, das vermutlich mit kolumbianischer Steinkohle beliefert wird. Im Rahmen einer Unterschriftensammlung arbeiten wir mit Mitgliedern dieser Initiative zusammen.

Von 30. November bis 1. Dezember besuchte uns der Anwalt Pablo Fajardo. Dieser vertritt die UDAPT-Sammelklage indigener, amazonischer Gemeinden Ecuadors gegen Chevron-Texaco. So hat der Konzern Millionen von Litern Schweröl in deren Regenwaldgebieten ausströmen lassen. Trotz einer Verurteilung weigert sich das Unternehmen jedoch, Schadensersatzzahlungen zu leisten. In Brüssel lernten wir während unserer aktiven Teilnahme am Alternativgipfel CELAC-EU Mitglieder der UDAPT persönlich kennen.

Außerdem nahmen wir am 14. November an einem offiziellen Besuch des Dokumentationszentrums über den Nationalsozialismus teil. Die Führung erfolgte auf Spanisch. Im Anschluss fand eine Gesprächsrunde zum Vergleich zwischen der deutschen Geschichte und dem Konflikt in Kolumbien statt. Dazu wollen wir folgendes wichtiges hervorheben: Verheerende Führer werden von Bürger*innen gewählt, welche ihre Wahl unreflektiert über mögliche Konsequenzen treffen. Die mangelnden Informationen während des Wahlprozesses sind ein Aspekt, den es zu hinterfragen gilt.

Schließlich fand am 5. Dezember eine Weihnachtsfeier statt. Dabei verzichteten wir auf jegliche Dekoration oder Verschwendung von Weihnachtsschmuck. Jeder von uns bereitete eine Speise zu Hause vor und brachte diese mit.

Außerdem haben wir uns für die Anwerbung neuer, aktiver Vereinsmitgliedern eingesetzt. Allerdings sind viele der neuen Mitglieder Student*innen und Aktivist*innen, die nicht vor Ort in München ansässig sind. Deshalb zeichnet sich unsere Gruppe durch eine gewisse Fluktuation aus.

Für das Jahr 2016 freuen wir uns auf neue Herausforderungen



„Der Gipfel ruft, wir kommen alle!“

Transnationale Mobilisierungstour für Bewegungsfreiheit, Autonomie und Gutes Leben statt G7. Vom 13. Mai 2015 bis zum 05. Juni 2015.



Warum diese Mobilisierungstour?

Anfang Juni trafen sich die Herrschenden der mächtigsten Staaten der Welt, der so genannten „Gruppe der Sieben“ (G7), zu ihrem jährlichen Gipfeltreffen auf Schloss Elmau in den bayerischen Alpen. Die negativen Folgen ihrer Politik bekommt die gesamte Welt zu spüren. Daher haben sich tausende Aktivist*innen auf den Weg gemacht, um zwischen dem 3. und 8. Juni die Idylle mit massiven Protesten zu stören. Zweieinhalb Wochen zuvor fand der 37. BUKO-Kongress in Münster statt (14. bis 17. Mai). Dort haben einige hundert Aktivist*innen debattiert, was transnationale Solidarität heute bedeutet. Die Parole lautete „future.unwritten“: Es ist an der Zeit, die Geschichte selbst neu zu schreiben.

Was lag näher als diese beiden Orte zusammenzubringen? Mit der Inspiration des Kongresses in Münster haben wir eine international zusammengesetzte Mobilisierungstour gestartet, bei der wir auf dem Weg zu den Anti-G7-Protestaktionen in zahlreichen deutschen Städten Halt gemacht haben. Die internationalen Aktivist*innen, die mit dem Bus durch Deutschland tourten, haben deutlich gemacht, warum weltweit Menschen gegen die Politik der G7-Staaten kämpfen. So wollten wir

zu den Protestaktionen gegen das Gipfeltreffen mobilisieren und eine solidarische Diskussion sowie eine Vernetzung zwischen Nord und Süd aber auch zwischen Bewegungen des Südens untereinander ermöglichen: Was sind die Bedingungen und Gemeinsamkeiten unserer Kämpfe? Wie können Süden und Norden gemeinsam



Der alte Ikarus hat uns fast bis zur Sonne gebracht... big up Jörg!

für politische Veränderungen eintreten?

Den Auftakt der Tour bildete die Teilnahme am 37. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), bei der die Aktivist*innen verschiedene Workshops anboten, und am Sonntag, die Auftaktveranstaltung der Mobitour organisierten. Den Abschluss der Tour bildete die Teilnahme an den Protest- und Gegenaktivitäten rund um den G7-Gipfel in Elmau. Dazwischen lagen dreizehn Stationen, die mit einer Vielzahl an Veranstaltungen, Workshops, Kundgebungen, Theatervorführungen, Diskussionsrunden, Flash-Mobs, Interviews und Demonstrationen gefüllt waren.

Thematisch gab es durch die Aktivist*innen mit verschiedenen Hintergründen eine große Bandbreite an Themen, die sich gut ergänzten und bei denen der Bezug zu der Politik der G7-Staaten sehr deutlich wurde.

1. Freihandel

Die G7 steht unter anderem politisch für Freihandel. Seit Bekanntwerden der TTIP-Verhandlungen ist das Interesse für die Folgen des Freihandels auch hier gestiegen. Weniger bekannt ist offenbar, dass bei

bereits bestehenden Freihandelsabkommen die Wirtschaft der G7-Staaten profitiert, während die „Partnerländer“ der Abkommen mit den Folgen für ihre Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft kämpfen müssen.

2. Kapitalistische Klimapolitik

Mit einer kapitalistischen Klimapolitik versucht die G7 Naturschutz über marktbasierende Maßnahmen zu erreichen: Finanzwirtschaft, Agrobusiness und Gentechnik werden unter dem Stichwort Green Economy zu nachhaltigen Lösungen erklärt. Fragen nach Verteilungsgerechtigkeit oder Alternativen zu Wachstum und Privatisierung bleiben ausgeklammert, die „grünen Projekte“ werden mithilfe von Menschenrechtsverletzungen durchgesetzt.

3. Landraub

Großprojekte und die Ausbeutung von Bodenschätzen führen vermehrt zu Landraub, wogegen sich die kleinbäuerliche und indigene Bevölkerung des globalen Südens organisiert. Denn ihre „Territorien“ nehmen eine zentrale Rolle im Streben nach Ernährungssouveränität und der Bewahrung indigener und afro-lateinamerikanischer Kultur, Sprache und Spiritualität ein. Die G7-Staaten machen sich mitschuldig wenn sie bei Menschenrechtsverletzungen beide Augen zudrücken, um die Profitinteressen von Konzernen aus den G7-Ländern nicht zu gefährden.

4. Militarisierung

Militarisierung nennt man den Bedeutungszuwachs des Militärs in einem Land, das sich nicht offiziell im Kriegszustand befindet. Politische Antagonist*innen werden als Feinde innerhalb einer Kriegslogik betrachtet. Die G7 trägt unter anderem durch die Genehmigung von Waffenexporten sowie die Vermischung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zur Militarisierung im Globalen Süden bei. Ebenso spielt die militärisch-technische Aufrüstung ihrer eigenen Grenzen eine zentrale Rolle bei der Repression gegen Geflüchtete und Migrant*innen.

5. Migration und Flucht



Liliana Uribe, auf dem Eröffnungssodium des „Gipfels der Alternativen“ .

Mithilfe ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik entziehen sich die G7-Staaten ihrer Verpflichtung zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Die Parallelen zwischen dem Umgang mit Migration aus Lateinamerika in den USA, mit Geflüchteten aus Afrika und dem Nahen Osten in Europa oder mit Refugees aus China und Südostasien in Japan sind kaum zu übersehen. Mörderische Grenzpolitik, Kriminalisierung und Ausgrenzung bestimmen das Bild. Bei Betrachtung der Fluchtursachen wird zudem der Bezug zu den Themen Landraub, Militarisierung und Freihandel deutlich.

Als Referent*innen haben an der Mobilisierungstour drei Aktivist*innen aus Lateinamerika (Mexiko, Honduras, Kolumbien) sowie drei Aktivist*innen aus Afrika bzw. Deutschland teilgenommen. Im Einzelnen:

Liliana Uribe: bekannte kolumbianische Anwältin, engagiert sich gegen Militarisierung und Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund ihrer mutigen Arbeit werden sie und ihre Kolleg*innen der *Cooperación Jurídica Libertad* (Juristische Vereinigung Freiheit) mit dem Tode bedroht.

Magdiel Sánchez: mexikanischer Aktivist, u.a. bei den *Jugendlichen gegen den Nationalen Notstand* (JEN) und dem *Ständigen Tribunal der Völker* (TPP). Das TPP hatte in Mexiko 2011 seine Arbeit aufgenommen und als eine Art „zivilgesellschaftliches Gewissenstribunal“ in öffentlichen Anhörungen die verheerenden Folgen von Freihandelspolitik, Drogenkrieg, Gewalt und Verletzung der Völkerrechte durch Staat und Unternehmen aufgedeckt.

Bertha Isabel Zúniga: honduranische Radiomacherin, Feministin und Aktivistin für die Rechte indigener Gemeinden, unter anderem engagiert in der politischen Bildungsarbeit von COPINH (Rat indigener und sozialer Organisationen Honduras). Zúniga, die in Kuba studiert hat, wurde 2015 Opfer eines Entführungsversuches.

Riadh Ben Ammar: tunesischer Aktivist und Theatermacher, der vor 15 Jahren selbst als Harraga, als irregulärer Immigrant oder wörtlich „Grenzverbrenner“, nach Deutschland kam und sich in seinem Stück „Hurria!“, arabisch „Freiheit“, mit den vielschichtigen Kämpfen für (Bewegungs-)Freiheit im Zuge der tunesischen Revolution 2011 auseinandersetzt.

Touré Moussa, engagiert bei Voix des Migrants und in Deutschland beim Netzwerk für die Internationale Koalition der Sans-Papiers MigrantInnen und Flüchtlinge (CISPM).

Souad Rouahi und Mohamed Ben Smida von der Initiative La Terre Pour Tous, die Familien vermisster Refugees mit abgeschobenen Harra-ga (arabisch: wörtlich „Grenzverbrenner*innen“ bezeichnet irreguläre Migrant*innen) und Künstler*innen vernetzt.

Die Tour hatte 15 Stationen in verschiedenen deutschen Städten. Auf den verschiedenen Veranstaltungen gab es regen Austausch mit den Besucher*innen, die aus den verschiedensten Spektren (Menschenrechtsarbeit, Linke Szene, Lateinamerika-Solidarität, Antirassismus-Arbeit, Studierende, Geflüchtete, Eine-Welt-Szene) kamen. Teilweise sind dauerhafte Kontakte zwischen den Gruppen in den einzelnen Städten, der bundesweiten Orga-Gruppe und den Aktivist*innen entstanden und es werden Folgeaktivitäten geplant.

Auch der Austausch unter den Aktivist*innen selber (Süd-Süd-Ver-netzung) hat gut funktioniert. Es war bereichernd für die einzelnen Teilnehmer*innen, sich gegenseitig über die Problematiken in den verschiedenen Ländern zu informieren. Ein Beispiel dafür war der Kontakt zwischen den Angehörigen der Vermissten in Tunesien mit den Aktivist*innen in Mittelamerika bezüglich Fluchtgründen, der Situation der Geflüchteten und Diskriminierung in den Aufnahmeländern

(EU bzw. USA). Einschränkungen gab es aber aufgrund der sprachlichen Barrieren. In der Gruppe wurde französisch, arabisch, spanisch, deutsch und englisch gesprochen. So hatten wir leider keine Sprache zur Verfügung, die alle Teilnehmer*innen der Karawane sprechen und verstehen konnten. Dies war andererseits auch eine tolle interkulturelle Erfahrung für alle Teilnehmer*innen und Organisator*innen.

Parallel zur Tour wurde ein Blog eröffnet, der zur Mobilisierung und Dokumentation genutzt wurde. (einschbar unter: <http://dietour.blogspot.de/>). Leider waren die Kapazitäten jedoch etwas eingeschränkt, um ein umfassende Medienarbeit zu realisieren.



Den Tourbur konnten wir immer reparieren, der Kapitalismus hingegen ist schrottreif

**Festival vom 8. bis 29. August 2015:
Arte Popular Mexicano en Múnich**

Ein zweiwöchiges Festival in München, gemeinsam organisiert vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit, dem Wohnprojekt Ligsalz8, dem Wagenplatz Olga und der Färberei. Wandbildaktion, Workshops, Ausstellungen, und Vorträge mit den mexikanischen Kunstaktivisten Checovaldez, Yescka und Victor Ortega.

Ein kommunales partizipatives Wandbild

Das Wandbildprojekt in der Ligsalzstraße 8 war das Herzstück des Festivals. Es ist ein Werk des Stadtviertels, entstanden auf der Grundlage von Befragungen in der Nachbarschaft sowie durch den kreativen Prozess einer (multikulturellen) Gruppe, die sich aus Nachbar*innen, Angehörigen verschiedener Kollektive und Freiwilligen zusammensetzte.



Die Idee des kommunalen partizipativen Wandbildes (*Mural Comunitario Participativo*)¹ stammt von dem mexikanischen Kunstprofessor und Aktivisten Checovaldez. Er möchte mit den Workshops im Rahmen von Wandbildprojekten Utopien, Träume

und Erfahrungen der Teilnehmenden kreativ umsetzen. In diesem Konzept wird – wie bereits in vielen indigenen Gemeinden in Chiapas, Südmexiko, an Universitäten und anderen öffentlichen Orten Mexikos geschehen – das kommunikative Potential und der kollektive Zusammenhalt gestärkt. Außerdem fördert es die Selbstorganisation und Kreativität einer Gemeinschaft und so finden die sozialen und politischen Realitäten und Vorstellungen in den Farben der traditionellen Muralmalerei Mexikos ihren Ausdruck. Die Einweihung des Wandbildes in der Ligsalzstraße 8 fand am 29. August 2015 statt.

land[unter]entwicklung – Eine Ausstellung zur industriellen Umweltzerstörung in Mexiko

Das Öku-Büro München hat die drei mexikanischen Künstler Checovaldez, Yescka und Victor Ortega eingeladen, in der Färberei ihre

¹ <http://www.elmuralmagico.org/>

Werke in der Ausstellung land[unter]entwicklung zu zeigen. Alle drei thematisieren in ihren Kunstwerken die kapitalistische Zerstörung in Mexiko. Die Freihandelspolitik, die der mexikanischen Bevölkerung seit 20 Jahren zugemutet wird, hat unter anderem zur Deregulierung der Umweltgesetze geführt. Davon profitieren zahlreiche internationale Konzerne, darunter auch viele deutsche Firmen.

Gemeinsam starteten die drei Künstler einen Aufruf an verschiedene mexikanische Graphikerinnen und Graphiker, sich mit der industriellen Umweltzerstörung künstlerisch auseinanderzusetzen. Die gestifteten Werke konnten von den Besucher*innen erworben werden. Der Erlös ging an das mexikanische Netzwerk für von Umweltschäden betroffene Menschen (*Asamblea Nacional de Afectados Ambientales, ANAA*).

Die ANAA ist eine organisierte Antwort der Bevölkerung auf die zunehmende Umweltzerstörung in Mexiko. Sie ist ein bundesweites Netzwerk, das sich als Volksversammlung versteht. Mitglieder in der ANAA sind Kollektive und Einzelpersonen. Sie betrachten ihren Einsatz gegen die kapitalistische Umweltzerstörung als einen von vielen sozialen Kämpfen in Mexiko. Heute engagieren sich die Mitglieder der ANAA in mehr als 170 über das ganze Land verteilte Konflikten. In vielen Fällen sind deutsche Unternehmen Verursacher der Zerstörung, wie etwa der Autokonzern VW, der durch illegal gebohrte Brunnen der Region Puebla das Wasser entzieht.

Ausstellungen, Workshops und Vorträge beim Festival

Workshops (im Stadtpark Olga):

Mokurito-Druck

Stencil

Ausstellungen (in der Färberei):

Animando a Pintar al Caracol. Zapatistische Wandmalereien. Fotografien. Kommunales Projekt.

Street Art und sozialer Protest. Grafiken. Einzelprojekt.

Vorträge (in der Färberei):

Politische Kunst in Mexiko im 20. Jahrhundert am 18.08

Erfahrungen mit lokalen Wandmalereien in Chiapas am 19.08.

Street Art im Rahmen des sozialen Protestes der APPO, 2006 25.08.

Umweltzerstörung durch deutsche Unternehmen in Mexiko 26.08.

Infoblatt – Die Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so



Die 83. Ausgabe des „Infoblatts“ beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Situation in den Ländern Nicaragua, Kolumbien, El Salvador und Peru. Unter der Überschrift „Frieden und dann...“ setzten sich die Beiträge mit der Frage auseinander, inwiefern man in diesen Gesellschaften, die historisch gesehen von bewaffneten Konflikten geprägt waren, heute von einem wirklichen Frieden sprechen kann.

„En La Linea“ – Die Sendung des Öku-Büros auf Radio Lora

Jeden ersten Montag im Monat gestalten wir von 17 bis 18 Uhr eine Radiosendung beim freien Münchner Radio Lora 92,4. Themen waren 2015 unter anderem das Problem der Waffenexporte von Deutschland nach Mexiko, die Situation der LGBTI*-Community in München und in Honduras sowie aktuelle Eindrücke von der Solidaritätsreise nach Nicaragua. Während der „Transnationalen Mobilisierungstour für Bewegungsfreiheit, Autonomie und Gutes Leben statt G7“ sprachen wir live mit unseren Gästen aus Lateinamerika, die noch auf Tour waren.

Homepage

Auf unserer Homepage www.oeku-buero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit.

Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und Arbeitskreisen und können unsere Publikationen herunterladen.

Mailverteiler

Bei unseren Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus informieren wir über kommende Veranstaltungen.

Medienpräsenz

Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit vermitteln wir hiesigen Medien Hintergrundinformationen sowie Interviews in unseren Partnerländern. Zum Teil werden wir selbst als Gesprächspartner*innen angefragt und veröffentlichen regelmäßig Beiträge bei amerika21.de oder geben Interviews für freie Radios.

Auch in unseren Schwerpunktländern wird unsere Arbeit wahrgenommen. So haben wir beispielsweise anlässlich der Jahreshauptversammlung von Siemens Berichte in honduranischen Internetmedien und einen Kommentar in der mexikanischen Tageszeitung *La Jornada* veröffentlicht. Dabei haben wir auf die zahlreichen Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika, in welche Siemens verwickelt war, hingewiesen.

Als der Unterausschuss für Menschenrechte im EU-Parlament die Einladung der Internationalen Expert*innengruppe zu Ayotzinapa (GIEI) aufgrund des Drucks der mexikanischen Vertretung in Brüssel verschoben hat, veröffentlichten wir einen offenen Brief an die Präsidentin des Unterausschusses Elena Valenciano. In diesem brachten wir unseren Unmut über den „Kniefall“ vor der mexikanischen Diplomatie zum Ausdruck. Zahlreiche Medien in Mexiko haben in ihrer Printausgabe auf diesen Brief Bezug genommen, so dass wir viele Leser*innen erreichen konnten.

Pressemitteilungen

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen verfassen wir Pressemitteilungen, um die Öffentlichkeit in Deutschland zu informieren. Näheres dazu siehe in den entsprechenden Artikeln zu den Länderaktivitäten.

Solidarität mit Geflüchteten in Sachsen

Während des Aufenthaltes unserer Mobilisierungstour zum G7-Gipfel in Dresden wurden wir von unseren Gastgeber*innen über die Rechtsentwicklung in der Stadt und der Region informiert. Sie beschlossen, gegen die Zunahme der Gewalt gegen Geflüchtete und Migrant*innen aktiv zu werden.

Die internationalen Gäste unserer Mobitour unterstützten das Anliegen durch einen Offenen Brief an die Bundeskanzlerin, den Innenminister und den sächsischen Ministerpräsidenten. Der Brief wurde von zahlreichen Persönlichkeiten aus Lateinamerika (unter anderem vom Bischof Raúl Vera aus Mexiko oder der Anwältin Liliana Uribe aus Kolumbien) unterzeichnet.

Veranstaltungsreihe: Perspektiven der Anderen

In unserer Veranstaltungsreihe „Perspektiven der Anderen“ geht es darum, Themen aus unseren Schwerpunktländern und darüber hinaus aus der Perspektive der Betroffenen darzustellen. Dies haben wir im Rahmen verschiedener Vorträge und Filmvorführungen realisiert. Dabei war es uns wichtig, möglichst Referent*innen aus den jeweiligen Ländern zu Wort kommen zu lassen. Folgende Veranstaltungen waren Teil dieses Projektes:

- 8./9. Mai: Cinemobile, Garmisch-Partenkirchen, Filme zu den Themen Krieg, Flucht, IWF/Weltbank und Kolonialismus
- 15./16. Mai: Cinemobile, Murnau, Filme zu den Themen Krieg, Flucht, IWF/Weltbank und Kolonialismus
- 25. Juni: 20 Jahre Freihandel (NAFTA) in Mexiko, eine Abrechnung, Stattpark Olga München
- 3. Juli: Wie Deutschland vom Krieg in Mexiko profitiert, Eine Welt Haus München
- 18. August: Politische Kunst in Mexiko im 20. Jahrhundert, Färberei München
- 19. August: Erfahrungen mit lokalen Wandmalereien in Chiapas, Färberei München
- 25. August: Street Art im Rahmen des sozialen Protestes der APPO, Färberei München
- 22. September: Gewalt und Habitus, Buchvorstellung. Migrationszentrum im Griechischen Haus München

12. Oktober: Veranstaltung mit Donny Reyes zu LGBTI* in Honduras, Ligsalz 8 München
8. November: Film: Inside el Porvenir, Werkstattkino München
26. November: Der Nicaragua-Kanal, Ausverkauf oder Entwicklungsmodell, Kurt Eisner Verein München
30. November: Chevron – Das „Tschernobyl des Amazonas“, Orange Bar – Green City Energy München

Gefördert wurde Veranstaltungsreihe von Engagement Global im Auftrag des BMZ

Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existiert eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika

Die Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika besteht seit Mitte der 90er Jahre. Seit Oktober 2013 ist das Ökumenische Büro Mitglied im Beirat der Organisation.

Sie publiziert Infos und Spendenaufrufe und entscheidet gemeinsam über die Verwendung eingehender Spenden nach aktuellem Bedarf. So unterstützt die Arbeitsgemeinschaft zum Beispiel Widerstand gegen Privatisierungen, etwa in Nicaragua nach Auflösung der Kooperativen und des staatlichen Agrarreformsektors. Es wird also in politische Mobilisierungen investiert, die gegen derartige Prozesse der Privatisierung und der Konzentration von Land kämpfen.

BUKO

Die „BUndesKOordination Internationalismus“ ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen



und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Der seit 1977 jährlich stattfindende Bundeskongress der BUKO ist zu einer Institution geworden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro trägt die Struktur der BUKO durch ständige Mitarbeit eines Delegierten in deren Entscheidungsgremien mit.

2015 beteiligten wir uns an der Vorbereitung und Durchführung des BUKO-Kongresses 2015 in Münster. Wir boten mehrere Workshops an, so z.B. über ökologische Landwirtschaft in Kuba und Nicaragua sowie über den Kampf gegen Green Economy und die Verteidigung des Territoriums in Honduras. Darüber hinaus beteiligten wir uns an einer internationalen kontroversen Runde zum Thema „Feminismus“ und präsentierten in weiteren Veranstaltungen unsere Gäste der Mobilisierungstour zum G7-Protest.

Honduras-Delegation & Honduras-Koordination



Die überregionale Arbeitsgruppe „Honduras Delegation“ ist aus der Honduras-Delegationsreise 2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Die 15köpfige Gruppe begleitete in diesem Jahr gemeinsam mit Misereor und anderen den

Universal Periodic Review-Prozess der UNO für Honduras und betreute mehrere Gruppen von Delegierten aus Honduras. Für den Blog der „Honduras Delegation“ (<http://hondurasdelegation.blogspot.de/>) und das Portal Amerika21.de leisteten wir journalistische Beiträge. Weitere Aktivitäten waren öffentlichkeitswirksame Aktionen vor der honduranischen Botschaft in Berlin und die Präsentation des Buches von Magdalena Heuwieser „Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons“. Die Gruppe stand in regem Austausch mit Hondurassolidaritätsgruppen aus der Schweiz und aus Italien. Sie beteiligte sich am „Runden Tisch Zentralamerika“ und war bei den Meetings der *Copenhagen Initiative for Central America* (CIFICA), einem Dachverband europäischer Menschenrechtsorganisationen in Brüssel präsent, deren Mitglied sie seit Ende 2014 ist.

Im November 2009 hatten Journalist*innen, Bundestagsabgeordnete, Entwicklungshilfeorganisationen und Solidaritätsgruppen aus

dem deutschsprachigen Raum das Netzwerk „Honduras-Koordination“ ins Leben gerufen. Es dient uns seither zur Koordination und zum Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Unterstützung der Demokratiebewegung in Honduras.

Menschenrechts-Koordination Mexiko

Auch im Jahr 2015 haben wir uns wieder intensiv in der Arbeit der „Deutschen Menschenrechts-Koordination Mexiko“ engagiert. Wir unterstützten die Arbeit des Sekretariats der Koordination, insbesondere bei der Planung der Tagung: „Gewaltsames Verschwindenlassen, Verbrechen mit System. Die politische Krise in Mexiko“. Diese fand vom 23. bis 25. Oktober 2015 in der Evangelischen Akademie Bad Boll statt. Experten*innen aus Deutschland und Mexiko zeichneten ein vielschichtiges Bild der derzeitigen Lage des Landes, das seit Jahrzehnten ein wichtiger Bündnis- und Handelspartner der internationalen Gemeinschaft ist.

Mission EineWelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB)

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige und gute Zusammenarbeit. Wie bereits in früheren Jahren beteiligten wir uns an der Vorbereitung und Durchführung des Zentralamerika-Tags der ELKB in Nürnberg. Schwerpunktthema war die Forderung nach Klimagerechtigkeit. Wir beteiligten uns mit der Organisation des Hauptvortrags von Javier Rivera aus El Salvador und eines Workshops mit der Wiener Klimaaktivistin Magdalena Heuwieser zur „Finanzialisierung der Natur“. Sie kritisierte die Orientierung des Klimaschutzes auf marktförmige Maßnahmen (wie weltweiten Emissionshandel und Klimaschutz-Instrumente der Weltbank wie CDM und REDD+) als wirkungslos und zeigte deren negative Auswirkungen auf Indigene und Kleinbauernfamilien im Süden an Beispielen auf.

Netzwerk München e.V.

Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des „Netzwerks München e.V.“ Mitglied. Das Netzwerk München e.V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Gelder für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe. Die Gelder werden entweder als Zuschüsse oder als zinslose Darlehen vergeben.

Zwischen den Mitgliederversammlungen entscheidet der Beirat kollektiv über die Förderung von beantragten Projekten.

Nord Süd Forum München e.V.

Das „Nord Süd Forum“ ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind, darunter das Ökumenische Büro. Ziel ist es, in den Industriestaaten des „Nordens“ über Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit die Anliegen der Menschen des „Globalen Südens“ zu thematisieren.

Am 25. April 2015 beteiligte sich unser Büro mit einem Infostand an der Entwicklungspolitischen Börse im Alten Rathaus, organisiert durch das Nord-Süd-Forum. Wir informierten



Teilnahme an entwicklungspolitischer Börse

die Besucher über unsere Arbeit, mögliches ehrenamtliches Engagement sowie über die aktuelle Lage in unseren Schwerpunktländern.

Portal amerika21.de

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal „amerika21.de“ mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Wir verfassen dafür regelmäßig Beiträge über Honduras, Nicaragua und El Salvador.

Runder Tisch Zentralamerika

Bei einem Studientag der AG Landrechte zum Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika im November 2013 in Berlin entstand der Vorschlag, eine Koordinierungsinstanz im deutschsprachigen Raum zu schaffen, um besser auf Themen reagieren zu können, die über die Ländergrenzen Zentralamerikas hinweg relevant sind. Über 20 Organisationen zeigten sich interessiert. 2015 haben wir vor allem Diskussionsrunden im Auswärtigen Amt wahrgenommen sowie interne Strukturen konsolidiert und Schwerpunktthemen diskutiert. Für 2016 ist wieder eine größere Tagung vorgesehen.

Caravana Mesoamericana Para el Buen Vivir

Nach einer Vorbereitungsphase, die länger als geplant war, hat die „Karawane der Kollektive in Aktion für das gute Leben der mesoamerikanischen Menschen im Widerstand“ ihre Fahrt von Oaxaca aus aufgenommen. Nach einem Aufenthalt in Chiapas haben die caravaner@s die Grenze nach Guatemala überschritten und sind mittlerweile in El Salvador angekommen.

Für uns ist es sehr wichtig, dieses Projekt zu begleiten, weil die *Caravana Mesoamericana* viele unserer Partnerorganisationen in den bereisten Ländern besuchen wird. Dadurch kann die Vernetzung der verschiedenen Kämpfe vorangetrieben werden, was auch zu den Zielen unserer Arbeit gehört. (www.caravanaparaelbuenvivir.org/deutsch).

Internet-Plattform zum Gewaltlosen Verschwindenlassen

Das Verschwindenlassen von Menschen ist ein besonders grausames Menschenrechtsverbrechen. Zum Verschwindenlassen gehört auch, dass eine Aufklärung systematisch verhindert wird. Dem wollen wir mit Öffentlichkeitsarbeit entgegenwirken. Vertreter*innen von Menschenrechts-NGOs haben 2015 eine Internet-Plattform (www.gewaltloses-verschwindenlassen.de) gegen das Verschwindenlassen initiiert. Wir haben an einem ersten Treffen teilgenommen und versuchen, in Zukunft Informationen aus unseren Arbeitsbereichen und Partnerländern für die Seite zu recherchieren und bereit zustellen.

Dachverband der Kritischen Aktionär*innen

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem „Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.“ zusammen, besonders zur Jahreshauptversammlung von Siemens in München. Da die Tätigkeiten deutscher Konzerne in unseren Schwerpunktländern und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zunehmend in den Fokus unserer Arbeit rücken, haben wir 2015 beschlossen, dem Verband beizutreten. Mit insgesamt 25 weiteren Mitgliedsorganisationen beobachtet der er die Aktivitäten von börsennotierten Unternehmen wie Adidas, Bayer, Daimler, Deutsche Bank, RWE, Siemens, ThyssenKrupp. Die kritischen Aktionär*innen beteiligen sich an Hauptversammlungen und melden sich mit eigenen Kampagnen zu Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechten, Transparenz und einem Stopp der Rüstungsproduktion zu Wort.



ABAJO Y A LA IZQUIERDA

POR LA DEFENSA DE LA TIERRA
DEL AGUA, DEL AIRE, DE LA VIDA.

**Ökumenisches
Büro**



Lateinamerika

**El Salvador • Honduras • Mexiko • Nicaragua
Internationalismus • emanzipativ • kritisch
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

www.oeku-buero.de

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2015 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.

Das Team von Ökumenischen Büros

**Ökumenisches Büro für Frieden und
Gerechtigkeit e.V.**

Pariser Straße 13
81667 München
Tel. ++49-89-448 59 45
Fax ++49-89-48 76 73
e-Mail: info@oeku-buero.de

Spendenkonto:
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT: SSKMDEMM